

OKSANA STAVROU

RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: WORUM GEHT ES?

FAKTEN UND PERSPEKTIVEN

**THEODOR KRAMER
GESELLSCHAFT**



ISBN 978-3-903522-12-1

© 2023 Theodor Kramer Gesellschaft

A-1020 Wien, Engerthstraße 204/40

Tel. +43 (1) 720 83 84, Fax +43 (1) 729 75 04

E-Mail: office@theodorkramer.at

www.theodorkramer.at

Wien, Jänner 2024

Aktualisiert: September 2023

Umschlag & Layout: Mariia Khrystenko, Dmytro Mokryj-Voronovskij

Lektorat: Erika Unterpertinger, Sonja Pleßl

Vervielfältigung, kopieren und zitieren erlaubt, sofern die Autorin und die Quelle ausdrücklich genannt werden. Eine anderweitige Verwendung der Abbildungen muss mit deren RechteinhaberInnen abgestimmt werden und ist beim Verlag rückzufragen. Es ist uns leider nicht in allen Fällen gelungen, UrheberInnen und RechteinhaberInnen der Abbildungen zu ermitteln. Siehe auch das Bildquellenverzeichnis, S. 102. Bei berechtigten Ansprüchen werden wir uns um eine Lösung bemühen.

Oksana Stavrou

RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: WORUM GEHT ES?

FAKTEN UND PERSPEKTIVEN

Autorin:

Oksana Stavrou studierte Jus in Österreich und der Ukraine, sowie anschließend Wirtschaft. Sie war mehrere Jahre mit den Schwerpunkten Politik, Menschenrechte und Gerichtsbarkeit journalistisch tätig. Als Publizistin setzt sie sich mit geschichtlichen und aktuellen gesellschaftspolitischen Themen vor allem in Bezug auf die Ukraine und Russland auseinander.

Wissenschaftliche Begleitung:

Wolfgang Mueller, Universitätsprofessor für Russische Geschichte an der Universität Wien;

Michael Moser, Universitätsprofessor für slavische Sprachwissenschaft und Textphilologie an der Universität Wien.

Unterstützung:

Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie Wien;

Alfred Praus, Präsident des Vereins „Ukrainian-Austrian Association“.

Inhaltliche Inputs und organisatorische Unterstützung:

Kati Schneeberger, Präsidentin des Vereins „Vienna Goes Europe“, Lehrerin für Geschichte und Politische Bildung, sowie **Andriy Yavorskyi** und **Dietmar Pichler**.

Durch dieses Buch sollen die LeserInnen

- ein allgemeines Verständnis über den laufenden Krieg Russlands gegen die Ukraine erhalten;
- die Zusammenhänge zwischen Geschichte, Kultur, Politik einerseits und der Aggression Russlands gegen die Ukraine andererseits verstehen;
- die internationalen Beziehungen kennen lernen und die Rolle einzelner Staaten, Organisationen und anderer AkteurInnen darin besser verstehen;
- neue, aktuelle Entwicklungen rund um den Krieg richtig einordnen können;
- Wissen über die internationale Politik und Völkerrecht auch über den laufenden Krieg hinaus ausbauen.

Das Buch ist modular aufgebaut. Jedes Kapitel beleuchtet jeweils einen Aspekt des Krieges. Es enthält folgende Elemente:

Ein Thema des Kapitels

Der Haupttext mit Daten und Informationen. Er kann auch als Basis für vertiefende Studien sowie für Diskussionen des entsprechenden Themas dienen.

Eine Info-Box liefert zusätzliche Informationen, die das Verständnis des Themas erleichtern sollen.

«Original-Zitate wichtiger Personen oder Auszüge aus Dokumenten, Zeitungen und anderen Medien.»

Die zitierte Person oder die Quelle der Aussage ist unter dem Zitat angegeben.

Begriffserklärung zu den Begriffen, die im Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine wichtig sind.

1. Russland überfällt die Ukraine

24. Februar 2022.....	8
Budapester Memorandum.....	8
Auf die Bezeichnung kommt es an.....	9
Verlauf des Krieges.....	10
Was will Russland erreichen?.....	12
„Was Russland mit der Ukraine tun sollte“.....	17
Wie kann man gleichzeitig Neonazi sein und „Entnazifizierung“ fordern?.....	18
Wie die russische Propaganda Schuld bei den Anderen sucht.....	19

2. Ukrainischer Widerstand

Die Ukraine leistet Widerstand.....	20
Warum ist der ukrainische Widerstand so groß?.....	23

3. Vorgeschichte 2014-2022

Euromaidan.....	24
Russische Annexion der Krim.....	25
Scheinrepubliken „DNR“ und „LNR“.....	26
Friedensbemühungen.....	26
Eskalation 2021 – Anfang 2022.....	27

4. Geschichte und Wissenswertes

Entstehung der Ukraine und Russlands.....	28
Was bedeutet „Ukraine“?.....	29
Der ukrainische Staat nach dem Ersten Weltkrieg.....	29
Die Sowjetunion und ihr Zerfall.....	30
Russische Sprache in der Ukraine.....	30
Kyjiw, nicht Kiew.....	31
Sprachliche Unterschiede zwischen Ukrainisch und Russisch.....	33
Die Rolle der orthodoxen Kirche.....	34
Was stimmt nicht mit der Erzählung von den Brudervölkern?.....	35
Weihnachten am 25. Dezember oder 7. Jänner?.....	36
Krim.....	36

5. Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg

NATO und Warschauer Pakt im Kalten Krieg.....	38
NATO und Russland.....	40
NATO und die Ukraine.....	41
Neutralität.....	42

6. Umgang mit dem Krieg in Russland

Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Ein Helden-Mythos.....	44
Opfer der Ukraine im Zweiten Weltkrieg.....	44
Übergangszeit 1991-2000.....	46
Putins Russland.....	47
Instrumente der staatlichen Propaganda.....	48
Junge Armee. Wie russische Kinder auf den Krieg vorbereitet werden.....	50

7. Opfer und Zerstörungen im Krieg

Zivilbevölkerung.....	51
Kriegsvertriebene.....	51
Armeeingehörige.....	52
Schäden an Wohnhäusern und Infrastruktur.....	52
Zerstörung der Energieversorgung.....	53
Wirtschaft.....	53
Schäden an der Natur.....	54
Vorsätzliche Zerstörung der Kultur.....	55

8. Verbrechen und Verantwortung im Krieg

Russische Kriegsverbrechen.....	56
Straftatbestände im Völkerstrafrecht.....	58
Dokumentation von Kriegsverbrechen.....	59
Strafverfolgung.....	60
Gesellschaftliche Aufarbeitung in Russland.....	61

9. Leben unter russischer Besatzung

Regionen Cherson, Saporischschja.....	62
Krim, Donezk, Luhansk.....	65

10. Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Resilienz und Widerstand.....	65
Hilfsbereitschaft.....	68
Humor während des Krieges.....	69

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Haltung zum Krieg in einzelnen Ländern.....	71
Belarus.....	73
Sanktionen.....	74
Unterstützung für die Ukraine.....	76
Unterstützung aus Deutschland.....	76

Unterstützung aus Österreich.....	78
Warum unterstützt man die Ukraine?.....	80
Umgang mit russischer Kultur.....	82
Umgang mit russischen SportlerInnen.....	84

12. Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges

Abhängigkeit vom russischen Gas.....	86
Verzicht auf russisches Erdöl.....	88
Getreide.....	88
Teuerung und Wirtschaftswachstum.....	89

13. Geopolitische Folgen

Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg.....	90
Grundsätze der bestehenden Friedensarchitektur.....	91
Politische Zeitenwende.....	92
Bedeutung für andere / potenzielle Konflikte.....	93
Internationale Organisationen.....	93
EU – NATO – Westen in einer multipolaren Welt.....	94

14. Wie kann es weitergehen?

Interessenlage in Russland.....	95
Die Ukraine strebt einen gerechten Frieden an.....	95
Unterstützung der Ukraine verhindert Ausweitung des Krieges.....	96
Option Friedensgespräche?.....	96
Wie hängen der Krieg und Putin zusammen?.....	97
Russische Drohungen mit Atomwaffen.....	97

15. Nach dem Krieg

Wiederaufbau der Ukraine.....	98
AkteurInnen und Visionen.....	98
Zahlen und Pläne.....	99
Mögliche Finanzierungsquellen für den Wiederaufbau.....	100
Plan für die Russische Föderation. Begleitung der Demokratisierung.....	101

Bildquellenverzeichnis.....	102
Verwendete Quellen.....	103
Weiterführende Literatur.....	105
Index.....	107

1. Russland überfällt die Ukraine

24. Februar 2022

Am 24. Februar 2022 startete die Russische Föderation einen groß angelegten Krieg gegen die Ukraine. Am frühen Morgen begann die russische Invasion mit übers ganze Land verteilten Luft- und Raketenangriffen. Russische Bodentruppen marschierten aus Süden, Osten und Norden (auch aus dem belarussischen Territorium) in ukrainisches Territorium ein. Somit brach Russland das Völkerrecht, insbesondere das zentrale Dokument des Völkerrechts – die Charta der Vereinten Nationen, welche Angriffskrieg und Drohung mit Krieg verbietet. Mit dem Überfall auf die Ukraine verstieß Russland auch gegen eigene Erklärungen und Verträge, in denen es zugesichert hatte, die Ukraine militärisch nicht zu attackieren.



Eine nicht explodierte russische Rakete im Zentrum von Charkiw am 25.02.2022

«Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.»

Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen vom 26.06.1945

Budapester Memorandum

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Ukraine die drittgrößte Atommacht der Welt. Am 5. Dezember 1994 wurde mit dem „Budapester Memorandum“ ein Abkommen unterzeichnet. In diesem verzichtete die Ukraine auf Atomwaffen und gab die auf ihrem Gebiet stationierten Atomwaffen an Russland ab. Im Gegenzug garantierten Russland, die USA und Großbritannien die Sicherheit der Ukraine.

Insbesondere erklärten sie:

- die Unabhängigkeit und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren;
- weder Gewalt noch wirtschaftlichen Zwang gegenüber der Ukraine anzuwenden;
- selbst keine Atomwaffen gegen die Ukraine einzusetzen und die Ukraine bei Bedrohung mit Atomwaffen zu unterstützen.

Frankreich und die Volksrepublik China gaben zur Sicherheitsgarantie der Ukraine eigene Erklärungen ab.

Gleichlautende Memoranden wurden mit Kasachstan und Belarus unterzeichnet.

Auf die Bezeichnung kommt es an

In Russland unterliegen Berichte über den Krieg gegen die Ukraine einer staatlichen Zensur. Die Worte „Krieg“, „Invasion“ und „Angriff“ in Bezug auf die Ukraine sind per Gesetz verboten. Es drohen Haftstrafen, wenn jemand den Krieg als Krieg bezeichnen. Stattdessen verwendet man in Russland den Ausdruck „militärische Sonderoperation“ („spezielle Militäroperation“); offizielle russische Quellen schreiben von „Friedenssicherung“ und „Befreiung“.

Die deutsche Sprache bietet mehrere Begriffe für die Beschreibung der Handlungen Russlands gegenüber der Ukraine: Krieg, Invasion, Überfall, Einmarsch, Aggression, Okkupation (= Besatzung).

Einige andere Ausdrücke können **missverständlich** wirken. So denkt man bei dem Ausdruck „Ukraine-Krieg“ eventuell an den „Krieg der Ukraine“, was die Aufmerksamkeit vom Angreifer Russland auf das Angriffsopfer lenkt. UkrainerInnen erwidern darauf: „Es ist nicht unser Krieg. Wir haben ihn nicht angefangen“. Die Bezeichnung „Ukraine-Krise“ erinnert an den russischen Unwillen, den Krieg als Krieg zu benennen. Der Begriff „Russland-Krieg“ ist nicht eindeutig, denn das russische Militär war in den letzten 20 Jahren an mehreren Kriegen beteiligt (darunter in Tschetschenien, Georgien, Syrien).

Wenn man nach einem ausgewogenen Ausdruck sucht, bieten sich Begriffe wie „russischer Krieg gegen die Ukraine“, „Krieg Russlands in der Ukraine“ oder „russisch-ukrainischer Krieg“ an.

In der Ukraine trifft man auf die Bezeichnung „großer Krieg“ für die Zeit ab dem 24. Februar 2022, im Unterschied zu dem „kleinen Krieg“, den Russland bereits 2014 im Osten der Ukraine entfesselt hat.

1. Russland überfällt die Ukraine

Verlauf des Krieges

In den ersten Wochen des Krieges besetzte die russische Armee große Teile des ukrainischen Territoriums. Den versuchten Sturm auf die Hauptstadt Kyjiw haben die UkrainerInnen erfolgreich abgewehrt. Daraufhin konzentrierte sich Russland auf eine Offensive im Osten des Landes und eroberte dort weitere Landstriche. Während einer Gegenoffensive im August und September 2022 befreite die ukrainische Armee einige dieser Territorien von der russischen Okkupation.

In den Gebieten, aus denen die russische Armee wieder vertrieben werden konnte, wie Butscha und Irpin, wurden ihre Verbrechen gegen die ukrainische Bevölkerung sichtbar. Menschen (Militärangehörige und Zivilpersonen) wurden auf der Straße getötet oder entführt und gefoltert. Erwachsene und Kinder wurden misshandelt und vergewaltigt.

Die russische Armee greift die Ukraine am Boden und von der Luft aus an. Russische Raketen und Drohnen beschießen nicht nur militärische, sondern vor allem zivile Ziele, wie Wohnviertel, Krankenhäuser, Theater, Kirchen, Industrieanlagen und Getreidelager. Im Herbst-Winter 2022-2023 zerstörten sie gezielt die ukrainische Energieinfrastruktur. An einigen Tagen feuerte Russland über 100 Drohnen auf die Ukraine ab. Die dadurch verursachten Stromabschaltungen in Haushalten, Krankenhäusern und Industrie dauerten im Winter oft mehrere Tage.

Erst durch die Lieferung der westlichen Raketenabwehrsysteme verbesserte sich die ukrainische Luftverteidigung, sodass ab Frühjahr 2023 mehrere russische Raketen und Drohnen abgefangen werden.

Russische Truppen besetzten im März 2022 das Atomkraftwerk in Saporischschja – das größte in Europa. Inzwischen ist das AKW abgeschaltet. Im Juli 2023 entdeckten die Experten der Internationalen Atomenergieagentur IAEA mehrere Minen auf dem AKW-Gelände. Somit ist die Gefahr, die durch die russische Besetzung des AKW ausgeht, nicht gebannt.

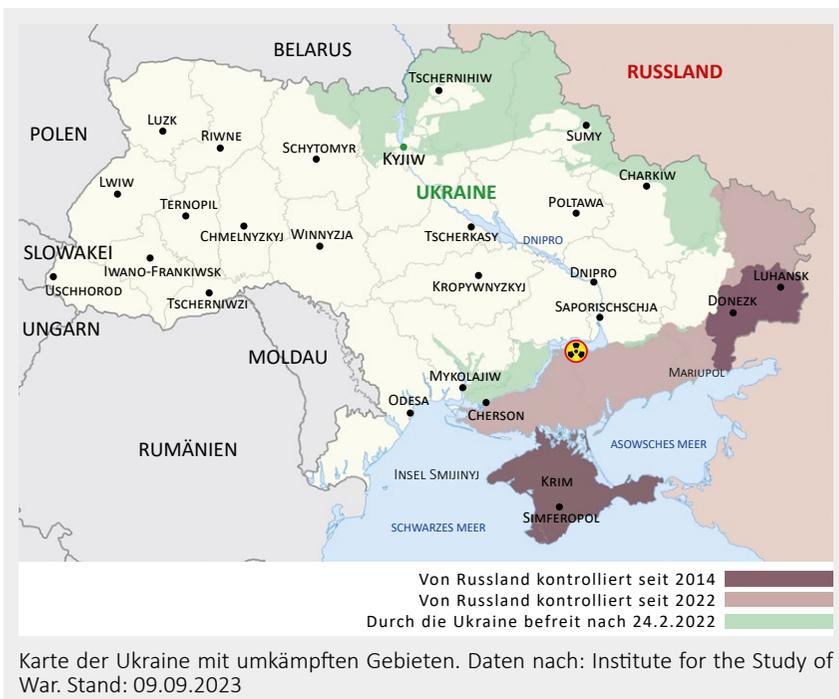
Nach einem von dem ukrainischen Armeechef General Walerij Saluschnyj Ende Mai veröffentlichten Video startete die Ukraine am 4. Juni 2023 eine weitere Gegenoffensive.

Am 6. Juni 2023 wurde das von der russischen Armee kontrollierte Kachowka Wasserkraftwerk in der Nähe von Cherson, das größte am Fluss Dnipro, gesprengt. Der dazu gehörende Staudamm brach zusammen, Wassermengen aus dem Stausee überfluteten große Flächen flussabwärts. Der Dambruch verursachte eine massive ökologische und humanitäre Katastrophe in den Gebieten unter ukrainischer sowie unter russischer Kontrolle (mehr zu den Folgen s. S. 54). Er machte diesen Frontabschnitt für die ukrainische Armee praktisch unpassierbar.

Der genaue Hergang der Sprengung des Kachowka Wasserkraftwerkes ist nach Stand Sommer 2023 noch unklar. Bereits im Oktober 2022 erschienen Berichte über die Platzierung von Sprengstoff im Inneren des Kraftwerkes durch russische Besatzungskräfte. International wird die Ansicht vertreten, dass Russland jedenfalls eine generelle Verantwortung für diese Katastrophe trägt.

Starke Verminderung des Bodens durch die Besatzer und Mangel an (westlichen) Waffen erschweren die ukrainische Gegenoffensive. Gleichzeitig finden in russisch besetzten Gebieten sowie in angrenzenden russischen Regionen, und auch in der russischen Hauptstadt Moskau, vermehrt Drohnenangriffe auf militärische Infrastruktur (Waffenlager, Militärflugplätze) und andere Objekte statt. Die Ukraine bekennt sich selten zu solchen Angriffen.

18 Monate nach dem russischen Einmarsch bleiben noch ca. 100.000 km² – über ein Sechstel des ukrainischen Staatsgebiets – unter Kontrolle Russlands (inklusive der in den Jahren 2014-2022 von Russland besetzten Gebiete in den Regionen Luhansk und Donezk sowie der Halbinsel Krim). Das ist mehr als die Fläche Österreichs (83.000 km²) bzw. des größten deutschen Bundeslandes Bayern (70.500 km²).



1. Russland überfällt die Ukraine

Was will Russland erreichen?

Russland ist ein **autoritärer** Staat mit einem starken staatlichen **Propagandaapparat**. Äußerungen russischer PolitikerInnen entsprechen oftmals nicht der Realität, sondern sind Teil der Propaganda. So beschimpfte der Präsident Russlands Wladimir Putin in seiner Rede am zweiten Tag des Krieges die ukrainische Regierung als „Bande von Drogensüchtigen und Neonazis“.

Auch Handlungen der russischen Führung entsprechen oft nicht ihren Worten. Während russische SoldatInnen gerade Teile des ukrainischen Territoriums besetzten, behauptete der russische Präsident, die Ukraine nicht besetzen zu wollen.

Was Russland mit dem Krieg in der Ukraine erreichen will, kann daher nur durch Betrachtung der Entscheidungen, Handlungen und Reden von Putin und seiner Umgebung sowie der Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien der Russischen Föderation erahnt werden.

Ein Staat ist **autoritär**, wenn die Staatsführung von den BürgerInnen Gehorsam verlangt und weder Mitbestimmung noch Kritik zulässt.

Propaganda (vom lateinischen Verb „propagare“ – „ausbreiten“) sind gezielte systematische Versuche, die Meinungen, Gefühle und Handlungen der Menschen zu beeinflussen. Gefährlich wird Propaganda insbesondere dann, wenn

- sie ein Teil der offiziellen Staatspolitik, d.h., auch vom Staat finanziert ist (staatliche Propaganda);
- sie auf absichtlichen Falschinformationen und der Leugnung der Tatsachen basiert, auch Desinformation, „alternative Tatsachen“ oder „Fake News“ genannt – also Lügen;
- gleichzeitig der Zugang zu anderen Informationsquellen beschränkt ist, z. B. durch Verbot bestimmter Medien, Verbot der Berichterstattung über bestimmte Themen (= Zensur), eingeschränkten Zugang zum Internet.

In der Propaganda in Russland treten alle der aufgezählten Elemente auf.

Mehr zu Propaganda in Russland s. S. 48

Die russische Propaganda spricht immer wieder vom „Westen, der Russland schwächen will“. Damit ist Europa gemeint, das geografisch westlich von Asien – vom „Osten“ – liegt. Der historisch entstandene Begriff **„Westen“** umfasst jedoch auch nicht-europäische Länder wie die USA, Kanada und Australien.

Diese Länder gehören zur sogenannten „westlichen Kultur“, die auf den „westlichen Werten“ wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, individueller Freiheit, Gleichberechtigung und Marktwirtschaft gegründet.

Das **militärische Ziel** Russlands am Beginn der Invasion war, die ukrainische Hauptstadt Kyjiw zu besetzen, die Regierung zu stürzen und auf diese Weise dem unabhängigen ukrainischen Staat ein Ende zu setzen. Danach sollte die Ukraine mit Russland und Belarus unter russischer Führung vereint werden, wie die Länder es einmal im Rahmen der Sowjetunion waren. Die Sowjetunion war eine Diktatur, sie litt an vielen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Problemen und ist 1991 zusammengebrochen. Den Zusammenbruch nannte der russische Präsident Putin 2005 die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Vieles deutet darauf hin, dass der russische Präsident auch weitreichendere **ideologische Ziele** hat. Putin vertritt eine in Russland verbreitete Ideologie der sogenannten „russischen Welt“ (= „russki Mir“). Sie gründet auf der Vorstellung einer „russischen Seele“: Das seien bestimmte Charaktereigenschaften, welche die russische Nation vom Westen unterscheiden und ihr eine besondere Rolle in der Weltgeschichte zusprechen würden. Russland sei eine „auserwählte Nation“ und habe das Recht, über das Schicksal anderer Länder, insbesondere in der Nachbarschaft zu bestimmen, auch über die Ukraine. Putin beschrieb bereits 2011 seine Vision „einer Eurasischen Union von Lissabon bis Wladiwostok“ unter russischer Führung.

Zu diesem Zweck versucht die politische Führung im Kreml (= Regierungssitz in der russischen Hauptstadt Moskau) seit Jahren, politischen Einfluss in anderen Ländern auszuüben. Russland unterstützt, auch finanziell, prorussische Kräfte in Europa. Dabei pflegt die russische Führung gute Beziehungen gleichzeitig zu rechtsextremen und linksextremen bzw. kommunistischen Parteien und Bewegungen sowie zu Wirtschaftslobbies (= Gruppen, die PolitikerInnen zugunsten bestimmter wirtschaftlicher Interessen beeinflussen wollen).

In anderen Ländern unterstützt Russland die befreundeten politischen Kräfte auch mit militärischer Gewalt.

1. Russland überfällt die Ukraine

Es setzt dafür unter anderem Söldnertruppen ein (Söldner = bezahlte freiwillige Kämpfer). Sie werden auch „Schattenarmeen“ bzw. „Privatarmeen“ genannt, da sie von privaten Personen angeführt werden. Jedoch bekommen sie Waffen und Finanzierung zum großen Teil vom russischen Staat. So kann Russland seinen Einfluss ausweiten und bewaffnete Konflikte und Kriege im Ausland führen, ohne offiziell als Kriegspartei zu gelten.

Die bekannteste russische Schattenarmee war lange Zeit „die Gruppe Wagner“ unter der Führung von Jewgeni Prigoschin. Die Wagner-Söldner führten Einsätze in Syrien, der Ukraine, Venezuela und mehreren afrikanischen Staaten aus. Sie waren z. B. für die Militärs in Burkina Faso, Mali, Guinea und Niger tätig. In diesen afrikanischen Staaten haben die Militärs die gewählte Regierung gestürzt und russlandfreundliche Staatspolitik etabliert.

Im August 2023 starb Prigoschin bei einem Flugzeugabsturz in Russland.



Kinder in einem russischen Kindergarten halten russische Flaggen sowie Plakate mit Hashtag „Wir lassen die Unseren nicht im Stich“ und dem Buchstaben Z in den Farben des sogenannten Sankt-Georgs-Bandes Orange und Schwarz. März 2022. Quelle: Andrei Zakharov, Privatarchiv

Das Sankt-Georgs-Band gilt als Symbol der militärischen Macht Russlands und seit 2014 als Zeichen der Unterstützung der russischen Aggression gegen die Ukraine. Der Buchstabe Z markierte die russischen Fahrzeuge bei der Invasion in die Ukraine 2022 und gilt nun als Symbol der Kriegsbefürwortung. In mehreren Ländern sind beide Symbole als Kriegspropaganda verboten.

Die von Putin vertretene Ideologie wird als „**Putinismus**“ (abgeleitet vom Namen des Präsidenten), „**Raschismus**“ (eine Kombination von Russland und Faschismus) oder seit 2022 auch „**Z-Faschismus**“ (der Buchstabe Z symbolisiert die Befürwortung des Krieges gegen die Ukraine) bezeichnet.

KritikerInnen der Anwendung des Faschismusbegriffs weisen auf Unterschiede zwischen den von Putin vertretenen Überzeugungen und dem historischen Faschismus hin. Andere meinen, dass die Überzeugungen des amtierenden russischen Präsidenten zweitrangig seien. Es sei der **Imperialismus** (= das Streben, andere Nationalitäten und Länder zu beherrschen), der das Handeln des russischen Staates antreibt. Die imperialistische Denkweise sei tief verankert in der russischen Gesellschaft, Kultur und Politik und zeigte sich in der Politik Moskaus bereits in der Zeit des Zarenreichs und der Sowjetunion.

Imperialismus (von lateinisch imperare „herrschen“; imperium „Weltreich“) bezeichnet das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Das erfolgt dadurch, dass schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich, kulturell oder mit anderen Methoden vom stärkeren Land abhängig gemacht werden, oder dass das stärkere Land direkt einen Krieg gegen ein schwächeres Land führt, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen.

Die **deklarierten Ziele** Russlands beschrieb Putin am Tag des Überfalls in einer propagandistischen Rede: „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine. Die **Entmilitarisierung** (oder Demilitarisierung) bedeutet den Abbau der Armee und Waffen und somit auch der Verteidigungsfähigkeit eines Landes. Als **Entnazifizierung** wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Beseitigung des Einflusses des Nationalsozialismus bezeichnet.

Die russische Propaganda beschuldigt ukrainische Menschen und die ukrainische Regierung, „Nazi“ zu sein, und setzt damit die lang bestehende Verachtung und Verleumdung von UkrainerInnen fort. Im russischen Zarenreich wurden die UkrainerInnen beleidigend als „Chochol“ oder „Kleinrussen“ und die ukrainische Sprache als „Bauerndialekt“ bezeichnet. In den 1920er Jahren kreierte die sowjetrussische Propaganda den Schimpfausdruck „ukrainische bürgerliche Nationalisten“. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs und danach beschuldigte sie UkrainerInnen, „Nazi“, „Nazi-Kollaborateure“ und „**Banderowzy**“ zu sein.

1. Russland überfällt die Ukraine

Als „Banderowzy“ werden Anhänger des in der Westukraine geborenen **Stepan Bandera** (1909-1959) bezeichnet. Vor und während des Zweiten Weltkriegs führte Bandera einen bewaffneten Untergrundkampf für einen eigenständigen ukrainischen Staat.

In dieser Zeit wechselte die Herrschaft über die Westukraine zunächst von Polen zur Sowjetunion, anschließend zu NS-Deutschland und wieder zur Sowjetunion. Zusätzlich zu den regulären Armeen kämpften in den (west-)ukrainischen Gebieten verschiedene ukrainische, polnische und sowjetische Widerstandsbewegungen gegen die Besatzungsmächte, sie bekämpften sich auch untereinander. Kollaboration gab es zwischen der Sowjetunion und NS-Deutschland 1939-1941 im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts 1939 (= Molotow-Ribbentrop-Pakt), sowie zwischen einzelnen Individuen bzw. Untergrundorganisationen einerseits und der deutschen Besatzung oder dem sowjetischen Regime andererseits.

Bandera kämpfte zunächst gegen die polnische Herrschaft in der Westukraine, nach deren Okkupation durch die Sowjetunion 1939 gegen die sowjetische Besatzung. Bis zum Einmarsch der NS-Deutschen in die Ukraine 1941 glaubte er, mit ihrer Hilfe einen unabhängigen ukrainischen Staat etablieren zu können. Die Besatzer sahen die Ukraine aber als Kolonie, verhafteten Bandera und etliche Mitglieder des von ihm geleiteten radikalnationalistischen Teils der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“, OUN, richteten mehrere von ihnen hin, zwei Brüder Banderas starben im KZ Auschwitz. Später kämpfte die OUN auch gegen die deutsche Besatzung.

Die Zeit des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine war gekennzeichnet durch Verbrechen gegen die Bevölkerung der Ukraine seitens der Sowjetunion und NS-Deutschlands; den durch NS-Deutschland organisierten Holocaust an 1-1,7 Mio. Jüdinnen und Juden und antijüdische Pogrome mit Beteiligung von Einheimischen; die Deportation von etwa 2 Mio. Menschen aus der Ukraine als Zwangsarbeitskräfte; Zehntausende Opfer der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzungen, vor allem PolInnen, aber auch UkrainerInnen. Insgesamt verlor die Ukraine etwa 8-12 Mio. EinwohnerInnen.

Die sowjetische Propaganda stellte den Ukrainer Bandera als „faschistischen Kollaborateur“ dar, um die Idee der ukrainischen Unabhängigkeit zu diskreditieren und die blutige Unterdrückung des gesamten ukrainischen antisowjetischen Widerstands zu rechtfertigen; „Banderowzy“ wurde zum Schimpfwort für UkrainerInnen schlechthin. Die heutige russische Propaganda greift dieses Motiv auf: Sie fordert die „Entnazifizierung, Ent-Banderisierung, Ent-Ukrainisierung“ der Ukraine, d.h. die Auslöschung der ukrainischen Nation.

In der unabhängigen Ukraine seit 1991 forderten einige AktivistInnen und politische AkteurInnen die Anerkennung der Rolle Banderas im ukrainischen Unabhängigkeitskampf. Für die Mehrheit der Bevölkerung blieb er als Person umstritten, viele kannten ihn gar nicht. Die russische Propaganda verknüpfte den Krieg gegen die Ukraine mit Bandera, das machte ihn schlagartig im ganzen Land bekannt. Seither verwenden manche in der Ukraine den Ausdruck "Banderowzy" satirisch oder als Verhöhnung der russischen Propaganda.

«Was Russland mit der Ukraine tun sollte»

Auszüge aus dem Text des russischen Politologen Timofej Sergejzew „Was Russland mit der Ukraine tun sollte“, publiziert am 3. April 2022 von der staatlichen Russischen Agentur für internationale Informationen, RIA Nowosti:

«Die Entnazifizierung wird unweigerlich eine Entukrainisierung sein.»

«Dies ist eine rein russische Angelegenheit.»

«Das Ukrainertum ist eine künstliche antirussische Konstruktion ohne eigenen zivilisatorischen Inhalt, ein untergeordnetes Element einer fremden und entfremdeten Zivilisation.»

«Die Ent-Banderisierung an sich wird nicht ausreichen, um die Ukraine zu entnazifizieren – das Bander'sche Element ist nur Erfüllungsgehilfe und Vorwand, eine Maskierung für das europäische Projekt der Nazi-Ukraine, so dass die Entnazifizierung der Ukraine auch ihre unvermeidliche Ent-Europäisierung ist.»

«Russland hat im 20. Jahrhundert alles getan, um den Westen zu retten. Es verwirklichte das wichtigste westliche Projekt, die Alternative zum Kapitalismus, die die Nationalstaaten besiegte – das sozialistische, rote Projekt.»

«Alles, was Russland für den Westen getan hat, hat es auf eigene Kosten getan, indem es die größten Opfer gebracht hat. Der Westen lehnte schließlich all diese Opfer ab, wertete Russlands Beitrag zur Lösung der westlichen Krise ab und beschloss, sich an Russland für die selbstlos geleistete Hilfe zu rächen.»

Ähnliche Inhalte äußerte zwei Tage später Dmitri Medwedew, Vizechef des russischen Sicherheitsrates, Ex-Präsident Russlands (2008-2012). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Sergejzews Text in seiner Grundausrichtung der staatlichen Linie entspricht. Der Historiker Timothy Snyder nennt dieses Manifest eine „Anleitung zum Völkermord“.

1. Russland überfällt die Ukraine

Entgegen der Darstellung der russischen Propaganda stehen die ukrainische Regierung und die überwältigende Mehrheit der UkrainerInnen dem Faschismus und Nationalsozialismus ablehnend gegenüber. Rechte bzw. rechtsextreme Parteien in der Ukraine schneiden bei gesamtstaatlichen Wahlen seit Jahren deutlich schwächer ab als in vielen anderen Staaten Europas und sind weder im ukrainischen Parlament noch in der Regierung vertreten. So erreichte ihre stärkste Gruppe, „Swoboda“ (Freiheit), 2012 ca. 10,4%, 2014 ca. 4,7%, 2019 ca. 2,2% der Stimmen.

Der Antisemitismus (= Judenfeindlichkeit) ist in der Ukraine auf einem niedrigen Niveau. Die Antisemitismus-Berichte der Ukraine für 2018-2021 führen ca. 50-90 Antisemitismus-Vorfälle jährlich an (im Vergleich: 2021 gab es 985 antisemitische Vorfälle in Österreich und 3.027 in Deutschland). Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (im Amt seit 2019) ist selbst jüdischer Abstammung, seine Familie hat durch den Holocaust Angehörige verloren. 2016 bis 2019 bekleidete Wolodymyr Hrojsman, ebenfalls jüdischer Herkunft, das Amt des Ministerpräsidenten der Ukraine.

Wie kann man gleichzeitig Neonazi sein und „Entnazifizierung“ fordern?

Aus der Idee der sogenannten „russischen Welt“ – der Überlegenheit Russlands über die anderen Völker – entwickelten sich in Russland parallel zwei unterschiedliche Bewegungen. Die AnhängerInnen einer Bewegung meinen, Russland allein habe Europa im Zweiten Weltkrieg vor dem deutschen Nationalsozialismus gerettet und beschütze Europa auch jetzt vor Neonazis. So hat Putin die „Entnazifizierung der Ukraine“ als Kriegsziel ausgerufen.

Die AnhängerInnen der anderen Bewegung wollen Russland von den **liberalen Ideen** abschirmen und vor den „Anderen“, gemeint sind AusländerInnen, Homosexuelle, Obdachlose usw., „schützen“. Diese Bewegung vertritt faschistische bzw. neonazistische Ideen und die damit verbundene Entmenschlichung.

Das lateinische Wort **liberalis** bedeutet „die Freiheit betreffend“.

Ab den 2000er Jahren gab es in Russland Versuche, die zahlreichen faschistischen Gruppierungen zu bekämpfen. Später entschied sich Präsident Putin dafür, sie in die eigene Strategie zu integrieren. Im Gegenzug unterstützt die Mehrheit der russischen Neonazis den russischen Präsidenten und auch den Krieg gegen die Ukraine.

Die Neonaziszene in Russland ist sehr gewaltbereit und verübte in der Vergangenheit Hunderte Morde und andere Übergriffe. Faschistische Gruppierungen wie „Russitsch“ und die „Russische Reichsbewegung“ kämpfen im russischen

Krieg gegen die Ukraine. Der Anführer von „Russitsch“, Alexey Milchakov, der durch sein Tierquälerei-Video im Internet bekannt wurde, verwendete öffentlich das Hakenkreuz und sagte über sich selbst: „Ich bin ein Nazi. Sagen wir nicht Nationalist, Patriot. Ich bin ein Nazi“.

Wie die russische Propaganda Schuld bei den Anderen sucht

In Putins Russland greift die staatliche Propaganda gezielt auf die Methode der Projektion zurück. Dabei werden eigene Absichten und Taten der anderen Seite zugeschrieben, das heißt, auf die andere Seite projiziert. Bei Unwissenden soll dadurch der Eindruck entstehen, dass russische Handlungen lediglich eine berechtigte Antwort auf die falschen Handlungen der „Gegner Russlands“ sind.

Einige Beispiele der Projektion in der russischen Propaganda:

Russlands Anschuldigungen	Russlands Handlungen
„Die Ukraine will Atomwaffen entwickeln und gegen Russland einsetzen“	Russland droht der Ukraine und dem Westen regelmäßig mit Atomwaffen.
„Die Ukraine betreibt Völkermord und bombardiert den Osten der Ukraine“	Die russische Armee beschießt nachweislich ukrainische Krankenhäuser, Wohnbezirke und Energieversorgung und begeht Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Russland will die selbständige ukrainische Nation beseitigen.
„Der Westen will Russland angreifen“	Russland greift westliche Infrastruktur an (Cyberwar). Im staatlichen russischen Fernsehen drohen die RednerInnen mit einem Einmarsch in Polen, Deutschland und Großbritannien. Es werden Videosimulationen gezeigt, wie Atomraketen Richtung London, Berlin und Paris fliegen sowie – bereits im Jahr 2014 – wie Russland die USA „in atomare Asche verwandeln“ könnte.
„Die Ukrainer sind ‚Nazis‘ und ‚Faschisten‘“	Die russische Regierung toleriert neonazistische Gruppierungen in Russland; mehrere der gegen die Ukraine eingesetzten Kämpfer äußern offen faschistische Ideen.

2. Ukrainischer Widerstand

Die Ukraine leistet Widerstand

Seit den ersten Stunden nach der Invasion Russlands in die Ukraine leisteten die ukrainische Führung und die Gesellschaft entschiedenen Widerstand. Noch am 24. Februar 2022 meldeten sich Tausende Menschen freiwillig beim ukrainischen Militär, darunter auch viele Frauen.

In der Ukraine unterliegen Frauen keiner Wehrpflicht. Bei den ukrainischen Streitkräften dienen insgesamt 41.000 Frauen, ca. 5.000 davon direkt an der Front. Laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj machen sie 22% der Armee aus – weltweit eine der höchsten Frauenquoten beim Militär.

Landesweit meldeten sich Tausende Freiwillige für den Dienst in der Territorialverteidigung. Der Andrang war so groß, dass mancherorts ein Aufnahmestopp erklärt wurde. Die Widerstandsbewegung in den okkupierten Gegenden nahm ihre Tätigkeit auf.

Die Territorialverteidigung wird vom Staat bzw. der lokalen Selbstverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Militär organisiert. Sie leistet militärischen Schutz der Ortschaften und besteht aus Freiwilligen, meistens lokalen BewohnerInnen. Ihre Einheiten stehen unter der Führung von Militärangehörigen und sind somit in die Struktur der Landesverteidigung integriert.



Menschen warten vor dem Blutspendezentrum in Dnipro am 25. Februar 2022, um Blut für die Armee zu spenden. Foto: Denys Piddubskyi



Volodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine. Foto: Präsidialamt der Ukraine

«Der Kampf ist hier. Ich brauche Munition, keine Mitfahrgelegenheit.»

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj antwortete mit diesen Worten am Beginn der russischen Invasion auf das Angebot der USA, ihn aus der Ukraine zu evakuieren.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj blieb trotz mehrmaliger Anschläge auf ihn in seinem Amtssitz Kyjiw. Die Bevölkerung vor Ort begegnete den Invasoren mit Mut und Hohn: EinwohnerInnen stellten sich vor die russischen Panzer, attackierten russische Drohnen, in den russisch besetzten Gebieten demonstrierten Menschen wochenlang gegen die Invasion, ukrainische Bauern schleppten russische Panzer ab.

Besondere Bekanntheit erlangte der Funkspruch eines der zwölf Grenzsoldaten auf der ukrainischen Schlangeninsel (Insel Smijinyj). Auf die Aufforderung des russischen Flaggschiffs „Moskwa“, sich zu ergeben, entgegnete er: „Russisches Kriegsschiff, f*** dich“.

UkrainerInnen im In- und Ausland bildeten eine breite Bewegung von Freiwilligen. Große wohltätige Stiftungen, kleine private Initiativen und Einzelpersonen beschafften Ausrüstung wie schusssichere Westen, Helme und Drohnen sowie Medikamente für die Front und ukrainische Spitäler, evakuierten ZivilistInnen aus den umkämpften Gebieten, versorgten ukrainische Truppen mit Lebensmitteln, flochten Tarnnetze, retteten verwaiste Haustiere und nahmen kriegsvertriebene Menschen bei sich auf.

2. Ukrainischer Widerstand



Briefmarke der Ukrainischen Post mit dem russischen Flaggschiff „Moskwa“. Autor des Sujets: Boris Groh

Die Briefmarke bildet den ukrainischen Soldaten ab, welcher dem russischen Flaggschiff „Moskwa“ den Mittelfinger zeigt. Die Ukrainische Post hat die Briefmarke am 12. April 2022 herausgegeben. Die „Moskwa“, das größte Kriegsschiff in der Schwarzmeerregion, sank zwei Tage später am 14. April 2022 nach ukrainischem Raketenbeschuss.

In den russisch besetzten Gebieten entstand eine Widerstandsbewegung. Die UntergrundkämpferInnen verüben einerseits Anschläge auf russische Besatzungsbehörden oder zerstören ihre Waffenlager. Andererseits versuchen sie, die Besatzer zu demoralisieren und Informationen an die ukrainische Armee weiterzugeben. Sie hängen ukrainische Fahnen auf, verbreiten Flugblätter, sprühen Drohungen und ukrainische Symbole an Wände und schicken mithilfe spezieller Apps bzw. Chatbots Fotos und Koordinaten russischer Militärtechnik an die ukrainischen Behörden. Daran beteiligen sich auch Kinder.

Die Anfang März 2022 staatlich eingerichtete ukrainische Webseite **Sprotyv** (= Widerstand) unterstützt Partisanen in russisch besetzten Gebieten mit Informationen und koordiniert einzelne Aktionen.

Ein Teil der Widerstandsbewegung spielt sich ausschließlich im Internet ab. Die ebenfalls durch den ukrainischen Staat ausgerufene IT-Armee oder Cyberarmee vereint Tausende ukrainische und ausländische Freiwillige mit IT-Expertise. Sie entlarven russische Fake-News im Netz, wehren russische Hacker-Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur ab und koordinieren ihrerseits Angriffe auf wichtige russische Internetseiten.

Warum ist der ukrainische Widerstand so groß?

Russlands autoritäres Regime bietet der ukrainischen Gesellschaft keine wünschenswerte Zukunft. Die wichtigsten Gründe für den ukrainischen Widerstand gegen die russische Herrschaft sind folgende:

- Putin hat der Ukraine ihr **Existenzrecht** mehrmals abgesprochen und mit der großflächigen Invasion bestätigt, dass er die Ukraine als unabhängigen Staat vernichten will.
- **Freiheit und Selbstbestimmung** genießen in der Ukraine einen hohen Stellenwert. 2020 erreichte die Ukraine 62/100 Punkte auf dem Freedom House Index, Russland – 20/100. In der Russischen Föderation waren persönliche Freiheiten, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheiten durch den Staat bereits vor dem Krieg stark eingeschränkt.
- An der Invasion leiden die östlichen und südlichen Regionen der Ukraine am meisten, in denen Russisch als Alltagssprache die größte Verbreitung hat. Dies steht **gegen die Behauptung Russlands**, „russisch sprechende Menschen beschützen zu wollen“.
- **Gewalt, Gesetzlosigkeit, Verfall** in den russisch okkupierten Teilen der Regionen Donezk, Luhansk sowie auf der Halbinsel Krim seit 2014 wirken abschreckend. Die Brutalität gegenüber der Bevölkerung in den 2022 okkupierten Gebieten verstärkt diesen Eindruck.
- Die wirtschaftliche Leistung Russlands ist zwar höher als die der Ukraine, wegen Korruption und Privilegien für Putin-nahe Personen lebt die russische Bevölkerung außerhalb der Metropolen Moskau und St. Petersburg jedoch in **großer Armut**. 2021 lebten in Russland 11% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze – prozentuell doppelt so viel wie in der Ukraine mit 5,5%.

Korruptionswahrnehmungsindex 2022 – Corruption Perceptions Index (CPI) zeigt die Verbreitung von Korruption in Politik und Verwaltung einzelner Länder. Quelle: Transparency International

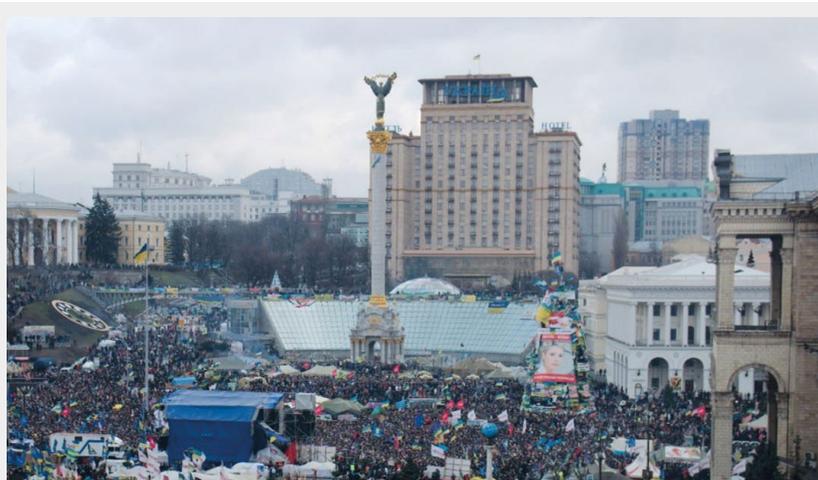
Rang	Land	CPI-Wert 2022
1	Dänemark	90
9	Deutschland	79
22	Österreich	71
24	USA	69
116	Ukraine	33
137	Russland	28
180	Somalia	12

Euromaidan

2013 arbeiteten die Ukraine und die Europäische Union ein Assoziierungsabkommen – einen Vertrag über eine enge Zusammenarbeit – aus. Der damalige Präsident der Ukraine Wiktor Janukowytsh lehnte jedoch auf Druck Russlands ab, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Daraufhin gingen Millionen ukrainische BürgerInnen auf die Straße, um gegen den Präsidenten und für den Vertrag mit der EU und die europäische Zukunft der Ukraine zu protestieren.

Diese Proteste, „Euromaidan“ (abgeleitet vom Kyjiwer Hauptplatz Maidan Nesaleschnosti, deutsch „Platz der Unabhängigkeit“) oder „Revolution der Würde“ genannt, fanden in vielen ukrainischen Städten während mehreren Winterwochen statt. Anfang 2014 befahl der damalige Präsident, den Protest auf dem Maidan Nesaleschnosti in Kyjiw mit Gewalt aufzulösen. Dabei wurden etwa einhundert ZivilistInnen getötet, sie werden in der Ukraine die „Himmlische Hundertschaft“ genannt. Doch die Demonstrationen wurden fortgesetzt und schließlich flüchtete Janukowytsh nach Russland.

Das ukrainische Parlament wählte daraufhin in einem demokratischen Prozess einen Übergangspräsidenten und eine Übergangsregierung. Es setzte die Neuwahlen für das Amt des Präsidenten für Mai 2014 an.



Revolution der Würde (Euromaidan) auf dem Maidan Nesaleschnosti, dem Hauptplatz der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw. Foto: Wikimedia

Russische Annexion der Krim

Anders als die westlichen Staaten erklärte die russische Regierung die Euromaidan-Proteste zu einem neonazistischen **Putsch**. Russland nutzte die für die Ukraine schwierige Übergangszeit aus: Russische Spezialeinheiten marschierten Ende Februar 2014 auf der ukrainischen Halbinsel Krim ein, besetzten das Regionalparlament und das Regierungsgebäude und setzten den russischen Staatsbürger Sergei Aksjonow als neuen Ministerpräsidenten der Krim ein.

Die Soldaten trugen Militäruniformen ohne Abzeichen, um nicht als russische Armeeeingehörige erkannt zu werden. Im Volksmund wurden sie wegen der Farbe der Uniform „grüne Männchen“ genannt.

Putsch – ähnlich einem Staatsstreich ist ein Putsch ein gewaltsamer Umsturz der politischen Führung eines Landes ohne Einhaltung gesetzlicher Regelungen.

Unter Aufsicht der „grünen Männchen“ und teilweise unter Gewaltandrohung wurde zwei Wochen später auf der Krim ein **Scheinreferendum** für die Angliederung an Russland durchgeführt. Die veröffentlichten, gefälschten Ergebnisse zeigten in manchen Orten mehr als 100% Zustimmung der Befragten. Anschließend annektierte Russland die Krim, das heißt, es erklärte sie zum Teil des eigenen Territoriums.

Scheinreferendum – eine vorgetäuschte Volksabstimmung, welche nur dem Schein nach demokratisch und ordnungsgemäß abläuft. Die Ergebnisse werden im Vorhinein bestimmt.

Das Scheinreferendum und die **Annexion** der Krim werden durch die internationale Gemeinschaft nicht anerkannt. Völkerrechtlich ist die Halbinsel Krim ukrainisches Gebiet.

Annexion – Aneignung eines fremden Gebietes.

3. Vorgeschichte 2014-2022

Scheinrepubliken „DNR“ und „LNR“

Einige Wochen nach der Annexion der Krim übernahm Russland die Kontrolle großer Teile der Regionen Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine. Die ukrainische Verwaltung wurde unter Führung russischer Offiziere mit Beteiligung russischer Spezialeinheiten, mit russischen Waffen und russischer Finanzierung sowie Unterstützung lokaler KollaborateurInnen gewaltsam vertrieben. Zwei Scheinrepubliken wurden ausgerufen: „DNR – Donezker Volksrepublik“ und „LNR – Luhansker Volksrepublik“. Diese Gebiete wurden nach Scheinreferenden 2022 ähnlich dem Scheinreferendum auf der Krim in die Russische Föderation eingegliedert.

Im Gegensatz zur Krim stießen die „**Separatisten**“ – so werden die AnhängerInnen der russisch geführten „DNR“/„LNR“ seit 2014 oft genannt – auf Widerstand. Der Krieg und die russische Besatzung in diesen Gebieten dauern seitdem an. In den Kämpfen wurden bis 2022 mehr als 10.000 Menschen getötet. Rund zwei Millionen Menschen sind aus den umkämpften Gebieten geflüchtet.

Als **SeparatistInnen** werden Teile der Bevölkerung bezeichnet, die sich von dem Staat, in dem sie leben, trennen wollen. Die Scheinrepubliken „DNR“ und „LNR“ wurden von 2014 an vom russischen Staat mit Hilfe russischer StaatsbürgerInnen kontrolliert. Letztere sind weder „SeparatistInnen“ noch „RebellInnen“ im engeren Sinn des Wortes. Alternativ bieten sich die Bezeichnungen **russisch kontrollierte Milizen / KämpferInnen** bzw. **BesatzerInnen** (für russische StaatsbürgerInnen) oder „**KollaborateurInnen**“ (für lokale BewohnerInnen) an.

Friedensbemühungen

Seit 2014 bis zum Start der großflächigen russischen Invasion 2022 wurden unter Beteiligung der Ukraine, Russlands und mehrerer westlicher PolitikerInnen Gespräche über mögliche Friedenslösungen geführt. In Minsk, der Hauptstadt von Belarus, wurden die sogenannten „Minsker Friedensabkommen“ unterzeichnet, deren Bestimmungen jedoch nie gänzlich umgesetzt wurden.

Einerseits war Russland nicht bereit, seine völkerrechtswidrige Einmischung in der Ukraine zu beenden. Die Ukraine wollte andererseits den Umstand, dass ukrainische BürgerInnen unter russischer Okkupation leben mussten, nicht als endgültige Lösung akzeptieren. Seit 2014 fanden in den besetzten Regionen Donezk und Luhansk immer wieder Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und den russisch kontrollierten Einheiten statt.



Wrackteil des Passagierflugzeugs MH17 der Malaysia Airlines, abgeschossen in der Region Donezk am 17. Juli 2014 von russisch kontrollierten Kämpfern. Foto: Wikimedia.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines flog am 17. Juli 2014 von Amsterdam nach Kuala Lumpur. Eine russische Rakete des Typs BUK brachte das Flugzeug zum Absturz. Alle 298 Menschen an Bord starben. Zwei russische Ex-Armeeangehörige und ein ukrainischer Kollaborateur wurden dafür 2022 in Abwesenheit von einem niederländischen Strafgericht des Mordes schuldig gesprochen. Weitere Gerichtsverfahren laufen.

Eskalation 2021 – Anfang 2022

Im Laufe des Jahres 2021 verlegte Russland etwa 150.000 Soldaten an die Grenze zur Ukraine. Die Ukraine, die USA, europäische und internationale PolitikerInnen und Institutionen kritisierten diesen Aufmarsch und versuchten durch Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, den Angriff auf die Ukraine abzuwenden. Putin behauptete bis knapp vor dem Angriff, die russische Armee plane nur Militärübungen und werde die Ukraine nicht überfallen.

Ab Jänner 2022 verübte Russland zudem massive Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur der Ukraine, was von MilitärexpertInnen als Vorbereitung einer Invasion gewertet wurde.

«Ich bin überzeugt, dass er die Entscheidung getroffen hat. Wir haben Grund, davon auszugehen.»

Joe Biden, Präsident der USA, am 18. Februar 2022 bei der Pressekonferenz im Weißen Haus auf die Frage zu den Plänen des russischen Präsidenten Putin, die Ukraine anzugreifen.

Am 24. Februar 2022 um 5 Uhr früh erklärte Präsident Putin in einer Rede den Start der „speziellen Militäroperation“ in der Ukraine.

4. Geschichte und Wissenswertes

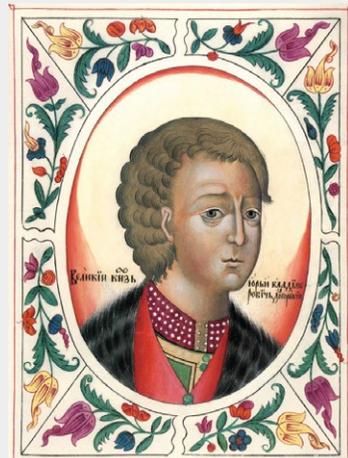
Entstehung der Ukraine und Russlands

Die ukrainische Hauptstadt Kyjiw entstand im fünften Jahrhundert. Vom 9. bis 13. Jahrhundert war die Stadt das Zentrum eines großen, von Ostslawen, Finnen, Normannen und anderen bewohnten Reiches der Kyjiwer Rus, welches vom Schwarzen Meer im Süden bis zur Ostsee im Norden reichte und große Teile der heutigen Ukraine, Belarus sowie den Westen Russlands einschloss. Im 12. Jahrhundert ließ ein Sohn des Kyjiwer Fürsten, Fürst Juri Dolgoruki, am Ufer des Flusses Moskwa eine Wehranlage errichten. Diese neue Stadt, die nach dem Fluss Moskau genannt wurde, entwickelte sich rasch.

Das Großfürstentum Moskau expandierte stark. Im Laufe der Jahrhunderte entstand ein riesiges Imperium mit einem Zaren als Staatsoberhaupt und Moskau bzw. St. Petersburg als politisches Zentrum. Das Zarenreich eroberte und kontrollierte Gebiete von der Ostsee bis Kamtschatka und dem Japanischen Meer, von Sibirien bis zum Kaukasus.



Anna von Kyjiw (um 1024 bis vermutlich 1078), 1051-1060 Königin von Frankreich. Auch als Anna Jaroslawna bekannt, Tochter des Kyjiwer Großfürsten Jaroslaw des Weisen und dessen Frau Ingegerd von Schweden, zweite Ehefrau Heinrichs I. von Frankreich



Juri Dolgoruki (1090-1157), Sohn des Kyjiwer Großfürsten Wolodymyr Monomach, Fürst von Rostow, Großfürst der Kyjiwer Rus, Gründer von Moskau. Quelle: Wikimedia

Als Kyjiw in Folge der mongolischen Invasion geplündert wurde, übernahm das Königreich Galizien-Wolhynien (12.-14. Jahrhundert) die Nachfolge der Kyjiwer Rus. Der Begriff „Rus“, „ruski“ wurde noch lange als Bezeichnung für diese Region sowie für nord-östliche Gebiete bis nach Moskau verwendet.

Nach dem Zerfall des Königreichs Galizien-Wolhynien kamen die Gebiete der heutigen Ukraine im Laufe der nächsten Jahrhunderte unter die Herrschaft von Polen-Litauen, der Habsburger Monarchie, des Moskauer Zarenreiches, im Süden wurden sie vom Krim-Khanat bzw. dem Osmanischen Reich kontrolliert.

Im 17. Jahrhundert entstand in der Zentral-Ukraine ein Kosakenstaat, der in weiterer Folge unter die Herrschaft des Moskauer Zarenreiches fiel.

Was bedeutet „Ukraine“?

Für das Zartum Moskau wurde ab dem 17. Jahrhundert zunehmend der moderne Name „Russland“ verwendet. Im 18. Jahrhundert benannte der Moskauer Zar Peter I. es offiziell in Russländisches (bzw. Russisches) Reich um. Die westlichen Nachbargebiete und ihre Sprachen wurden „weißrussisch“ (heutiges Belarus) und „kleinrussisch“ (heutige Ukraine) genannt. Die lokale Bevölkerung empfand die Bezeichnung „kleinrussisch“ als unpassend bzw. beleidigend und setzte zunehmend den Namen „Ukraine“ bzw. „ukrainisch“ durch.

Das Wort Ukraine (ukrainisch „Ukrajina“) bedeutet „das Land“ (ukrainisch „krajina“, „kraj“) und findet sich bereits in Schriften aus dem 12. Jahrhundert.

Der ukrainische Staat nach dem Ersten Weltkrieg

Anfang des 20. Jahrhunderts gehörte die Westukraine (vor allem Galizien) zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie und die Zentral- und Ostukraine zum Russischen Zarenreich. Die beiden Imperien zerfielen im Laufe bzw. als Konsequenz des Ersten Weltkriegs. An ihrer Stelle entstanden mehrere neue Staaten, so auch die Ukraine. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden im Osten der heutigen Ukraine die „Ukrainische Volksrepublik“ und im Westen die „Westukrainische Volksrepublik“ ausgerufen. 1919 schlossen sich die beiden Republiken zusammen.

In Russland übernahmen nach der Russischen Revolution 1917 die **Bolschewiken** bzw. Kommunisten unter Führung von Wladimir Iljitsch Lenin die Macht. Anschließend marschierten die russischen Bolschewiken in die Zentral- und Ostukraine ein und schlossen sie 1922 an die Sowjetunion an. Im gleichen Zeitraum marschierte die polnische Armee in die Westukraine ein und gliederte sie an Polen an.

Im Zweiten Weltkrieg besetzte die sowjetische Rote Armee die vordem polnisch verwaltete Westukraine genauso wie Estland, Lettland und Litauen und gliederte sie in die Sowjetunion ein.

4. Geschichte und Wissenswertes

Die Sowjetunion und ihr Zerfall

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – UdSSR oder Sowjetunion – wurde 1922 gegründet. Sie bestand am Ende aus 15 Republiken, die bevölkerungsreichsten davon waren die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik.

Die UdSSR war eine von Russland gesteuerte **Diktatur** der kommunistischen Partei. Wer ihr widersprach, wurde verfolgt bzw. vernichtet. Alle wichtigen Entscheidungen wurden in der russischen Hauptstadt Moskau getroffen. Im Ausland hat man die Sowjetunion daher oft nur „Russland“ genannt.

Diktatur bedeutet, dass eine Person (= Diktator) oder eine Gruppe von Menschen in einem Staat unbeschränkte politische Macht haben. Eine Diktatur ist das Gegenteil von Demokratie, in welcher das Volk über die Politik bestimmt. In einer Diktatur gibt es keine freien Wahlen, der Diktator ist nicht an Gesetze oder Menschenrechte gebunden, KritikerInnen werden verfolgt, Proteste und andere Meinungen werden mit Gewalt unterdrückt.

Ende der 1980er Jahre nahmen in der Sowjetunion Auflösungserscheinungen zu. Die baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen erklärten 1990 ihre Unabhängigkeit. Es folgten andere Republiken sowie die Ukraine am 24. August 1991. Im Dezember 1991 unterschrieben die Präsidenten von Russland, der Ukraine und Belarus einen Vertrag über die Auflösung der Sowjetunion. Das Ende der Sowjetunion folgte am 25.-26. Dezember 1991 mit dem Rücktritt des damaligen Präsidenten der Sowjetunion und einem Parlamentsbeschluss.

Russische Sprache in der Ukraine

Im Russischen Reich verboten die russischen Zaren die ukrainische Sprache, ukrainische Bücher, Schulunterricht und Theatervorstellungen auf Ukrainisch mehrmals im Laufe der Geschichte. Ukrainisch wurde trotzdem weiter verwendet. Auch die ostukrainischen Regionen (Charkiw, Donezk, Luhansk) und die angrenzenden westlichen Regionen Russlands (Belgorod, Taganrog, Kuban, Rostow-am-Don) wurden seit Langem von ethnischen UkrainerInnen bewohnt, die traditionell ukrainisch sprachen.

«Eine kleinrussische Sprache gab es nicht, sie gibt es nicht und kann es nicht geben.»

Das Walujew-Zirkular aus dem Jahr 1863 über die ukrainische Sprache. Diese geheime Verordnung des Innenministers des russischen Reiches, Peter Walujew, verbot die Publikation von Unterrichtsbüchern und religiöser Texte in ukrainischer Sprache.



Ethnografische Übersichtskarte des ukrainischen Nationalterritoriums, Kartografische Anstalt G. Freytag & Berndt, Ges. m. b. H., Wien, 1910. Quelle: polona.pl

Die Karte zeigt als ethnisch ukrainisch besiedeltes Territorium auch Gebiete im Westen des heutigen Russlands. Sie verwendet die alte ukrainische Schreibweise Bilhorod, Rosstiw, Sstawropil für die nun russischen Städte Belgorod, Rostow, Stawropol, sowie Ssewastopil, Ssymferopil für die Städte Sewastopol und Simferopol auf der Halbinsel Krim. Die ukrainische Hauptstadt steht als Kyjiw und der Hauptfluss der Ukraine als Dniro bezeichnet, was der aktuellen ukrainischen Aussprache entspricht.

Die rote Linie ist nicht Teil der ursprünglichen Karte und zeigt annähernd den aktuellen Grenzverlauf.

Kyjiw, nicht Kiew

Nach der ukrainischen Legende wurde die ukrainische Hauptstadt von den drei Brüdern Kyj, Schtschek und Choryw sowie ihrer Schwester Lybid gegründet und nach dem Namen des ältesten Bruders Kyjiw genannt. In einigen Sprachen gibt es eine eigene Bezeichnung der Stadt, zum Beispiel „Kijów“ auf Polnisch. Auf Englisch wird die internationale Bezeichnung „Kyiv“ verwendet, die von der ukrainischen Aussprache ausgeht.

SprachwissenschaftlerInnen empfehlen: Wenn es keine eigene Bezeichnung für die ukrainische Hauptstadt gibt, sollte man sich an der ukrainischen Form orientieren, nicht an der russischen. Auf Deutsch wäre die richtige Bezeichnung für die Stadt somit „Kyjiw“ und nicht „Kiew“.

4. Geschichte und Wissenswertes

In der Zeit der Sowjetunion schrumpfte die ukrainischsprachige Bevölkerung in der Ukraine durch gewaltsame Ereignisse und die gezielte Politik der **Russifizierung**. Durch die vom sowjetischen Staat 1932-33 künstlich organisierte Hungersnot, auf Ukrainisch „**Holodomor**“, starben an die vier Millionen UkrainerInnen. Weitere 8-12 Millionen EinwohnerInnen verlor die Ukraine im Zweiten Weltkrieg.

In den 1920er Jahren startete die Sowjetunion unter der Führung von Diktator Josef Stalin die **Zwangskollektivierung** – den Umbau der Landwirtschaft hin zu staatlichen Großbetrieben, den sogenannten „Kolchosen“. Die Bauern wurden gezwungen, ihr Land und Vieh abzugeben und in den Kolchosen zu arbeiten. Sie bekamen keinen Lohn, sondern einen Teil der Ernte. Zur Einschüchterung wurden Hunderttausende in der Sowjetunion lebende Bauern enteignet und in entlegene Gebiete deportiert.

Um die ukrainischen Bauern für ihren Widerstand gegen die Kollektivierung zu bestrafen, verpflichtete Moskau 1932 die Ukrainische Sowjetrepublik, so viel Ernte abzugeben, dass für die Bauern selbst zu wenig Nahrung übrigblieb. Soldaten beschlagnahmten Lebensmittel und umzingelten Dörfer, damit Hungernde nicht in die Städte fliehen konnten.

In der Zentral- und Ostukraine, dank ihrer fruchtbaren Schwarzerde und reichen Ernten als „Kornkammer Europas“ bekannt, brach eine Hungersnot aus, welche etwa vier Millionen Todesopfer forderte. Diese Hungersnot wird **Holodomor** genannt, abgeleitet vom Ukrainischen „Tötung durch Hunger“. Mehrere Länder haben den Holodomor offiziell als Völkermord an den UkrainerInnen anerkannt, darunter Deutschland, Frankreich, Belgien, die USA, Kanada und andere (Österreich nicht).

In anderen Gebieten der Sowjetunion, wie in Kasachstan und im mehrheitlich mit ethnischen Ukrainern besiedelten Kuban, starben 1932-1933 Millionen weiterer Menschen.

Anstelle der nun fehlenden ukrainischen Arbeitskräfte wurden gezielt russische BürgerInnen angesiedelt. Sie arbeiteten in den Kohlebergwerken und in Fabriken der Schwerindustrie (Maschinenbau, Metallverarbeitung) im Osten der Ukraine, darunter in Donbas (= Donezbecken).

In der Sowjetunion war Russisch faktisch die Staatssprache und wurde verpflichtend in der Schule unterrichtet. Alle anderen Sprachen hatten weniger Rechte. Ukrainische Intellektuelle, Kunst- und Kulturschaffende wurden immer wieder verfolgt, mehrere Hundert von ihnen hingerichtet, mehrere Tausend in den sowjetischen fernen Osten deportiert, wo viele von ihnen in Straf- und Arbeitslagern, dem sogenannten „**Gulag**“, ums Leben kamen.

Die Zeit in den 1930er Jahren, als die ukrainische kulturelle Elite besonders verfolgt und zahlreiche ukrainische Kulturschaffende hingerichtet wurden, nennt man in der Ukraine die „**hingerichtete Renaissance**“.

Die Verwendung der ukrainischen Sprache im öffentlichen Leben, Film und Theater, in Büchern und der Presse war zur Zeit der Sowjetunion eingeschränkt. In manchen Orten der Ost- und Südukraine wie Luhansk, Donezk, Simferopol oder Mykolajiw gab es in den 1980er Jahren keine einzige ukrainische Schule. An den dortigen Universitäten war Russisch die einzige Unterrichtssprache. Viele Kinder ukrainischsprachiger Eltern beherrschten schließlich nur noch Russisch.

Diese gezielte Sprachpolitik führte zu einer weitgehenden Russifizierung der ethnisch ukrainischen Gebiete.

In der seit 1991 unabhängigen Ukraine ist Ukrainisch die Staatssprache. In den letzten Jahren gab es einige Bemühungen, die noch immer bestehende Dominanz des Russischen in mehreren Bereichen zu mindern. So betrug 2020 die Auflage ukrainischsprachiger Zeitschriften in der Ukraine 31%, die russischsprachiger 67%. Dabei definierten 73% der Bevölkerung Ukrainisch als Muttersprache und 26% Russisch.

Die überwiegende Mehrheit der BewohnerInnen der Ukraine beherrscht beide Sprachen. Unabhängig von der verwendeten Sprache fühlen sich die meisten UkrainerInnen als BürgerInnen des ukrainischen Staates. Der ukrainische Präsident Selenskyj ist selbst in einer russischsprachigen Familie aufgewachsen und hat bis zu seiner Präsidentschaft sogar bei öffentlichen Auftritten öfters Russisch verwendet.

Seit dem großangelegten Angriff Russlands wollen viele UkrainerInnen die russische Sprache nicht mehr benutzen; für sie wurde Russisch zur Sprache der Angreifer.

Sprachliche Unterschiede zwischen Ukrainisch und Russisch

Ukrainisch und Russisch gehören zu der Sprachfamilie der slawischen Sprachen. Weitere slawische Sprachen sind Polnisch, Tschechisch, Slowakisch, Bulgarisch, Belarusisch, Serbisch, Kroatisch, Slowenisch, Bosnisch, Mazedonisch usw. Es gibt in den slawischen Sprachen viele Wörter, die ähnlich klingen, aber eine andere Bedeutung haben. Man kann sich in verschiedenen slawischen Sprachen über einfache Themen ungefähr verständigen, jedoch nicht frei kommunizieren.

Die meisten UkrainerInnen sprechen auch Russisch, da sie es lange Zeit lernen mussten. RussInnen können kein Ukrainisch sprechen, ohne es vorher gelernt zu haben. Für sie klingt Ukrainisch etwa so, wie ein deutschsprachiger Mensch die niederländische Sprache wahrnimmt.

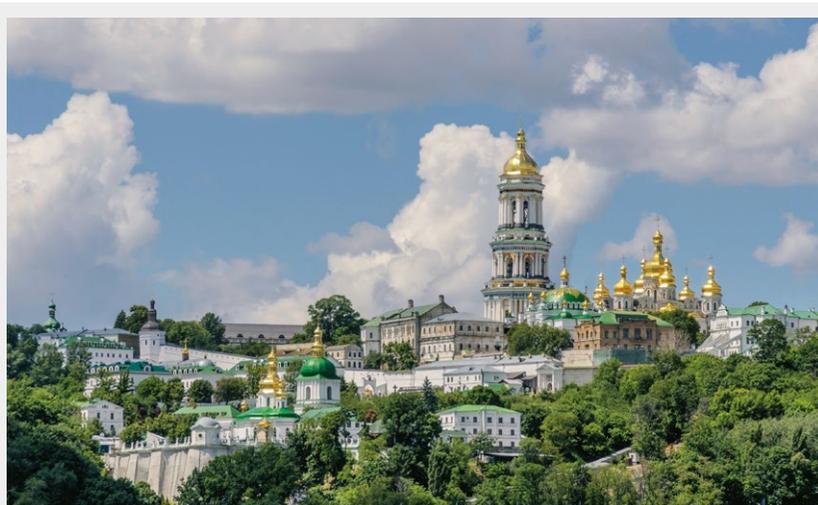
4. Geschichte und Wissenswertes

Die Rolle der orthodoxen Kirche

Der Kyjiwer Fürst Wolodymyr der Große hat im Jahr 988 den christlich-orthodoxen Glauben angenommen und ihn als Staatsreligion der Kyjiwer Rus eingeführt. Dieses Ereignis wird als „Taufe der Rus“ bezeichnet. Von Kyjiw aus breitete sich der orthodoxe Glaube auf die Nachbargebiete aus, auch auf das Moskauer Reich. Als die ukrainischen Gebiete zunehmend unter die Herrschaft des Moskauer Zarenreichs gelangten, baute die Moskauer orthodoxe Kirche ihren Einfluss aus, auch über die ukrainische orthodoxe Kirche.

Der russische Zar Peter I. hat die russische orthodoxe Kirche im 18. Jahrhundert unter staatliche Kontrolle gestellt. Das kommunistische Regime der Sowjetunion hat zunächst alle Religionen, darunter auch die orthodoxe Kirche, bekämpft. Der sowjetische Diktator Josef Stalin sah in der Kirche ein Instrument der Beeinflussung der Bevölkerung und ließ die russisch-orthodoxe Kirche unter staatlicher Aufsicht neu anerkennen. Andere Glaubensgemeinschaften wurden weiterhin verfolgt. Ab dieser Neugründung waren Geistliche der russisch-orthodoxen Kirche fest in die staatlichen Strukturen, darunter Geheimdienste, integriert. Auch im heutigen Russland ist die orthodoxe Kirche eng mit dem Staat verflochten.

In der Ukraine gibt es neben der Orthodoxie mehrere Religionen bzw. Glaubensgemeinschaften: Ukrainische Griechisch-Katholische (unierte) Kirche im Westen der Ukraine, Islam auf der Krim und im Süden, Judentum, römisch-katholische, evangelische Kirchen und andere.



Kyjiwer Höhlenkloster, gegründet im 11. Jahrhundert, eines der bedeutendsten Zentren des orthodoxen Glaubens in der Ukraine. Der Klosterkomplex gehört seit 1990 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Foto: Wikipedia

Der christlich-orthodoxe Glaube macht mit über 60% der Bevölkerung die größte Glaubensgemeinschaft in der Ukraine aus. Etwa drei Viertel orthodox Gläubiger gehören der unabhängigen **Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU)** an. Sie wurde im Jahr 2019 vom geistigen Oberhaupt der orthodoxen Kirche, dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel Bartholomäus I., als autokephal (= eigenständig) anerkannt.

Ein Viertel der orthodox Gläubigen in der Ukraine gehörte vor 2022 der russisch kontrollierten orthodoxen Kirche an, die sich offiziell die „**Ukrainisch-Orthodoxe Kirche**“ (**UOK**) nennt (bis 2022 – „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats“). Wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine, Verbreitung der russischen Propaganda und Kollaboration mehrerer Geistlicher mit den russischen Besatzungstruppen verlassen seit 2014 und besonders seit 2022 immer mehr Gläubige diese Kirche.

Die Orthodoxe Kirche Russlands unterstützt offen den russischen Krieg gegen die Ukraine. In den russisch besetzten Gebieten der Ukraine werden die Orthodoxe Kirche der Ukraine und andere Glaubensgemeinschaften verfolgt, teilweise enteignet und Priester willkürlich festgenommen. Gottesdienste in ukrainischer Sprache sind verboten.

Der ukrainische Staat und etliche Gemeinden haben begonnen, die bestehenden Privilegien für die „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“ abzuschaffen, insbesondere durch Kündigung der Pachtverträge von Grundstücken, die von der UOK genutzt werden. So hat der Staat im März 2023 den Pachtvertrag für einen Teil des berühmten Kyjiwer Höhlenklosters mit dieser Kirche nicht verlängert. Das ukrainische Parlament diskutierte Gesetzesentwürfe über das gerichtliche Verbot einzelner Niederlassungen der UOK im Fall der Kollaboration mit Russland.

Was stimmt nicht mit der Erzählung von den Brudervölkern?

Die Tatsache, dass die russische Hauptstadt Moskau von einem Kyjiwer Fürsten gegründet wurde, große Teile der heutigen Ukraine, Belarus und Russland im Mittelalter unter der Verwaltung von Kyjiw standen und den orthodoxen Glauben aus Kyjiw übernahmen, sieht Russland als historische „Verwandtschaft“.

Die russische Propaganda nennt die drei Länder Belarus, Russland und die Ukraine „Brudervölker“, mit der Vorstellung, Russland sei der „große Bruder“ und könne daher über das Schicksal der „kleinen Brüder“ Ukraine und Belarus bestimmen. Die UkrainerInnen lehnen den Propaganda-Ausdruck „Brudervölker“ mit der Begründung ab: Jedes Volk hat das Recht, über sich selbst zu entscheiden, und braucht dafür keine „Brüder“.

4. Geschichte und Wissenswertes

Weihnachten am 25. Dezember oder am 7. Jänner?

Die russisch-orthodoxe Kirche folgt bis heute dem alten Julianischen Kalender und feiert Weihnachten am 7. Jänner, ähnlich wie orthodoxe Gläubige z. B. in Belarus und Serbien. Andere orthodoxe Kirchen, z. B. in Griechenland und Bulgarien, sowie katholische und protestantische Kirchen richten sich hingegen beim Weihnachtsfest nach dem neuen Gregorianischen Kalender und feiern Weihnachten am 25. Dezember.

Bis zuletzt feierten ChristInnen in der Ukraine religiöse Feiertage nach dem alten Julianischen Kalender gleichzeitig mit Russland. Bereits 2017 wurde in der Ukraine der 25. Dezember parallel zum 7. Jänner als arbeitsfreier Feiertag für das Weihnachtsfest gesetzlich eingeführt. Ein ukrainisches Gesetz vom Juli 2023 verlegte das Weihnachtsfest auf den 25. Dezember, der 7. Jänner ist kein offizieller Feiertag mehr. Dem Gesetz gingen gleichlautende Entscheidungen der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche und der Orthodoxen Kirche der Ukraine voran.

Beim Osterfest halten sich weiter alle orthodoxen Kirchen – mit Ausnahme der finnischen – an den Julianischen Kalender.

Krim

Die Halbinsel Krim wurde seit Jahrhunderten von KrimtatarInnen bewohnt. Im Zuge des Zerfalls der turko-mongolischen Goldenen Horde entstand im 15. Jahrhundert das Krim-Khanat. Dieses wurde 1783 durch das russische Zarenreich erobert, worauf die Russifizierung der Halbinsel folgte. Nach dem Zerfall des Zarenreichs 1917 riefen Krimtataren die „Volksrepublik Krim“ aus. Sie wurde von russischen Bolschewiken besetzt und an die UdSSR angegliedert.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Krim 1941-1944 von der deutschen Wehrmacht besetzt. Nach der Wiedererlangung der Kontrolle über die Krim 1944 befahl der sowjetische Machthaber Stalin, alle KrimtatarInnen nach Zentralasien zu deportieren. Sie wurden pauschal der Kollaboration mit NS-Deutschland beschuldigt. Es folgten Massendeportationen von GriechInnen, BulgarInnen, ArmenierInnen und anderen Nationalitäten von der Krim. Mehrere Tausend Menschen kamen dabei ums Leben. Ihre Häuser wurden russischen SiedlerInnen zur Verfügung gestellt, sodass RussInnen bald zu einer absoluten Mehrheit auf der Krim wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Krim in Trümmern. Administrativ war die Halbinsel Teil der föderativen russischen Sowjetrepublik, hatte aber keine Landverbindung mit ihr. Die Krim hatte nicht ausreichend Trinkwasser und war von der Versorgung mit Strom und Waren vom ukrainischen Festland abhängig. Um den Wiederaufbau der Krim voranzutreiben

und die Verwaltung zu erleichtern, wurde die Krim 1954 in die Zuständigkeit der Ukraine übergeben, obwohl die EinwohnerInnen überwiegend russisch waren.

Administrative Grenzverschiebungen ungeachtet der ethnischen Zusammensetzung der Gebiete fanden in der sowjetischen Geschichte mehrmals statt. In den 1920er Jahren gingen Kuban und Gebiete rund um Belgorod und Taganrog im Süden und Osten der Ukraine an die russische Sowjetrepublik, obwohl deren größter Bevölkerungsanteil ukrainisch war.

Die vertriebenen KrimtatarInnen durften offiziell erst ab 1989 auf die Krim zurückkehren.

Beim allukrainischen Referendum im Dezember 1991 stimmte die Mehrheit der Krim-EinwohnerInnen für die Unabhängigkeit der Ukraine in den bestehenden Grenzen.

Seit 2014 ist die Krim russisch besetzt (mehr zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim s. S. 25), seither werden die KrimtatarInnen erneut verfolgt.



Jamala (*1983, bürgerlich Sussana Dschamaladinowa), ukrainische Sängerin krimtatarischer Herkunft. Foto: Wikimedia. Autor: Albin Olsson

2016 gewann Jamala beim Eurovision Song Contest mit dem selbst komponierten, teilweise auf Krimtatarisch gesungenen Lied „1944“ über die Vertreibung ihrer VorfahrInnen aus der Krim.

5. Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg

NATO und Warschauer Pakt im Kalten Krieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 waren sich die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion nicht einig, wie sich die Welt weiterentwickeln und welche Ideologie ausschlaggebend sein sollte – **Kommunismus** oder westliche Demokratie.

Der **Kommunismus** als Ideologie (= Sammlung politischer Ideen) entstand im 19. Jahrhundert. Ihm zufolge sollte es kein Privateigentum geben, sondern alle wichtigen Objekte in einem Staat, wie Grund und Boden, Häuser und Unternehmen, sollten im Eigentum des Staates stehen. In der Theorie soll der staatliche Besitz dazu führen, dass alle Menschen im Land gleich sind und alles Notwendige für das Leben bekommen.

In der Praxis verwandelte sich bis jetzt jeder Staat, der die kommunistischen Prinzipien ausrief, in eine Diktatur bzw. ein autoritäres Regime, wo eine Partei die gesamte Politik kontrolliert, andere Weltanschauungen unterdrückt und ihre VertreterInnen verfolgt werden. Die Sowjetunion, China, Nordkorea, Kuba, Vietnam und Laos sind nur einige Beispiele dafür.

Den Konflikt zwischen dem sowjetischen Kommunismus und den westlichen Demokratien ohne eine direkte kriegerische Konfrontation nennt man „**Kalter Krieg**“.

Um sich vor einer Bedrohung seitens der Sowjetunion zu schützen, haben 1949 die USA, Großbritannien, Frankreich und weitere acht europäische Länder sowie Kanada ein Verteidigungsbündnis – die North Atlantic Treaty Organization, kurz **NATO**, gegründet.

NATO, die „Nordatlantikpakt-Organisation“ wird im Deutschen auch als Atlantisches Bündnis, Nordatlantische Allianz oder als Nordatlantikpakt bezeichnet.

Es ist ein Bündnis für die gemeinsame Selbstverteidigung der Mitglieder: Wenn ein NATO-Staat von außen angegriffen wird, sind alle anderen Mitglieder verpflichtet, ihn zu unterstützen (= „Beistandsklausel“ im wichtigsten Artikel, Art. 5, des NATO-Vertrags). Die NATO-Mitglieder verpflichten sich außerdem, andere Mitglieder militärisch nicht anzugreifen.

Bei Entscheidungen der NATO hat jedes Mitglied ein Vetorecht (= kann die Entscheidung verhindern).

Die UdSSR hat 1955 ebenfalls ein militärisches Bündnis, den **Warschauer Pakt**, gegründet. Weitere Mitglieder des Paktes waren Nachbarländer unter

dem Einfluss der Sowjetunion: Polen, die damalige Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). 1991 wurde der Warschauer Pakt aufgelöst. Russland initiierte die Gründung eines neuen Militärbündnisses – die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, kurz OVKS. Dem Bündnis sind neun Ex-Sowjetrepubliken beigetreten, drei davon sind später wieder ausgetreten. Derzeit hat das OVKS-Militärbündnis sechs Mitglieder: Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan. Serbien hat in der OVKS einen Beobachter-Status.

Da die anderen ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts nach 1991 freie Wahl hatten, traten alle von ihnen im Laufe der Jahre statt dem russisch geleiteten OVKS der NATO bei. Das Gleiche taten auch die drei baltischen Ex-Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen.

Mittlerweile zählt die NATO 31 Mitglieder. Die Aufnahme in die Allianz erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Nach erfolgreichen Schritten zur Vorbereitung kann ein Land seinen Beitrittswunsch in einem schriftlichen Beitrittsgesuch erklären und wird von der NATO zu Verhandlungen eingeladen.

Nachdem Russland die Ukraine überfallen hat, haben die bis dahin neutralen Staaten Schweden und Finnland ihre Neutralität aufgegeben und ihre Beitrittsgesuche bei der NATO eingereicht.

Anfang April 2023 wurde Finnland offiziell zum 31. Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses.



NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** (*1959) bei der Pressekonferenz nach dem außerordentlichen virtuellen NATO-Summit am 25. Februar 2022. Foto: NATO

5. Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg

NATO und Russland

Nach der Auflösung der Sowjetunion äußerten die NATO-Staaten die Absicht, eine vertrauensvolle strategische Beziehung mit Russland aufzubauen. 1994 wurde die Russische Föderation Mitglied im NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“. 1997 fand die Unterzeichnung der „NATO-Russland-Grundakte“ statt, wo die NATO und Russland erklärten, „gemeinsam im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden auf der Grundlage der Prinzipien der Demokratie und der kooperativen Sicherheit schaffen“ zu wollen.

Das Nordatlantische Bündnis und Russland arbeiteten im Rahmen des neu geschaffenen **NATO-Russland-Rats** zusammen. Russland sandte eine ständige Vertretung zur NATO und die NATO eröffnete eine ständige Vertretung in Moskau. Keinem anderen Staat hat die NATO eine solche besondere Stellung ermöglicht.

Der Russischen Föderation stand die Möglichkeit offen, den üblichen Aufnahmeprozess zu starten und der NATO beizutreten. Das tat das Land nicht.

Der russische Präsident Putin und die russische Propaganda kritisierten die NATO immer öfter und beschuldigten die Allianz, Russland umzingeln zu wollen. Dabei teilt die Russische Föderation ca. 4% ihrer Außengrenze bzw. ca. 11% der Festlandsgrenze mit einem NATO-Land (nach dem NATO-Beitritt Finnlands).



Die Versammlung der AußenministerInnen im Rahmen des NATO-Russland-Rats im NATO-Hauptquartier in Brüssel, 4. Dezember 2013. Foto: NATO

Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO haben sich insbesondere nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Einmarsch russischer Einheiten in der Ostukraine 2014 verschlechtert.

Am 12. Jänner 2022 verlangte Putin bei der Sitzung des NATO-Russland-Rats, NATO-Beitritte weiterer Staaten zu blockieren und die NATO-Verteidigungswaffen nicht in den Ländern mit einer Grenze zu Russland zu stationieren. Der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, lehnte diese Forderung mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Staaten ab. Das bedeutet, dass jeder unabhängige Staat selber entscheiden darf, welchen Bündnissen er beitreten und wie er sich verteidigen möchte. Das war bisher die letzte Sitzung des NATO-Russland-Rats.

Der russische Präsident Putin vertritt die Position, die NATO sei schuld daran, dass Russland die Ukraine überfallen „musste“.

NATO und die Ukraine

Im Jahr 1990 erklärte die Ukraine in der „Deklaration der Staatssouveränität der Ukraine“ ihre Absicht, dauerhafte **Neutralität** anzustreben. Sie erklärte außerdem, sie würde keinen Militärbündnissen angehören und keine Atomwaffen besitzen. Als bündnisfreier Staat wurde die Ukraine neben Österreich, Russland und weiteren Ländern, zum Mitglied der NATO-Partnerschaftsprogramme „Partnerschaft für den Frieden“ (englisch „Partnership for Peace“, PfP) und „Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat“ (EAPR; englisch „Euro-Atlantic Partnership Council“, EAPC).

In den 2000er Jahren begann die ukrainische Politik eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit eines zukünftigen NATO-Beitritts. Die Gesellschaft lehnte die Idee großteils ab. Das ukrainische Gesetz von 2010 definiert die **Bündnisfreiheit** (= Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen) als das wichtigste Prinzip der Außenpolitik der Ukraine.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und dem Beginn der Kämpfe in der Ostukraine hat sich die Meinung der ukrainischen Bevölkerung stark geändert: Waren 2012 nur ca. 20% der Bevölkerung für den NATO-Beitritt, so war die Zustimmung 2015 auf ca. 50% gestiegen. Bei einer Umfrage im Sommer 2022 haben sich 85% der befragten UkrainerInnen für den NATO-Beitritt der Ukraine ausgesprochen, weil sie sich dadurch Schutz vor Russland versprechen.

Die Annexion der Krim und der Beginn der russischen Kampfhandlungen im Osten der Ukraine 2014 haben gezeigt, dass der neutrale bzw. bündnisfreie Status die Sicherheit des Landes nicht gewährleisten konnte. Im Dezember 2014 beendete ein neues Gesetz offiziell die Bündnisfreiheit der Ukraine und definierte den NATO-Beitritt als Ziel.

5. Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg

Angesichts des russischen Kriegs stellte der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj im September 2022 einen Antrag auf einen beschleunigten NATO-Beitritt.

Allgemein gilt als Voraussetzung für einen NATO-Beitritt, dass der Beitrittskandidat nicht in internationale Konflikte und Streitigkeiten um Grenzverläufe verwickelt sein darf. Nach den Worten von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Ende Februar 2023 würde die Ukraine langfristig Mitglied des Militärbündnisses. Wann die Ukraine in die NATO aufgenommen werden kann, steht derzeit nicht fest.

Für eine engere Zusammenarbeit auf dem Weg der Ukraine zu einer NATO-Mitgliedschaft wurde 2023 ein neues Gremium geschaffen: Der NATO-Ukraine-Rat. Der Rat dient dem politischen Dialog und dem Austausch in Krisensituationen. Er tagte zum ersten Mal im Juli 2023.

Neutralität

Ein Staat kann sich für neutral erklären; das geschieht in einem schriftlichen Dokument, z. B. in einem Gesetz oder Vertrag. Mit der Erklärung der Neutralität signalisiert ein Staat, dass er selber niemanden militärisch angreifen möchte und sich im Fall eines Krieges weder auf Seiten der Angreifer noch auf Seiten der Angegriffenen am Krieg beteiligen wird. Neutralität umfasst auch die Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen (= Bündnisfreiheit oder Blockfreiheit).

Neutralität gibt keine Garantie dafür, dass das neutrale Land selbst nicht militärisch attackiert wird.

Welche Handlungen auf Grund der Neutralität unzulässig sind, unterscheidet sich stark – je nach Ausgestaltung der Neutralität.

In Österreich beinhaltet das Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 ausdrücklich zwei Verbote. So wird Österreich „keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen“. Sonstige Handlungen, z. B. das Training der Armeeangehörigen anderer Länder oder Entminung (= Beseitigung von Minen) ehemaliger Kriegsgebiete sind im Gesetz nicht erwähnt, liegen also im Ermessen der Politik.

Österreich erklärte die Neutralität zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und zwar erst nach dem Abzug fremder (US-amerikanischer, britischer, französischer und sowjetischer) Truppen aus seinem Gebiet. Neutralität war der Preis für die Zustimmung der Sowjetunion zum Truppenabzug.

Die Schweiz ist seit 1815 neutral und damit das älteste neutrale Land Europas. Die schweizerische Bundesverfassung gibt der Regierung den Auftrag und der Bundesversammlung die Aufgabe, „Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz“ zu treffen.

Die Inhalte der schweizerischen Neutralität sind dabei rechtlich nicht definiert. Das ermöglicht dem Land einen flexiblen Umgang mit dem Begriff. Die Schweiz schloss sich den EU-Sanktionen gegen Russland wegen des Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022 an. Als andere Länder ihre in der Schweiz produzierten Waffen an die Ukraine weitergeben wollten, verweigerte die schweizerische Regierung ihre Zustimmung mit dem Verweis auf Neutralität.

Als neutrale Länder sind die drei Nachbarn Österreich, die Schweiz und Liechtenstein selbst keine Mitglieder der NATO, grenzen allerdings von allen Seiten an NATO-Mitgliedstaaten (und aneinander).

Weitere neutrale bzw. bündnisfreie Staaten in Europa sind: Irland, Malta, Zypern, der Vatikan, Moldau, Serbien.

Schweden und Finnland haben ihre Neutralität angesichts der russischen Invasion in der Ukraine 2022 aufgegeben und einen NATO-Beitritt beantragt.

Russland fordert von der Ukraine Neutralität, die in einem Vertrag schriftlich festgehalten werden soll. Diese Forderung lehnen die ukrainische Führung und Gesellschaft ab. Sie begründen dies damit, dass die Ukraine bis zur russischen Aggression 2014 praktisch neutral war. Das schützte sie nicht vor russischer Aggression. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Russland mehrere Verträge gebrochen. Ein neuer Vertrag mit Russland gibt keine Sicherheit, da nicht garantiert ist, dass Russland diesen Vertrag nicht auch bricht (s. Budapester Memorandum S. 8-9).

Manche BefürworterInnen der Neutralität schlagen alternative Konzepte vor. Für den nachhaltigen Frieden in der Region wäre die Neutralität von Russland viel zielführender, ist ihr Argument. Ob und mit welchen Mitteln sie jemals erreicht werden kann, wird kontrovers diskutiert.

6. Umgang mit dem Krieg in Russland

Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Ein Helden-Mythos

In Russland sind viele überzeugt, dass allein die Sowjetunion Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg besiegt hat. Die Rolle der anderen Alliierten – USA, Frankreich und Großbritannien – wird herabgewürdigt. In Russland versteht man sich als der ausschließliche Erbe der Sowjetunion und als das größte Opfer des Nazi-Regimes. Dabei haben andere sowjetische Republiken, z. B. Belarus und die Ukraine, sehr viel zum Sieg der Sowjetunion beigetragen und teilweise höhere Verluste erlitten als Russland. Das wird meistens vernachlässigt, wie auch der Umstand, dass die Sowjetunion in den ersten Kriegsjahren mit Deutschland kollaborierte.

Opfer der Ukraine im Zweiten Weltkrieg

Der Sieg im Zweiten Weltkrieg forderte viele Opfer von der Sowjetunion. Die höchsten Verluste im Verhältnis zu ihrer Größe erlitten dabei die Ukraine und Belarus. Etwa 27 Millionen Menschen der Sowjetunion kamen im Krieg ums Leben. Die Ukraine verlor dabei etwa 8-12 Millionen Menschen (ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung, ca. 37% der Gesamtverluste der UdSSR), Belarus etwa 2,5 Millionen (ein Drittel der Bevölkerung), Russland etwa 13,4 Millionen (ein Zehntel der Bevölkerung). Die Ukraine und Belarus wurden vollständig von den Deutschen okkupiert. Von Russlands Territorium wurden nur 3% besetzt. Die Ukraine hat fast die Hälfte der materiellen Schäden der Sowjetunion getragen. Fast jeder zweite UdSSR-ZwangsarbeiterIn (= "OstarbeiterIn") stammte aus der Ukraine. Jeder fünfte Soldat der Roten Armee kam aus der Ukraine.



Der Zweite Weltkrieg heißt in Russland „der Große Vaterländische Krieg“. Für die RussInnen hat er 1941 angefangen, als Deutschland die Sowjetunion angegriffen hat. In der übrigen Welt gilt September 1939 als Beginn des Zweiten Weltkrieges, als die deutschen Truppen Polen aus dem Westen und die sowjetische Rote Armee die polnischen Territorien aus dem Osten überfallen haben.

In der russischen Gesellschaft ist die Vorstellung sehr verbreitet, dass Russland Europa auch weiterhin vor den Nazis schützen. Diese Sicht hat die Staatspropaganda in der Sowjetunion geschaffen, die Propaganda der Russischen Föderation verbreitet sie weiter.



Ein Kindergartenfotograf in Moskau bietet auf seiner Webseite kostümierte Fotoshootings zum 9. Mai, dem „Tag des Sieges“, für Kindergärten an. Quelle: <https://фотограф.дети>



Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ im russischen Amur am 9. Mai 2017. Aufschrift auf dem selbstgebastelten Panzer mit der sowjetischen roten Flagge: „Auf nach Berlin!“. Foto: Wiktor Imambaew

Ab September 2023 wurden in russischen Schulen einheitlich aktualisierte Geschichtsbücher eingeführt. Sie schreiben z. B. davon, dass es eine „feste Idee des Westens ist, die Lage innerhalb Russlands zu destabilisieren“, vom „Wiederaufleben des Nationalsozialismus“ in den baltischen Ländern und von der Notwendigkeit der „speziellen Militäroperation“, wie der Krieg gegen die Ukraine in Russland beschönigend bezeichnet wird.

6. Umgang mit dem Krieg in Russland

Übergangszeit 1991-2000

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 startete der neu gewählte Präsident der Russischen Föderation Boris Jelzin eine Reihe von Reformen: Staatliche Unternehmen wurden privatisiert, das heißt, sie gingen in private Hände über (Privatisierung), Preise wurden nicht mehr staatlich vorgegeben, sondern konnten sich auf dem Markt frei bilden (Liberalisierung). Die geltende Verfassung von 1993 definierte Russland als einen demokratischen Rechtsstaat und garantierte demokratische Grundrechte wie Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Recht auf Privateigentum, freies Wahlrecht usw. Die Verfassung verlieh dem Präsidenten große Macht.

Jelzins Reformen waren notwendig, sie haben aber nicht nur Positives gebracht. Durch eine schlecht durchgeführte Währungsreform verloren viele Menschen ihre Ersparnisse. Mehrere Finanzkrisen führten dazu, dass viele ArbeitnehmerInnen ihren Job verloren (Arbeitslosigkeit). Preise stiegen stark (hohe Inflation). Es formierten sich kriminelle Banden, welche die Polizei nicht ausreichend bekämpfte. In der Politik gab es immer wieder Korruptionsskandale und Machtkämpfe zwischen verschiedenen Gruppen bzw. Oligarchen (= Menschen, die durch die Privatisierung reich geworden sind). Die Zeit der demokratischen Reformen in Russland, 1991-2000, war allgemein sehr instabil und bleibt für große Teile der russischen Bevölkerung negativ in Erinnerung.

Die **Rangliste der Pressefreiheit** (englisch Press Freedom Index) wird jährlich durch die NGO Reporter ohne Grenzen erstellt. Dabei wird beurteilt, ob und inwieweit der Staat die Medien im Land überwacht und zensuriert, ob JournalistInnen illegal festgenommen, körperlich misshandelt oder entführt wurden, bzw. wegen Einschüchterung oder Bedrohung aus dem Land flüchten mussten. Quelle: Reporter ohne Grenzen

Rang 2023	Land	Punkte-stand	Beschreibung der Lage nach Rang
1	Norwegen	95,18	1 – 8: gut
21	Deutschland	81,91	9 – 59: zufriedenstellend
29	Österreich	77,3	
45	USA	71,22	
79	Ukraine	61,19	60 – 107: erkennbare Probleme
			108 – 149: schwierige Lage
157	Belarus	37,17	150 – 180: sehr ernste Lage
164	Russland	34,77	
180	Nordkorea	21,72	

Putins Russland

Als der bisherige Ministerpräsident Wladimir Putin im Jahr 2000 als Nachfolger Boris Jelzins Präsident Russlands wurde, war sein Hauptversprechen Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand. In den ersten Jahren von Putins Präsidentschaft stabilisierte sich die Situation im Land, die Gehälter begannen zu steigen, die Menschen hatten mehr Geld für Konsum, kriminelle Banden wurden bekämpft. Es herrschte nun mehr Ordnung und Wohlstand im Vergleich zu den turbulenten 1990er Jahren, auch wenn die Lebensqualität von jener in den meisten europäischen Ländern weit entfernt war.

Gleichzeitig begann Putin, ein autoritäres System um sich herum zu errichten. PolitikerInnen und AktivistInnen, welche die Regierung kritisierten, wurden verhaftet. Putins KonkurrentInnen und Unzufriedene wurden beseitigt; es gab politische Morde. Pressefreiheit wurde schrittweise eingeschränkt; in der Konsequenz mussten viele neutrale Zeitungen und Fernsehkanäle schließen. Vereine, die gegen die staatliche Linie verstießen, wurden verboten oder in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Selbst erlaubte Demonstrationen wurden teilweise mit Gewalt aufgelöst, Demonstrierende festgenommen und verurteilt.

Putin zu kritisieren wurde praktisch verboten. Es entstand ein **Personenkult** (= eine übermäßige Verehrung einer Person) rund um Putin.

Es gab zwar einige Proteste gegen diese Entwicklungen, doch der Großteil der Bevölkerung hat sie akzeptiert. Die Einschränkung der Freiheit und Demokratie wurde als Preis für die Stabilität hingenommen. Putin wurde auch nach Ablauf seiner ersten Amtszeit als russischer Präsident wiedergewählt und ist seit 2000 der mächtigste Politiker Russlands.

Im Laufe der Jahre hat Putin den russischen Staat zu einer Diktatur umgebaut. Währenddessen haben russische BürgerInnen immer weniger Interesse für Politik gezeigt. Sie haben sich für Kriege, die Russland führte (in Tschetschenien, Georgien, Syrien usw.), kaum interessiert.

Diese Gleichgültigkeit der Bevölkerung für die Politik nennt man **Entpolitisierung**. Menschen wollen sich über die Entscheidungen der eigenen Regierung nicht informieren; sie denken, dass die Politik sie nicht betrifft oder dass sie ohnehin nichts ändern können (Fatalismus).

6. Umgang mit dem Krieg in Russland

Die russische Bevölkerung ist wenig dagegen aufgetreten, als neue Gesetze die Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit eingeschränkt haben. Und als die russische Regierung einen Krieg gegen die Ukraine startete, konnten russische BürgerInnen kaum gegen den Krieg protestieren: Putins Diktatur hat einen legalen Protest gefährlich oder sogar lebensgefährlich gemacht.

Instrumente der staatlichen Propaganda

In Putins Russland herrscht starke Staatspropaganda. Sie richtet sich an russische BürgerInnen im In- und Ausland sowie an andere Länder in Europa und der Welt. Sie besteht aus mehreren Elementen:

- Fast alle russischen Medien (Zeitungen, Magazine, Fernseh- und Radiosender, Internetnachrichtenportale) sind regierungstreu und unterliegen der staatlichen Zensur. Sie dürfen nur entsprechend den Vorgaben der Regierung berichten.
- Staatliches Fernsehen ist die Hauptinformationsquelle für die Bevölkerung Russlands, vor allem für ältere Menschen und Menschen auf dem Land.
- RT (Russia Today) ist ein eigener Propaganda-Fernsehsender im Ausland. In der EU ist er seit März 2022 verboten.
- Faktenverdrehung, Halbwahrheiten und offensichtliche Lügen tragen zur Desinformation und Manipulation der öffentlichen Meinung bei.
- Verschwörungserzählungen werden unterstützt und verbreitet.
- Trollfabriken (andere Bezeichnungen: Troll-Armeen, Kreml-Bots), also verdeckte Organisationen, die im Auftrag des russischen Staates Falschinformationen im Internet betreiben, Kommentare in Foren ausländischer Medien schreiben und russische Falschnachrichten reposten, werden systematisch eingesetzt.
- Wahlen in anderen Ländern werden durch politische Werbung, Hetzkampagnen und geheime Finanzierung prorussischer und extremer Gruppen, Parteien und Politiker beeinflusst.
- Ein Netzwerk aus Internetseiten unterstützt und verbreitet die staatliche russische Propaganda: Eine Falschmeldung erscheint zuerst auf einer Webseite, und wird dann von den anderen geteilt usw.
- Bezahlte HelferInnen, die sogenannten „Schläfer“, die lange im Ausland leben, verbreiten auf Befehl die von Russland gewünschten Messages.
- Russland finanziert Vereine, Kulturorganisationen und Veranstaltungen im Ausland und nutzt diese, um Propaganda zu verbreiten.

Die **Hauptbotschaften der russischen Staatspropaganda** sind vor allem Hass auf den Westen und das liberal-demokratische System sowie die Verteufelung der NATO, der USA und der EU. Die russische Einzigartigkeit, Größe und Stärke wird behauptet, die Ukraine als ein "Nazi-Land" beschimpft. Diese Botschaften verbreiten russische PolitikerInnen, DiplomatinInnen und Medien, aber auch viele Kunstschaffende und Kulturorganisationen, Kindergärten und Schulen. Dies unterstützt die allumfassende **Indoktrination** der russischen Bevölkerung.

Indoktrination – eine gezielte intensive Belehrung, die keine Diskussion oder Widerspruch zulässt, oft mit Hilfe einseitiger Informationen, psychologischer Techniken oder unter Zwang.

Die jahrelange Indoktrination der russischen Bevölkerung zeigt Wirkung, besonders im Krieg gegen die Ukraine. Viele in Russland lebende Menschen sagen tatsächlich, dass der Überfall auf die Ukraine berechtigt sei, dass Russland sich dadurch gegen westliche Bedrohung verteidige und dass die russischen Soldaten nur AnhängerInnen des Nationalsozialismus in der Ukraine bekämpfen.

Jedoch wollen nicht alle an den Kämpfen auf dem ukrainischen Territorium persönlich teilnehmen. Nach der Mobilmachung im Herbst 2022 verließen viele Russen das Land. Andere Formen der Proteste bzw. Demonstrationen sind selten. Im Ausland fanden so gut wie keine großen Demonstrationen von RussInnen gegen das Putin-Regime und den Überfall auf die Ukraine statt.

Zu Staatspropaganda im Krieg s. S. 12

6. Umgang mit dem Krieg in Russland

Junge Armee. Wie russische Kinder auf den Krieg vorbereitet werden

Seit den 2000er Jahren existieren in Russland zahlreiche paramilitärische Gruppen (= militärisch ausgerüstete bzw. bewaffnete Gruppen, die nicht Teil der Armee sind), darunter viele Jugendorganisationen. 2016 wurde auf Initiative des Verteidigungsministers Sergei Schoigu eine staatliche Jugendorganisation, die „Junge Armee“ (Russisch „Junarmija“), gegründet.

Erklärtes Ziel der „Junarmija“ ist es, Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 18 Jahren für die russische Armee zu begeistern und „junge Menschen dazu zu bringen, Russland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen“. Die „Junarmija“ untersteht dem russischen Verteidigungsministerium, ist Teil eines Staatsprogramms zur „patriotischen Erziehung“ von Jugendlichen und zählte im Jahr 2023 über eine Million Mitglieder. Die Kinder bekommen eine militärische Grundausbildung und lernen im Zuge dessen auch den Umgang mit Waffen.

An der Spitze der „Jungen Armee“ steht der 25-jährige Olympia- und Weltmeisterturner Nikita Nagorny. Auch andere russische SportlerInnen unterstützen die „Junarmija“, wie die Ski-Weltmeisterin Veronika Stepanova oder der Bobfahrer und Olympiasieger Dmitry Trunenkov.



Wettbewerb „Miss Junge Armee“ im Februar-März 2023 in der Republik Tuwa, Russische Föderation. Foto: Bildungsabteilung von Ulug-Chem Koschuun, Republik Tuwa

7. Opfer und Zerstörungen im Krieg

Zivilbevölkerung

Nach Zählung des UN-Kommissariats für Menschenrechte (OHCHR) sind mit Stand August 2023 mindestens 9.500 ukrainische ZivilistInnen in Kämpfen ums Leben gekommen, mindestens 17.000 sind verletzt worden. Über 500 Kinder sind im Krieg gestorben. Es ist davon auszugehen, dass die wirkliche Zahl an Verletzten und Toten in der ukrainischen Zivilbevölkerung wesentlich höher ist. Überlebende leiden oft an schweren Verletzungen wie Verstümmelungen und sind zum Teil stark traumatisiert. Das erfordert langwierige Behandlung und Pflege.



Der Hund namens Krim sitzt auf den Ruinen des Privathauses in Dnipro, zerstört durch die russische Rakete am 29. September 2022. Foto: Dnipro Regionale Staatsanwaltschaft

Die russische Rakete traf das Haus eines Armeeingehörigen, der gerade an der Front diente. Seine Familie – zwei Kinder, ihre Mutter und Großmutter – kam ums Leben. Der alte Familienhund Krim überlebte. Er wurde als „der weinende Hund“ zu einem Symbol der Trauer im Krieg.

Kriegsvertriebene

Seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 wurden mit Stand Juni über 13 Millionen Menschen – ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung – zur Flucht gezwungen. Rund 8,2 Millionen Menschen aus der Ukraine (über 80% davon sind Frauen und Kinder) lebten in europäischen Staaten als Kriegsvertriebene. Über 5 Millionen Menschen waren innerhalb des Landes auf der Flucht (Binnenflüchtlinge).

7. Opfer und Zerstörungen im Krieg

Armeeangehörige

In der Ukraine werden die Verluste der eigenen Streitkräfte geheim gehalten. Russland nennt gelegentlich Zahlen der gefallenen Militärangehörigen, die jedoch von MilitärexpertInnen als stark untertrieben eingeschätzt werden.

Laut einem Bericht der „New York Times“ im August 2023 unter Berufung auf US-Regierungsvertreter wurden im Krieg insgesamt fast 500.000 Soldaten getötet oder verletzt, davon etwa 300.000 auf der russischen Seite und etwa 200.000 auf der ukrainischen. Russland habe rund 120.000 gefallene Soldaten und bis 180.000 Verwundete zu beklagen; die Ukraine entsprechend rund 70.000 Gefallene und bis 120.000 Verwundete.

Schäden an Wohnhäusern und Infrastruktur

Die russischen Attacken haben in der Ukraine viele Dörfer und Städte in Schutt und Asche gelegt. Durch Beschuss von Wohnbezirken mit Raketen und Drohnen sind auch Wohngebäude tief im Landesinneren zerstört. Insgesamt sollen bis März 2023 rund 152.000 Wohnungen und Häuser beschädigt oder zerstört worden sein. Zahlreiche Fabriken, Flughäfen, Straßen, Spitäler und andere zivile Einrichtungen wurden durch Kriegshandlungen beschädigt.



Ein durch den russischen Beschuss zerstörtes Hochhaus in Borodjanka, April 2022. Foto: Kyjiw staatliche Stadtadministration. Autor: Oleksii Samsonov

Zerstörung der Energieversorgung

Bis Frühjahr 2023 hat Russland mehr als 700 Raketen und Drohnen auf Energieanlagen der Ukraine abgefeuert. Die gezielte Bombardierung der Umspannwerke, Stromnetze und anderer Objekte hat ca. 50% der ukrainischen Energieinfrastruktur zerstört. Die Folge waren großflächige Stromausfälle und erzwungene Stromabschaltungen im gesamten Land, sowie der Ausfall von Heizung und Wasserversorgung mitten im Winter 2022-2023.

Das seit dem März 2022 von den russischen Truppen besetzte Atomkraftwerk Saporischschja – das leistungsstärkste Europas – musste abgeschaltet werden.



Ärzte der Kinder-Kardiologie in Lwiw setzten eine Herz-Operation mit Notstrom fort, nachdem die reguläre Stromversorgung in Folge des russischen Beschusses ausgefallen war. November 2022. Foto: Oleh Duda

Wirtschaft

Im Jahr 2022 fiel das ukrainische Bruttoinlandsprodukt und somit die wirtschaftliche Leistung des Landes um ca. 35%. Der gesamte durch die russischen Kriegshandlungen verursachte Schaden kann erst nach deren Ende genau bewertet werden. Die Weltbank schätzt die Kosten für Wiederaufbau in Abstimmung mit der EU und der ukrainischen Regierung auf über 400 Milliarden Euro (Stand Februar 2023). Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Österreichs betrug 2022 knapp 450 Milliarden Euro.

Bruttoinlandsprodukt, abgekürzt BIP, ist der Wert aller im Land produzierten Waren und Dienstleistungen. Wenn das BIP steigt, sagt man, dass die Wirtschaft wächst, bei einem fallenden BIP spricht man von schrumpfender Wirtschaft.

7. Opfer und Zerstörungen im Krieg

Schäden an der Natur

Die größte ökologische und humanitäre Katastrophe im Krieg verursachte die Sprengung des **Kachowka Staudamms** nördlich von Cherson am 6. Juni 2023. Die Flutwelle aus dem Stausee überflutete eine Fläche von über 600 Quadratkilometern samt 80 Ortschaften auf beiden Ufern des Flusses Dnipro. In der Stadt Nowa Kachowka stieg der Wasserstand um zwölf Meter. 40.000 Menschen waren betroffen, 20.000 davon wurden evakuiert, Dutzende sind ums Leben gekommen.

Die Flut trug Landminen, Pestizide, Maschinenöl, Müll und Chemikalien bis ins Schwarze Meer. Das Verschwinden des Stausees ließ Menschen und Landwirtschaft in den Regionen Dnipro, Cherson, Saporischschja und Krim ohne Wasserversorgung. Das zusammengebrochene Kanalsystem in den überfluteten Gebieten verursachte Seuchengefahr. Dutzende Kulturstätten und Museen wurden zerstört oder beschädigt. Unzählige Tiere, darunter in drei Nationalparks, starben.

Durch die Zerstörung des Wasserkraftwerkes gingen enorme Stromerzeugungskapazitäten verloren. Mit der unterbrochenen Schifffahrt am Dnipro wurden die ukrainischen Exporte, darunter auch von Getreide, blockiert.



Ein überfluteter Stadtteil von Cherson, 6. Juni 2023. Foto: Kostiantyn Liberov & Vlada Liberova

Zu anderen schweren Umweltschäden durch Kriegshandlungen gehören Waldbrände, Vernichtung von Naturschutzgebieten und einzigartigen Tier- und Pflanzenarten, wie z. B. das Sterben Tausender Delfine im Schwarzen Meer durch den Lärm der Explosionen auf See und die Sonartechnik der russischen Kriegsschiffe.

Die Ukraine gehört aktuell zu den am meisten verminten Regionen der Welt. Durch Explosionen und Schüsse werden giftige Stoffe freigesetzt, die CO₂-Emissionen betragen mehrere hundert Millionen Tonnen.

Das Kampfgebiet beheimatet viele Firmen der Schwerindustrie. Es kommt immer wieder zu chemischen Unfällen durch Lecks. Schwermetalle und Chemikalien sickern ins Grundwasser und vergiften Trinkwasserquellen, machen die Böden für die Landwirtschaft ungeeignet. Die Ukraine verliert dadurch große Teile ihrer Kapazitäten für die Lebensmittelproduktion.

Vorsätzliche Zerstörung der Kultur

Die Experten der Vereinten Nationen werfen Russland die vorsätzliche Zerstörung der ukrainischen Kultur vor. Russische Militärangriffe in der Ukraine vernichteten oder beschädigten zahlreiche Stätten von kultureller, historischer und religiöser Bedeutung, darunter Denkmäler, Museen, Theater, Kirchen, Bibliotheken, Archive sowie Schulen und Universitäten.

Diese Verwüstungen kommen dem Versuch gleich, das Recht der UkrainerInnen auf ihre eigene kulturelle Identität auszulöschen. In den russisch besetzten Gebieten wurden in Schulen ukrainische Lehrmittel entfernt und die russischen Materialien mit „alternativer“, russischer Darstellung der Geschichte eingeführt. LehrerInnen wurden „umgeschult“ oder aus Russland in die besetzten Gebiete versetzt. Mehr als 3.000 Schulen in der Ukraine wurden beschädigt oder zerstört.



Hryhorij Skoworoda (1722-1794), ukrainischer Philosoph, Pädagoge und Dichter. Foto: Charkiw Regionale Militärverwaltung

Die von Ihor Jastrebow 1971 geschaffene Statue stand im Skoworoda-Museum in der Region Charkiw. Das Museum wurde durch den gezielten russischen Beschuss am 7. Mai 2022 zerstört. Die Skoworoda-Statue hielt dem Beschuss jedoch stand.

8. Verbrechen und Verantwortung im Krieg

Russische Kriegsverbrechen

Seit den ersten Kriegstagen wurde aus den russisch besetzten ukrainischen Territorien über Verbrechen der russischen Armeeingehörigen gegen die lokale Bevölkerung berichtet: Sie beschrieben Verschleppungen, Folter und Deportationen. Ende März 2022, als die russischen Einheiten den Kyjiwer Vorort **Butscha** überstürzt verlassen mussten, hinterließen sie über 400 getötete ZivilistInnen in Massengräbern und auf den Straßen der Stadt. Dieses Bild wiederholte sich in weiteren ukrainischen Orten wie **Irpin**, **Isjum** und andere.



Ruinen des Theaters von Mariupol (Donezk Region) nach der russischen Bombardierung. Quelle: Wikimedia

Am 16. März 2022 warf ein russisches Kampfflugzeug eine Bombe auf das Theater im ukrainischen **Mariupol** ab. Das Theater diente als Schutzort für ZivilistInnen und war mit der aus der Luft gut sichtbaren, russischen Aufschrift „Kinder“ gekennzeichnet. Mehrere Hundert Menschen starben. Genauere Opferzahlen sind nicht bekannt, da die russische Besatzungsverwaltung die Leichen in einem Massengrab bestatten und die Trümmer des Gebäudes vollständig abtragen ließ.

Geburtskliniken, Wohnhäuser, Einkaufszentren, Bahnhöfe mit Hunderten Menschen, aber auch Kirchen, Museen und Schulen wurden Ziel der russischen Raketen.

Seit Herbst 2022 beschoss Russland gezielt die ukrainische Energieinfrastruktur. Millionen Menschen in der Ukraine mussten im Winter zeitweise ohne Strom, Wasser und Heizung ausharren.

Dokumentierte russische Kriegsverbrechen:

- öffentliche Hinrichtungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen
- Errichtung von Folterkammern und illegalen Gefängnissen
- Folter, Verstümmelungen und Tötungen ukrainischer Kriegsgefangener
- Betreiben von **Filtrationslagern**
- Deportationen (= zwangsweise Verschickung) nach Russland, insbesondere Entführung und Deportation ukrainischer Kinder
- Plünderungen von Privathäusern, Museen, Betriebsanlagen und öffentlichem Eigentum
- Einsatz von verbotenen Phosphorbomben, Antipersonenminen und Sprengfallen
- gezielte Angriffe auf zivile Ziele, Krankenhäuser, Energieinfrastruktur, Kraftwerke
- Missbrauch des russisch besetzten AKW Saporischschja zur nuklearen Drohung

In den **Filtrationslagern** auf russisch besetztem ukrainischem Boden werden ukrainische EinwohnerInnen registriert und überprüft. Russische Beamte erheben dabei Personendaten, führen ein Verhör durch und lesen elektronische Geräte (Handys, Laptops, Tablets) aus, teilweise werden Fingerabdrücke gemacht, Gepäck durchsucht, eine Körperuntersuchung durchgeführt. Die Registrierung ist verpflichtend, um sich vor Ort frei bewegen und weiterreisen zu können. Auch für die freiwillige oder erzwungene Einreise nach Russland muss jede Person eine Filtration bestehen.

Personen, die ukrainefreundlich oder russlandkritisch erscheinen, werden abgesondert – „herausfiltriert“. Ihr genaueres Schicksal ist oft unbekannt, viele von ihnen werden anschließend inhaftiert und gefoltert oder auch umgebracht.

Im Angriffskrieg gegen die Ukraine setzt Russland gezielt Folter und Misshandlungen, darunter auch Vergewaltigung und sexuelle Gewalt durch russische Soldaten als Kriegswaffe ein.

«Diese schwerwiegenden Taten wirken weder zufällig noch beiläufig. Sie scheinen Teil einer organisierten staatlichen Politik zu sein, um einzuschüchtern, Angst zu schüren, zu bestrafen oder Informationen und Geständnisse zu erpressen.»

Alice Jill Edwards, die UN-Sonderberichterstatterin für Folter, am 10. September 2023 nach ihrem einwöchigen Besuch in der Ukraine.

8. Verbrechen und Verantwortung im Krieg

Straftatbestände im Völkerstrafrecht

Das Völkerstrafrecht, das sich als Teil des Völkerrechts mit Kriegsverbrechen beschäftigt, unterscheidet vier Straftatbestände (= Arten der Straftaten) im Krieg:

- **Verbrechen der Aggression**, womit ein **Angriffskrieg** gemeint wird: Anwendung bewaffneter Gewalt eines Staates gegen die Souveränität, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates in offenkundiger Verletzung der Charta der Vereinten Nationen. Das Verbrechen der Aggression können nur Personen aus der höchsten politischen und militärischen Führung eines Landes begehen.
- **Kriegsverbrechen im engen Sinn**: Nach dem allgemeinen internationalen Verständnis müssen selbst in Kriegen bestimmte Regeln eingehalten werden, sodass das Leiden der Menschen und Schäden an materiellen Werten und Kulturgut auf ein unvermeidbares Minimum beschränkt sind. Diese Regelungen heißen **humanitäres Völkerrecht**. Verstöße dagegen sind Kriegsverbrechen, wie Gewalt, Misshandlung und Tötung von ZivilistInnen, Gefangenen und medizinischem Personal, gezielter Beschuss von zivilen Objekten, Einsatz von chemischen oder biologischen Waffen sowie Streumunition usw.
- **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**: Schwere Verbrechen im Rahmen eines **ausgedehnten und systematischen Angriffs gegen Zivilbevölkerung**. Diese Verbrechen können während eines bewaffneten Konflikts oder auch ohne einen solchen stattfinden.
- **Völkermord** oder Genozid: Schwere Verbrechen mit der **Absicht**, eine nationale, ethnische oder religiöse **Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten**.

Diese Straftatbestände sind in internationalen Verträgen wie dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 und den Genfer Konventionen 1949 (bestehend aus vier Abkommen und drei Zusatzprotokollen) festgehalten und im nationalen Strafrecht vieler Staaten, darunter auch in Deutschland und Österreich, ausdrücklich verankert.

Dokumentation von Kriegsverbrechen

Laut Angaben der ukrainischen Regierung wurden bis September 2023 mehr als 103.000 Verfahren wegen russischer Kriegsverbrechen registriert. Mit der Unterstützung der Europäischen Union wurde eine **gemeinsame Ermittlungsgruppe gegen Kriegsverbrechen** aus dem Internationalen Strafgerichtshof, der Ukraine sowie Litauen, Polen, Estland, Lettland, der Slowakei und Rumänien eingesetzt, um die russischen Kriegsverbrechen zu dokumentieren und Beweise zu sammeln.

Im Juli 2023 hat das **Internationale Zentrum für die Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine (ICPA)** seine Arbeit aufgenommen. Es setzt sich aus ausgewählten nationalen StaatsanwältInnen zusammen, die bereits an der gemeinsamen Ermittlungsgruppe mitwirken. Das ICPA soll dazu beitragen, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs gesammelten Beweismittel zu analysieren. Das neue Zentrum ist in Den Haag bei der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) angesiedelt.

Der UN-Menschenrechtsrat hat eine Untersuchungskommission eingerichtet. Auch NGOs (= Nichtregierungsorganisationen) beteiligen sich an der Dokumentation der mutmaßlichen russischen Kriegsverbrechen.

Einige Länder wie Deutschland ermitteln nach entsprechenden Anzeigen gegen den russischen Präsidenten Putin sowie weitere verantwortliche PolitikerInnen, KommandeurInnen und SoldatInnen. Das ist aufgrund des international anerkannten Weltrechtprinzips (auch Universalitätsprinzip) der Kriegsverbrechen zulässig: Ein Land kann eine verdächtige Person strafrechtlich verfolgen, auch wenn kein Inlandsbezug vorliegt. Inlandsbezug heißt, dass sich TäterIn oder Opfer im Staat aufhalten, seine Staatsbürgerschaft besitzen oder das Verbrechen auf dem Territorium des Staates passierte.

Die Untersuchungen laufen in mehrere Richtungen: Es wird sowohl wegen Kriegsverbrechen einzelner russischer Militärangehöriger als auch wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Verbrechen der Aggression durch die höchste politische und militärische Führung Russlands einschließlich seines Präsidenten Putin ermittelt.

8. Verbrechen und Verantwortung im Krieg

Strafverfolgung

Die Ukraine hat nach eigenen Angaben bereits Dutzende Urteile in Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen gefällt. Laut dem ukrainischen Justizminister Denys Maljuska wollen sich die ukrainischen Behörden in Hinkunft auf zwei Straftaten konzentrieren, unter denen sich die Kriegsverbrechen zusammenfassen lassen: völkerrechtswidrige Aggression und Völkermord.

Mitte März 2023 erließ der **Internationale Strafgerichtshof (IStGH)**, englisch – International Criminal Court, ICC) mit Sitz im niederländischen Den Haag einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Beauftragte für Kinderrechte Maria Lwowa-Belowa. Sie werden beschuldigt, die Entführung und Deportation Tausender ukrainischer Kinder aus russisch besetzten Gebieten nach Russland zu organisieren. Die Verschleppung von Kindern zum Zweck der Indoktrination oder der Umerziehung stellt einen Genozid (= Völkermord) dar.

Der Haftbefehl bedeutet für die 123 Mitgliedstaaten des IStGH die vertragliche Verpflichtung, Putin nach Betreten ihres Territoriums zu verhaften. Das schränkt die Reisefreiheit des russischen Präsidenten ein.

Alle Staaten der Europäischen Union haben das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) – das sogenannte **Römische Statut** – unterzeichnet bzw. ratifiziert und sind daher Mitglieder des IStGH.



Das Gebäude des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) in Den Haag, Niederlande. Quelle: Wikimedia

Russland ist wie die USA, China, Indien, Israel oder die Türkei kein Mitglied des IStGH und unterliegt daher nicht seiner Zuständigkeit. Die Ukraine ist ebenfalls kein IStGH-Mitglied, erkennt aber seine Befugnisse an.

Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs sieht vor, dass der IStGH die Kriegsverbrechen (im engen Sinne) ermitteln darf, sobald eine Seite des Konfliktes damit einverstanden ist. Nachdem sich die Ukraine der Zuständigkeit des IStGH unterworfen hat, kann der IStGH hier tätig werden.

Die Verbrechen der Aggression (= Angriffskrieg) darf der IStGH jedoch nur dann verfolgen, wenn beide Kriegsseiten – der angreifende und der angegriffene Staat – den Ermittlungen zustimmen. Eine solche Zustimmung ist von Russland nicht zu erwarten.

Die EU und eine Reihe von Staaten befürworteten deswegen die Errichtung eines **Sondertribunals für russische Kriegsverbrechen**. Beispiele solcher Sondertribunale in der Vergangenheit sind das Nürnberger Tribunal nach dem Zweiten Weltkrieg, der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien oder der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda.

Gesellschaftliche Aufarbeitung in Russland

Bei der Bewertung der russischen Verbrechen im Krieg gegen die Ukraine geht es nicht nur um rechtliche Aspekte der Strafverfolgung, sondern auch um politische, gesellschaftliche und moralische Verantwortung.

Die russischen Verbrechen zu dokumentieren und die Schuldigen in fairen Verfahren zu verurteilen, bringt Gerechtigkeit für Opfer und Abschreckung für potenzielle TäterInnen. Dies würde es auch der russischen Gesellschaft ermöglichen, die Ereignisse zu verarbeiten und sich weiterzuentwickeln.

Die Verbrechen der russischen Armee in den Kriegen in Transnistrien, Tschetschenien, Georgien, Syrien, aber auch länger zurückliegende Gräueltaten der kommunistischen Führung in der Sowjetunion sowie die Kriegsverbrechen der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg sind in Russland bis heute nicht aufgearbeitet. Gewalt wird in Russland gesellschaftlich als legitimes und unvermeidbares Mittel zum Zweck wahrgenommen. Kritische Analyse der historischen Verantwortung des eigenen Landes und eine entsprechende Geschichts- und Erinnerungskultur, wie sie etwa in Deutschland nach 1945 durchgesetzt und gefördert wurde, sind in Russland wenig verbreitet.

Verantwortung für den Staat und für kollektives Handeln zu empfinden, wäre für eine lebendige Zivilgesellschaft und für die zukünftige Demokratisierung Russlands wichtig.

9. Leben unter russischer Besatzung

Regionen Cherson, Saporischschja

Die großangelegte russische Invasion in die Ukraine 2022 verursachte eine Massenflucht der ukrainischen Bevölkerung, vor allem aus den okkupierten Gebieten der Regionen Cherson und Saporischschja. Viele Menschen blieben jedoch vor Ort.

Von außen gibt es kaum Zugang zu den russisch besetzten ukrainischen Territorien; das ist lebensgefährlich oder durch die russische Okkupationsverwaltung verboten. Aufschlussreiche Berichte über das Leben unter russischer Besatzung kommen von geflüchteten Menschen sowie EinwohnerInnen der mittlerweile befreiten ukrainischen Ortschaften.



Es gibt keinen Strom und kein Gas. Menschen kochen Essen im Hof eines Hochhauses in Butscha, einem Vorort von Kyjiw, unter russischer Okkupation. 13. März 2022. Foto: Kateryna Ukraintseva

Von den ersten Tagen der Invasion an verfolgten die Invasoren ukrainische AktivistInnen, JournalistInnen, ehemalige SoldatInnen, PolizistInnen und gewählte VolksvertreterInnen. Viele wurden verhaftet, gefoltert und umgebracht oder verschwanden. Russische Soldaten plünderten Häuser auf der Suche nach Essen und Wertgegenständen.

Eltern versteckten ihre Kinder aus Angst vor deren Verschleppung. Nach offiziellen ukrainischen Angaben wurden rund 20.000 ukrainische Kinder von ihren Familien getrennt und nach Russland deportiert. Sie erhalten russische Pässe, einige werden in Russland adoptiert, die anderen kommen in russische Heime zur Umerziehung. Die Nachverfolgung ihrer Schicksale und die Rückkehr zu ihren Familien ist schwer.

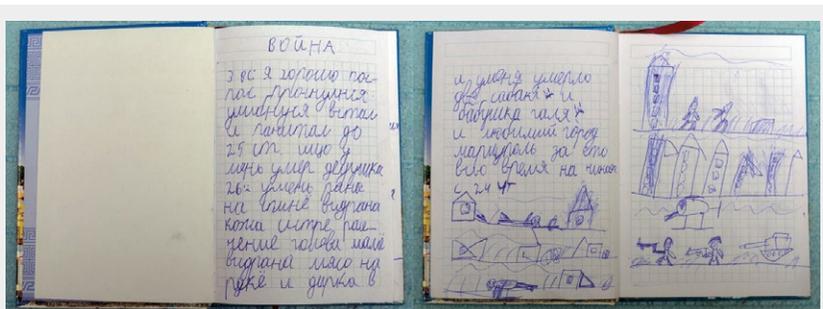
Die stark bombardierten Orte wie Mariupol wurden völlig zerstört. Menschen leben ohne Strom und Heizung und mit erschwertem Zugang zum Trinkwasser. Ein ordentliches Begräbnis von getöteten bzw. verstorbenen Menschen war oft nicht möglich. Sie wurden teils in Massengräbern, teils einzeln in Parks oder in Höfen von Privathäusern bestattet.

Statt der ukrainischen Währung Hrywnja wurde in den besetzten Gebieten der russische Rubel als Zahlungsmittel eingeführt. Geldautomaten schlossen. Lebensmittel wurden knapp, Preise stiegen. Zahlreiche Geschäfte und Fabriken schlossen, viele Menschen verloren ihre Arbeit.

Russland drängt die UkrainerInnen in den besetzten Gebieten zur Annahme der russischen Staatsbürgerschaft. Der russische Pass ist oft Voraussetzung dafür, dass man humanitäre Hilfe, medizinische Behandlung, einen Job oder die Auszahlung der Rente erhält.

Es gibt Mangel an Medikamenten und lange Schlangen vor ärztlichen Einrichtungen. Medizinische Grundversorgung für ukrainische ZivilistInnen ist nicht immer verfügbar, da medizinisches Material von den Russen entfernt und für eigene Soldaten verwendet wird.

Das ukrainische Internet, Mobilfunknetz, Fernsehen und Radio wurden abgestellt. Die EinwohnerInnen sind von Informationen aus der Ukraine und der Welt abgeschnitten und bekommen Nachrichten nur über russische propagandistische Fernseh- und Radiokanäle.



Aus dem Russischen: Links: „Krieg. Sonntag, 3. Ich schlief gut wachte auf lächelte stand auf und las bis Seite 25. Mein Opa ist gestorben. 26 :(Ich habe eine Wunde am Rücken die Haut ist abgerissen die Schwester hat eine Kopfverletzung die Mama hat eine ausgerissene Wunde am Arm und Loch im Bein.“ Rechts: „Bei mir sind zwei Hunde gestorben :(und Oma Galja :(und die Lieblingsstadt Mariupol in dieser ganzen Zeit seit dem 24., Donnerstag.“

Tagebuch des 8-Jährigen Jegor Kravtsov aus Mariupol. Fotos: Evgeny Sosnovsky

Jegor lebte mit seiner Familie – Mutter, Schwester und Großeltern – in Mariupol, in Fußnähe des Stahlwerkes Asowstal. Nach dem Start der russischen Invasion und der Bombardierung der Stadt konnten die Kinder und ihre Mutter erst nach 100 Tagen aus der Okkupation fliehen.

In den Schulen wird ein russischer Lehrplan eingeführt. Halten sich die Lehrkräfte nicht daran, drohen ihnen Kündigung und Verfolgung. Unterrichtssprache ist Russisch, Ukrainisch ist aus dem Lehrplan gestrichen.

Es gibt überall russische Checkpoints. Die Besatzer führen regelmäßige Dokumenten- und Smartphone-Kontrollen durch. Werden dabei Fotos von russischen Soldaten oder ukrainische Texte entdeckt, droht eine Festnahme.

9. Leben unter russischer Besetzung

Krim, Donezk, Luhansk

Die ukrainische Halbinsel Krim sowie zum großen Teil die Regionen Donezk und Luhansk befinden sich seit 2014 unter russischer Kontrolle.

Die Krim wurde im März 2014 durch russische Streitkräfte besetzt und nach einem Scheinreferendum völkerrechtswidrig an Russland angeschlossen (= annektiert).

In den Regionen Donezk und Luhansk wurden zunächst nach Einmarsch russischer Einheiten 2014 die zwei Scheinrepubliken „DNR“ und „LNR“ ausgerufen. Nach außen hin präsentierten sie sich als „Volksrepubliken“ der Einheimischen („Donezker Volksrepublik, DNR“ und „Luhansker Volksrepublik, LNR“). Die entscheidenden Leitungspositionen hatten jedoch russische Staatsbürger unter der Kontrolle aus Moskau inne. 2022 wurden die „DNR“ und „LNR“ ebenfalls mittels Scheinreferenden an Russland angeschlossen.

Die Besatzungsverwaltung hier ging mit ähnlichen Schritten vor wie später in den neu okkupierten Gebieten ab 2022, auch wenn die Intensität der Maßnahmen unterschiedlich war:

- Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung von KritikerInnen, AktivistInnen und pro-ukrainischen Kräften, auf der Krim zusätzlich Verfolgung der KrimtatarInnen;
- Abriegelung gegen Informationen aus der Ukraine und der Welt (Mobilfunk, Internet, Fernsehen, Zeitungen, Bücher) und Etablierung der russischen propagandistischen Informationskanäle sowie Indoktrination;
- Verbot des Ukrainischen in den Schulen, Universitäten und dem öffentlichen Bereich;
- Einführung russischer Pässe;
- Wechsel zu russischer Währung.

Diese Maßnahmen wurden von einem Bevölkerungsrückgang, der Schließung ukrainischer und ausländischer Firmen, gestiegener Arbeitslosigkeit und Inflation begleitet. Das führte insgesamt zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage sowie des Lebensstandards der Bevölkerung in den russisch kontrollierten Gebieten.

Kurz vor dem großangelegten russischen Überfall auf die Ukraine rief die Verwaltung der Scheinrepubliken „DNR“ / „LNR“ eine allgemeine Mobilmachung (= Einberufung in die Armee) aus. Es folgten weitere Mobilisierungswellen, auch auf der Halbinsel Krim. Männer im wehrfähigen Alter werden in die russische Armee zwangseingezogen und in Kämpfe gegen die Ukraine geschickt.

10. Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Resilienz und Widerstand

Die ukrainische Gesellschaft zeigt im Krieg eine hohe Resilienz (= Widerstandsfähigkeit). Die Bereitschaft, das Land zu verteidigen, war seit dem ersten Tag der russischen Invasion in allen Bevölkerungsschichten groß.

Entsprechende Erfahrungen und Strukturen hatten sich bereits während der russischen Kriegshandlungen seit 2014 herausgebildet.

Unmittelbar nach Beginn der großflächigen Invasion 2022 entstand rasch ein gut funktionierendes Netzwerk aus Behörden, Institutionen, Unternehmen, Vereinen, privaten Initiativen und einzelnen AktivistInnen. Dieses Netzwerk unterstützte die ukrainischen Streitkräfte einerseits darin, den russischen Vormarsch zu stoppen, andererseits verringerte die Beteiligung an Hilfsaktivitäten bei den Menschen das Gefühl von Ohnmacht. Selbsthilfegruppen organisierten sich, Hilfsbereitschaft gegenüber Fremden nahm zu und das Vertrauen in die politische Führung stieg deutlich.

Die externe Bedrohung seitens Russlands stärkte den Zusammenhalt in der ukrainischen Gesellschaft.



Taras Schewtschenko (1814-1861),
Nationaldichter der Ukraine.
Zeichner: Mykhailo Diachenko

Der Dichter und Maler Schewtschenko legte den Grundstein für die moderne ukrainische Sprache und thematisierte in seinen Arbeiten die Unterdrückung der Ukraine durch das russische Zarenreich. Mehrere seiner Gedichte besingen Freiheit und Selbstbestimmung und werden im laufenden Krieg gegen Russland vielfach zitiert.

Für seine Kritik an Russland und sein Streben nach Unabhängigkeit der Ukraine wurde er für zehn Jahre verbannt und in die Armee eingezogen. Schewtschenko erhielt ein Schreibverbot und ein lebenslanges Verbot, in die Ukraine zurückzukehren.

Auf der Zeichnung ist Schewtschenko in moderner Militäruniform mit einem seiner bekanntesten Sprüche abgebildet: „Kämpft – ihr werdet siegen!“ Schewtschenko wurde zu einem Symbol des ukrainischen Widerstandes gegen Russland.

10. Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Der Wille, sich dem Aggressor entgegenzusetzen, blieb trotz Kriegsfortschritt ungebrochen hoch. Laut Umfragen sind zwischen 80-90% der ukrainischen Bevölkerung überzeugt, den Krieg gegen Russland gewinnen zu können. Unter einem Sieg versteht die Ukraine die Befreiung aller ukrainischen Territorien inklusive der Krim, Donezk und Luhansk. Diese Auffassung teilt auch der ukrainische Präsident Selenskyj. Die UkrainerInnen zeigen keine Bereitschaft, Territorien an Russland abzutreten. Falls der Präsident oder sonstige PolitikerInnen diese Position nicht teilen würden, verlören sie den Rückhalt der Bevölkerung.

Andere Umfragen zeigen, dass die positive Einschätzung der eigenen Lage zwar im Vergleich zur Vorkriegszeit stark gefallen, die Zuversicht im Hinblick auf die Zukunft jedoch stark gestiegen ist. Nach der anfänglichen Flucht ins Ausland sind trotz andauernder russischer Drohnen- und Raketenangriffe, Stromausfälle und Versorgungsprobleme mindestens drei Millionen Menschen wieder in die Ukraine zurückgekehrt.



„Punkt der Unbesiegbarkeit“ in Charkiw, Dezember 2022. Foto: gwaramedia.com.
Autorin: Darja Lobanok

Als Reaktion auf die Zerstörung der ukrainischen Energieversorgung durch Russland errichteten ukrainische Behörden im Winter 2022-2023 mehrere Tausend „Punkte der Unbesiegbarkeit“ – Zufluchtsorte für EinwohnerInnen, ausgestattet mit Heizung und Stromgeneratoren, wo sich Menschen während eines Stromausfalls im Winter aufwärmen, ihre elektronischen Geräte aufladen und dringende Unterstützung erhalten konnten.



„Nothilfepaket“ im Aufzug eines Hochhauses, Oktober 2022. Foto: Maryna Khromykh

Infolge gezielter russischer Angriffe auf ukrainische Energieinfrastruktur im Winter 2022-2023 kam es zu großflächigen Stromausfällen in der gesamten Ukraine. BewohnerInnen von Hochhäusern stellten Pakete mit Wasser, Snacks, einer Taschenlampe, Hygieneartikeln usw. für Menschen in die Aufzüge, die während eines Stromausfalls im Lift stecken bleiben.

Die Ukraine ist im Kriegszustand. Männer zwischen 18 und 60 Jahren können mit einigen Ausnahmen (z. B. Studierende, Eltern mit drei und mehr Kindern, Alleinerziehende usw.) jederzeit in die Armee einberufen werden und dürfen nicht ausreisen. Dennoch sind unter den aus dem Land Geflohenen auch Wehrpflichtige. Die meisten Ukrainer sind aber zur Verteidigung ihres Landes bereit. Übereinstimmend negativ werden vermögende Männer bzw. die sogenannten Oligarchen wahrgenommen, welche sich vom Militärdienst freizukaufen versuchen. Solche Fälle der Korruption in den Militärbehörden werden scharf verurteilt.



Professor der Nationalen Universität Uschhorod Fedir Sándor hält Vorlesungen über Tourismuskunde direkt aus dem Schützengraben, Mai 2022. Foto: lifepravda.com.ua. Autor: Viktor Shchadej

Professor Sándor ging am ersten Tag der Krieges freiwillig an die Front. Seine Vorlesungen zweimal in der Woche hielt er trotzdem. Er meinte: „Wir kämpfen für eine gebildete Nation. Wenn ich keine Vorlesungen halten würde, wäre das eine Sünde. Warum bin ich dann zu den Streitkräften gegangen?“

Fedir Sándor, dessen Vater ungarischer Herkunft ist, diente in einer Einheit der ukrainischen Armee, die zum Teil aus ungarischstämmigen Freiwilligen besteht. Ab Herbst 2023 ist er der neue ukrainische Botschafter in Ungarn.

10. Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Hilfsbereitschaft

Im Jahr 2022 spendeten laut einer Umfrage 86% der UkrainerInnen für die Armee. Die vier größten ukrainischen Spendeninitiativen (ausgerufen von der Nationalbank der Ukraine, der United 24-Stiftung des Präsidenten Selenskyj, der Prytula-Stiftung und der Stiftung „Komm lebend wieder“) sammelten seit dem Beginn des Krieges fast eine Milliarde Euro von in- und ausländischen SpenderInnen.

Mit den Spendengeldern erwerben die Stiftungen unter anderem Funkgeräte, Fahrzeuge sowie Kampf- und Aufklärungsdrohnen für die ukrainische Armee.

„Volkssatellit“

Im August 2022 rief die nach dem Gründer Serhiy Prytula benannte Stiftung eine Crowdfunding-Kampagne für den Einkauf türkischer Bayraktar-Kampfdrohnen für die ukrainischen Streitkräfte aus und sammelte in Folge 16,2 Millionen Euro Spenden. Da der Bayraktar-Hersteller die Drohnen kostenlos zur Verfügung stellte, verwendete die Prytula-Stiftung den gesammelten Betrag für den Erwerb eines Zugangs zum ICEYE-Satelliten für das ukrainische Militär. Der finnische Satellit liefert hochauflösende Bilder des Territoriums, selbst bei Nacht und Wolken.



Ein vor dem Ertrinken geretteter Hund, Cherson, 7. Juni 2023. Foto: Serhii Korovayny

Ukrainische Hilfs- und Rettungsaktionen gelten nicht nur Menschen, sondern auch Tieren. Nach der Überflutung in Folge der Sprengung des Kachowka Staudamms am 6. Juni 2023 haben ukrainische HelferInnen Hunderte von Tieren aus dem Wasser gerettet und evakuiert.

Humor während des Krieges

Humor ist in der ukrainischen Kultur fest verankert und spielt in der Verteidigung gegen Russland eine mehrfache Rolle. Er hilft, traumatische Kriegserlebnisse seelisch zu verarbeiten, mit kriegsbedingten Schwierigkeiten umzugehen, aber auch die russische Propaganda zu entkräften.

Mehrere neu entstandene Kanäle in den sozialen Medien produzieren und verbreiten täglich Hunderte von Memes zu aktuellen Themen des Kriegs, Politik und Gesellschaft. Viele davon sind witzige Spontanreaktionen einfacher BürgerInnen auf die Kriegsgeschehnisse. Dazu zählt eine Frau im Hochhaus in Kyjiw, die mit einem Glas selbst eingelegter Tomaten eine russische Drohne zum Fall brachte, aber auch die Aussage einer Bewohnerin des okkupierten Henitschesk einem russischen Soldaten gegenüber, er solle frische Sonnenblumenkerne einstecken, damit dort, wo er in der Ukraine sterben würde, Sonnenblumen wachsen. Andere betreffen die russische Desinformation.



Fahrtrichtung geradeaus: F**** euch

Fahrtrichtung links: F**** euch wieder

Fahrtrichtung rechts: F**** euch nach Russland

Verkehrswegweiser im Osten der Ukraine. Quelle: Agentur für Infrastrukturentwicklung der Ukraine, Facebook, 26. Februar 2022

Als zu Kriegsbeginn offensichtlich wurde, dass die Invasoren veraltete Karten aus den Achtzigerjahren verwendeten, rief die staatliche Agentur für Infrastrukturentwicklung der Ukraine am dritten Tag der Invasion zur Demontage der Ortsschilder in den betroffenen Regionen auf. Stattdessen wurde in vielen Ortschaften die Hinweistafel mit einer klaren Ansage an die feindliche Armee montiert. Eines dieser Schilder wurde im Juni 2022 für umgerechnet 20.000 Euro versteigert, das Geld ging als Spende an die ukrainischen Streitkräfte.

10. Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Im Oktober 2022 beschuldigte der russische Verteidigungsminister die Ukraine, an einer „schmutzigen Bombe“ mit radioaktiven Stoffen zu arbeiten. Die Antwort der ukrainischen Internet-Community war: „Es ist eine Lüge, dass die Ukraine eine schmutzige Bombe hat. Eine ukrainische Bombe kann nur sauber geputzt, gebügelt und gefaltet sein“.



NAFO-Hund auf dem zerstörten russischen Panzer vor der russischen Botschaft in Berlin im Februar 2023, eine Collage. Quelle: Wikimedia. Autor: Leonhard Lenz

NAFO, North Atlantic Fella Organization (in Anspielung auf die North Atlantic Treaty Organization – NATO) ist ein internationales Internetphänomen, das auf eine Initiative von Kamil Dyszewski aus Polen zurückgeht. Mehrere Tausende Mitglieder kommentieren im Internet aktuelle Ereignisse des russischen Krieges, bekämpfen russische Propaganda mithilfe von überarbeiteten, teils lustig-absurden Bildern von Shiba Inus („Fellas“) und sammeln Spenden für das ukrainische Militär.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Haltung zum Krieg in einzelnen Ländern

Bereits im Vorfeld des Krieges 2021 beobachteten Europa und die USA die zunehmende Eskalation seitens Putins und die Konzentration der russischen Truppen vor der ukrainischen Grenze mit großer Besorgnis. Die von den Geheimdiensten der USA und Großbritannien gesammelten Daten deuteten auf die Pläne des russischen Präsidenten hin, einen großangelegten Angriff gegen die Ukraine zu starten. US-amerikanische und europäische DiplomatenInnen haben mehrere Versuche unternommen, den drohenden Krieg in bilateralen Gesprächen und multilateralen Treffen abzuwenden.

Den großangelegten russischen Überfall 2022 auf die Ukraine verurteilten viele Staaten weltweit von den ersten Stunden an und boten der Ukraine ihre Unterstützung an. Dazu zählen insbesondere Großbritannien, die USA, Polen, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Deutschland, Frankreich, Italien und andere EU-Staaten wie auch Kanada, Australien und Japan.

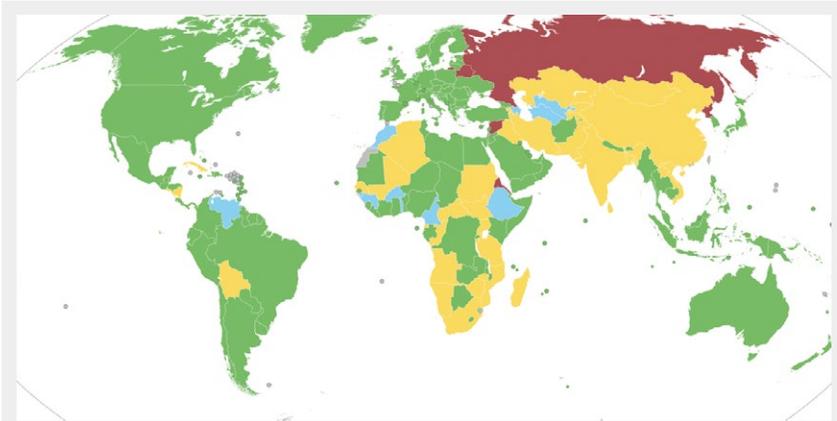
Auch Regierungen der europäischen Länder, welche vor dem Krieg starkem russischem Einfluss unterlagen bzw. besonders gute Beziehungen mit Russland pflegten, wie Ungarn, Serbien, Bulgarien, Griechenland und Österreich, verurteilten den russischen Einmarsch in die Ukraine. Einige zeigen jedoch immer wieder Vorbehalte gegen bestimmte Sanktionen gegen Russland oder Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine.

In den orthodox geprägten Ländern Serbien, Bulgarien und Griechenland wird die russische Propaganda zusätzlich durch den Einfluss der regierungstreuen Russisch-Orthodoxen Kirche verstärkt. In diesen Ländern (aber auch in Deutschland mit seiner großen russisch sprechenden Minderheit) fanden prorussische Demonstrationen statt. Sie waren jedoch insgesamt kleiner als Aktionen und Kundgebungen gegen den russischen Einmarsch und zur Unterstützung der Ukraine.

Die bis dahin neutralen europäischen Länder Finnland und Schweden haben sich gegen die Neutralität und für den Antrag einer NATO-Mitgliedschaft entschieden und der Ukraine umfassende, auch militärische Hilfe zugesagt. In der Schweiz und in Österreich hält man an der Neutralität fest.

Nur ganz wenige Länder haben ihre ausdrückliche Unterstützung für Russland gezeigt, dazu gehören unter anderem Belarus, Iran, Nordkorea und Syrien. Im September 2023 besuchte der Machthaber von Nordkorea Kim Jong-un Russland. Der Iran lieferte an Russland Hunderte von Kampfdrohnen des Typs Shahed-136, welche die russische Armee im Krieg gegen die Ukraine einsetzte.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt



Abstimmungsergebnis bei der Resolution A/ES-11/L.1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der 11. Dringlichkeitssitzung am 2. März 2022. Quelle: Wikimedia

Die UN-Resolution A/ES-11/L.1 verurteilte den Einmarsch Russlands in die Ukraine. 141 von 193 UN-Mitgliedern stimmten für die Resolution, 5 (Russland, Belarus, Nordkorea, Syrien, Eritrea) dagegen, 35 (darunter Iran, China, Indien, Pakistan, Kuba und andere) haben sich enthalten.

Stimmverhalten der einzelnen Länder: ■ dafür, ■ dagegen, ■ enthalten, ■ abwesend, ■ kein Mitglied

Die Haltung anderer Staaten der Welt gegenüber Russland bewegt sich zwischen Verurteilung der Kriegshandlungen, teilweise Verständnis für Russland und einer neutralen Position. Die afrikanischen und ein Großteil der südamerikanischen Länder betrachten den Krieg als eine Angelegenheit, die sie wenig angeht.

In den Staaten, welche vorher Teil der Sowjetunion waren, wie Kasachstan, Georgien oder Aserbaidschan, ist die Unterstützung der Ukraine seitens der Bevölkerung groß. Menschen erinnern sich an die russische Unterdrückung in Zeiten der Sowjetunion. Sie betrachten den Krieg als Kampf der UkrainerInnen gegen die imperialistischen Angriffe Russlands. Ihre Regierungen agieren jedoch vorsichtig, da sie oft in mehrfacher Hinsicht von Russland abhängig sind. Die Regierungen der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unterstützen die Ukraine hingegen mit allen Kräften.

China teilt die russische Ablehnung gegenüber dem Westen, möchte aber andererseits eine Vermittlerrolle zwischen der Ukraine und Russland einnehmen. Während des Krieges fanden mehrere Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping statt. Ende April 2023 telefonierte Xi Jinping zum ersten Mal seit der russischen Invasion mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj.

Belarus

Die Geschichte von Belarus beginnt vor mehr als Tausend Jahren. Die im 9. Jahrhundert zum ersten Mal schriftlich erwähnte Stadt Polozk war Zentrum des Polozk-Fürstentums, das später Teil der Kyjiwer Rus wurde. Die heutigen belarusischen Gebiete gerieten im Laufe der Jahrhunderte unter Kontrolle des Großfürstentums Litauens, des Staates Polen-Litauen und des russischen Zarenreichs. Nach dem Zerfall des russischen Imperiums riefen die Belarusen 1918 die unabhängige Belarusische Volksrepublik aus. Diese wurde, ähnlich wie die Ukrainische Volksrepublik, von den russischen Bolschewiken zerschlagen und in die neu gegründete Sowjetunion als Belarusische Sowjetrepublik eingegliedert. 1991 erklärte Belarus die Unabhängigkeit.

1994 wurde Aljaksandr Lukaschenka (russische Schreibweise: Alexander Lukaschenko) zum Präsidenten von Belarus gewählt. Er hat ein autoritäres, repressives, russlandfreundliches System um sich herum aufgebaut und hält bis heute an der Macht fest. Lukaschenka verfolgt eine Politik der Annäherung an Russland und brachte das Land in eine vielschichtige Abhängigkeit von Russland. Nach Fälschungen bei der belarusischen Präsidentschaftswahl 2020 fanden landesweit riesige Proteste gegen Lukaschenkas Regierung statt. Die Demonstrationen wurden brutal niedergeschlagen.

Belarus hat 9,4 Mio. EinwohnerInnen. Die jahrhundertelange Russifizierung hat die belarusische Sprache aus dem öffentlichen Leben fast völlig verdrängt, obwohl heute sowohl Russisch als auch Belarussisch offizielle Sprachen in Belarus sind. In der behördlichen Kommunikation, den Medien und dem Alltagsleben dominiert Russisch.

Die belarusische Regierung unterstützt Russland im Krieg gegen die Ukraine. Lukaschenka ermöglichte der russischen Armee, die Ukraine von belarusischem Territorium aus anzugreifen. Die belarusische Armee selbst kämpft nicht in der Ukraine.

Die EU und mehrere Länder belegten Belarus mit Sanktionen.

Nach dem versuchten Aufstand Ende Juni 2023 der auf Seite Russlands kämpfenden Wagner-Schattenarmee ermöglichte Lukaschenka den Wagner-Söldnern und ihrem Anführer Jewgeni Prigoschin die Stationierung in Belarus.

Während des Krieges in der Ukraine entstand in Belarus eine Antikriegsbewegung. Die belarusischen KriegsgegnerInnen verüben immer wieder Anschläge, z. B. auf belarusische Militärflugplätze und Eisenbahnlinien, die den russischen Kampfeinsätzen und der Versorgung der russischen Armee in der Ukraine dienen.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Sanktionen

Bereits seit der völkerrechtlichen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 gab es vereinzelt Sanktionen der EU und der USA. Als unmittelbare Reaktion auf den russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 verhängten bzw. verschärften mehrere Staaten Sanktionen gegen Russland. Im Laufe des Krieges kamen zusätzliche Sanktionen dazu.

Verschiedene Staaten und Staatengemeinschaften belegten den russischen Staat, seine Organisationen und Einzelpersonen mit Sanktionen unterschiedlichen Wirkungsgrades: dazu zählen unter anderem die EU und weitere europäische Länder wie die Schweiz, Norwegen und Großbritannien; auf dem amerikanischen Kontinent die USA und Kanada; Japan, Südkorea und Taiwan in Asien sowie Australien.

Ziele der Sanktionen sind:

- zu verhindern, dass Russland Waffen und ihre Komponenten im Ausland einkaufen kann. Dazu dient das Verbot des Handels mit Militärgütern (= Militärgüterembargo).
- Russland vom internationalen Finanzsystem abzuschneiden, damit es seine Devisen (= Fremdwährung wie Euro oder US-Dollar) nicht für die Kriegsfinanzierung nutzen kann. Das geschieht durch den Ausschluss vieler russischer Banken vom SWIFT-Zahlungssystem, das Verbot der Kreditvergabe an staatsnahe russische Unternehmen oder das Verbot des Börsenhandels für russische staatliche Unternehmen.
- bestimmte Sektoren der russischen Wirtschaft zu schwächen, damit weniger Finanzmittel für die Kriegsführung zur Verfügung stehen. Dazu dienen Ölembargos (= Verbot des Handels mit russischem Erdöl), ein beschränkter Zugang für Russland zu Häfen im Ausland sowie ein Verbot der Einfuhr von Luxusgütern und Technologie nach Russland.
- den Krieg für Personen spürbar zu machen, die für den Krieg verantwortlich sind und dem Regime nahestehen (u. a. durch Einreiseverbote, Einfrieren des Auslandsvermögens, Verbot der wirtschaftlichen Beziehungen).
- eingefrorenes russisches Vermögen für zukünftige Entschädigungen zum Wiederaufbau der Ukraine zu sichern.
- Russland daran zu hindern, durch gezielte Desinformation Menschen im Ausland zu manipulieren und zu verunsichern. In der Europäischen Union sind aus diesem Grund die russischen staatlichen Sender RT (Russia Today) und Sputnik verboten.

Mehrere Staaten wiesen wegen Verdachts auf Spionage russische DiplomatInnen aus.

Über 1.000 Unternehmen haben seit der russischen Invasion in die Ukraine ihre Geschäftsaktivitäten in Russland eingeschränkt oder beendet, teilweise auf Grund der Sanktionen, teilweise aus Protest gegen den russischen Krieg.

Folgende Marken haben sich aus Russland auf Grund des Krieges zurückgezogen:



Die in Russland weiterarbeitenden westlichen Firmen werden dafür kritisiert, mit ihren Steuern den russischen Staat und damit den Angriffskrieg mitzufinanzieren. Die Befürworter des Verbleibs verweisen auf potenzielle finanzielle Verluste der Firmen bei einem Abzug aus Russland.

Die größten Steuerzahler unter den ausländischen Konzernen in Russland sind US-Firmen (allem voran Philip Morris, Procter & Gamble und Pepsico) und Unternehmen aus Deutschland (allem voran der Handelskonzern Metro und der Energiekonzern Uniper). Von den deutschen Unternehmen blieben trotz des Krieges rund zwei Drittel auch 2023 in Russland. Auch Nestlé (Schweiz) und Danone (Frankreich) setzten ihre Tätigkeiten in Russland trotz Krieg fort.

Der größte österreichische Investor in Russland, die Raiffeisen Bank International (RBI), hat sein Russland-Geschäft bis September 2023 nicht aufgegeben. 2022 verzeichnete die RBI in Russland einen Gewinn von rund zwei Mrd. Euro.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Unterstützung für die Ukraine

Die USA und die EU reagierten am Anfang zögerlich auf die Bitten der ukrainischen Regierung nach Waffen und Kriegsgeräten. Doch mit fortschreitenden russischen Kampfhandlungen, großflächigem Raketen- und Drohnenbeschuss der ukrainischen Städte und der Energieinfrastruktur sowie der großen Brutalität der russischen Armee gegenüber den ZivilistInnen stieg auch die Bereitschaft, größere und moderne Kriegstechnik an die Ukraine zu liefern.

Außer militärischer Hilfe leisten viele Staaten rund um den Globus humanitäre und finanzielle Unterstützung und nehmen ukrainische Kriegsvertriebene auf. Allein die USA und die EU haben im Jahr 2022 fast 130 Mrd. Euro an militärischer, humanitärer und finanzieller Hilfe zugesagt bzw. geliefert. Die weiteren großen Hilfsgeber waren Deutschland, das Vereinigte Königreich (Großbritannien), Norwegen, Japan, Kanada und Polen. Betrachtet man die wirtschaftliche Leistung, so haben die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen sowie Polen und Slowakei den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt für Ukraine-Hilfe ausgegeben.

Von ca. 5 Mio. registrierten ukrainischen Kriegsvertriebenen in Europa hat Polen auch die höchste Zahl an Geflüchteten – mehr als 1,5 Mio. – aufgenommen. Die zweithöchste Anzahl von ca. 1 Mio. Kriegsvertriebene entfällt auf Deutschland. Im Verhältnis zur Landesgröße hat Polen gleich Tschechien, den baltischen Ländern und der Republik Moldau den höchsten Anteil der ukrainischen Kriegsvertriebenen aufgenommen.

Spendenaktionen weltweit, organisiert von Prominenten, Institutionen, Unternehmen und Wohltätigkeitsorganisationen, brachten der Ukraine hohe Millionenbeträge an Hilfen.

Unterstützung aus Deutschland

Im russischen Angriffskrieg unterstützt Deutschland die Ukraine vielfältig – politisch, finanziell, militärisch und humanitär. Nach den USA ist Deutschland weltweit das größte Geberland. In 18 Monaten des Krieges hat die deutsche Bundesregierung der Ukraine Hilfen im Gesamtwert von knapp 22 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dazu kommen deutsche Leistungen im Rahmen der EU-Programme sowie Ausgaben der Länder und Kommunen für ukrainische Kriegsvertriebene und Unterstützungsleistungen von privaten Initiativen und Unternehmen.

Vor dem großangelegten Krieg war die Unterstützung für die Ukraine kein Thema in der politischen Debatte Deutschlands. Die deutsche Außenpolitik der letzten zwei Jahrzehnte berücksichtigte weitgehend die behaupteten russischen Interessen und die russische Sichtweise.

So gehört der deutsche Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, SPD (im Amt 1998-2005) seit Jahren zu den engen Freunden des russischen Präsidenten Putin. Nach seiner politischen Karriere in Deutschland bekleidete Schröder Funktionen in russischen staatlichen Unternehmen.

Seine Nachfolgerin Angela Merkel von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, CDU (Bundeskanzlerin 2005-2021) zeigte immer wieder Verständnis für die Politik Putins. Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten Frankreichs Nicolas Sarkozy stimmte sie 2008 gegen den Start des NATO-Beitrittsprozesses für die Ukraine und Georgien aus Rücksicht auf Putins Wünsche.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland 2014 schloss die Regierung Merkel Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Ebenfalls im Jahr 2014 genehmigte Deutschland den Bau der Gasleitung Nord Stream 2 für russisches Gas unter Umgehung der Ukraine.

Eine Reihe der europäischen Länder sowie die USA kritisierten mehrmals die Politik Deutschlands gegenüber Russland als zu nachgiebig bzw. zu zögerlich.



Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz und Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj beim Besuch des ukrainischen Präsidenten in Deutschland am 14. Mai 2023. Foto: Präsidialamt der Ukraine

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Noch ein paar Wochen vor der russischen Invasion der Ukraine im Frühjahr 2022 hatte Deutschland die Lieferung von Waffen auf Anfrage der Ukraine abgelehnt.

Am dritten Kriegstag schrieb der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, im Amt seit 2021) auf der Nachrichtenplattform X, zuvor Twitter: „Der russische Überfall markiert eine Zeitenwende“ und versprach der Ukraine zum ersten Mal in der Geschichte, Panzerabwehrsysteme und Stinger-Raketen zur Verfügung zu stellen.

In Hinsicht auf Waffenlieferungen verfolgt Bundeskanzler Scholz eine vorsichtige abwartende Strategie. Konkrete Zusagen bezüglich deutscher Kriegsgeräte kommen in der Regel erst, wenn ähnliche Zusagen aus anderen Ländern bereits vorliegen.

Unterstützung aus Österreich

Österreich liefert auf Grund der gesetzlich verankerten Neutralität keine Waffen an die Ukraine. Doch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union wirkt der österreichische Staat an der Lieferung von Schutzausrüstung (Helmen, Schutzwesten) mit und gestattet die Durchfuhr militärischer Ausrüstung durch das Bundesgebiet.



Demonstration gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine am Platz der Menschenrechte in Wien am 26. Februar 2022. Foto: Kati Schneeberger

Das Sozialministerium unterstützt Gesundheits- und Sozialprojekte in der Ukraine. Das Klimaschutzministerium stellte Finanzmittel für die Wiederherstellung der im Krieg beschädigten Energieinfrastruktur bereit. Länder, Gemeinden, Unternehmen und Organisationen unterstützen die Ukraine und die kriegsvertriebenen UkrainerInnen finanziell, mit Hilfsgütern, Leistungen und Hilfsinitiativen.

Im Jahr 2022 hat Österreich der Ukraine über 120 Mio. Euro an finanzieller Hilfe zur Verfügung gestellt.

Im März 2023 zählte Österreich ca. 95.000 kriegsvertriebene UkrainerInnen, die allermeisten davon Frauen und Kinder. Viele sind seitdem wieder in die Ukraine zurück gekehrt.

«Österreich ist zwar militärisch neutral, aber wir sind keineswegs neutral in unserer Haltung. Wir sind nicht neutral gegenüber dem eklatanten Bruch des Völkerrechts. Wir sind nicht neutral gegenüber Kriegsverbrechen. Wir sind nicht neutral gegenüber dem Kampf eines Landes zur Verteidigung seiner Souveränität und Unabhängigkeit und für seine Freiheit. Österreich verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste.»

Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Corps: Neutralität ist nicht Gleichgültigkeit!

In Österreich gibt es verschiedene Positionen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine. Österreich pflegte lange Zeit enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit Russland, mehrere ehemalige österreichische PolitikerInnen erhielten Jobs bei russischen Institutionen, die Abhängigkeit Österreichs vom russischen Gas stieg mit der Zeit an, russische Desinformation und anti-westliche Propaganda fand Verbreitung in Österreich über soziale Medien, Foren österreichischer Zeitungen sowie über verschwörungserzählerische Plattformen.

Als im Frühjahr 2023 der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Video-Übertragung eine Rede im österreichischen Parlament hielt, verließen die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, FPÖ, geschlossen den Plenarsaal, mehr als die Hälfte der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, SPÖ, waren erst gar nicht anwesend.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Warum unterstützt man die Ukraine?

Am Anfang des Krieges dachten viele, dass die Ukraine innerhalb einiger Stunden bzw. Tage unter dem militärischen Druck Russlands kapitulieren würde. Die russische Armee galt als die zweitstärkste der Welt nach den USA. Russland ist flächenmäßig das größte Land der Welt und fast dreißigmal größer als die Ukraine. Die militärischen Erfolge und der Widerstand der UkrainerInnen haben die Welt jedoch dazu bewogen, das Land in seiner Verteidigung gegen den Aggressor zu unterstützen.

Folgende Überlegungen sprechen dafür, die Ukraine im Krieg gegen Russland zu unterstützen:

Das **Wollen und Können** der UkrainerInnen, ihr Land zu verteidigen, was sich im starken Widerstand gegen die russische Aggression zeigt.

Liberale Werte. Die UkrainerInnen verteidigen ihren demokratischen Staat und ihre Freiheit – die grundlegenden Werte der freien Welt, insbesondere Europas – gegen das autoritäre russische Regime. Für viele Staaten ist das ein Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Völkerrechtliche Symbolwirkung. Eines der wichtigsten Prinzipien des internationalen Rechts heißt: keine Grenzverschiebung durch Gewalt. Sollte Russland die Ukraine besiegen, würde dies das Vertrauen in das Völkerrecht und in die Gültigkeit schriftlicher Vereinbarungen zerstören. Es wäre ein starkes negatives Signal, dass in den zwischenstaatlichen Beziehungen nun das Recht des Stärkeren herrsche.

Ethische Gründe. Die besondere Brutalität der russischen Kriegsführung, zahlreiche verübte Gräueltaten der russischen Armee und das enorme Leid der lokalen Bevölkerung lösten in vielen Ländern eine Welle der Ent-rüstung und Solidarität mit der Ukraine aus.

Selbstschutz. Die baltischen Länder (Estland, Lettland, Litauen), die ost-europäischen Länder Polen, Tschechien, die Slowakei und die Republik Moldau sehen sich als die nächsten möglichen Opfer der russischen Ag-gression. Sie befürchten, dass Putins Russland sie unter eigene Kontrolle bringen möchte, wie es zur Zeit der Sowjetunion war.

Befürchtung des dritten Weltkrieges. ExpertInnen äußern die Annahme, dass Putin weitere Länder attackiert, sollte er in der Ukraine Erfolg haben. Es wäre im Interesse Europas, Russlands Aggression in der Ukraine zu stoppen, um weitere Kriege zu vermeiden.

Humanitäre Gründe. Der russische Krieg verursachte die größte Flucht-bewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Sollte Russland noch größere Gebiete besetzen, würde das weitere Menschen vertreiben.

Wirtschaftliche Gründe. Die Ukraine beliefert mehrere Länder mit Lebensmitteln. Europa hat ein dringendes Interesse an einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine. Die ukrainische Wirtschaft leidet stark unter dem russischen Krieg.

Historische Parallelen mit dem Zweiten Weltkrieg. HistorikerInnen erkennen ähnliche Züge zwischen der Aggressionspolitik Hitlers und Putins, ohne die Regime gleichzusetzen.

Ähnlichkeiten der Aggressionspolitik Hitlers und Putins:

- Das Scheitern der Appeasement Politik („Beschwichtigungspolitik“ – Zugeständnisse und Entgegenkommen dem Aggressor gegenüber) in Europa gegenüber Hitler im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs lässt sich mit der schwachen Antwort auf die russische Annexion der Krim und Besetzung der ostukrainischen Gebiete 2014 vergleichen, die Russland eher in seinem Handeln bestätigte.
- Beide Regime sind durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen und haben danach die Demokratie eingeschränkt bzw. abgeschafft.
- Verbreitung von Hass und Diffamierung bestimmter Gruppen, geschürt durch die staatliche Propaganda. Sobald sich die eigene Bevölkerung an ein Feindbild gewöhnt hat, sinkt die Hemmung, die entsprechende Gruppe auch physisch anzugreifen. Die Beschimpfungen und Diffamierungen der UkrainerInnen als „Nazis“, Drogensüchtige, korrupte und minderwertige Menschen erinnern stark an die NS-Rhetorik gegenüber Juden, Polen, Roma und Sinti.
- Die Behauptung, als Land gedemütigt worden zu sein. Hitler sah Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg unfair behandelt. Putin benutzt eine ähnliche Rhetorik und beschuldigt Europa und die USA, Russland unfair zu behandeln und die Größe und Bedeutung Russlands nicht zu berücksichtigen.
- Eine starke Militarisierung (= Bewaffnung) des Landes sowie Bildung zahlreicher paramilitärischer Gruppierungen – die bekannteste davon ist in Russland die „Gruppe Wagner“.
- Der Rückgriff auf angeblich bedrohte Minderheiten. Hitler begründete seinen Anspruch auf das Sudetenland, einen Teil Tschechiens, mit der angeblichen Bedrohung der damals dort lebenden deutschsprachigen Bevölkerung. Putin erhebt Ansprüche auf den Süden und Osten der Ukraine unter dem Vorwand der „Bedrohung der Russischsprechenden“.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

Umgang mit russischer Kultur

Die russische Regierung unter Präsident Putin verwendet Kultur zu Propagandazwecken. Kulturschaffende und Kultureinrichtungen in Russland stehen vor einer schwierigen Wahl: Sie können die offizielle staatliche Politik unterstützen, dann bekommen sie Finanzierung, Möglichkeiten für Auftritte und zur Weiterentwicklung ihrer Projekte. Wenn sie die Regierung und den Krieg gegen die Ukraine nicht unterstützen, werden sie unterdrückt.

Die neue russische Strategie erklärt offiziell Kultur, Wissenschaft, Bildung, Sport und Tourismus (Russland verwendet dafür den Begriff „humanitärer Bereich“) zu einem Bestandteil des russischen Einflusses im Ausland.

Gleichzeitig führt Russland einen gezielten Krieg gegen die ukrainische Kultur. Die russische Armee zerstört vorsätzlich Museen, historische Gebäude, Denkmäler, Theater, Konzertsäle und Bibliotheken.

Auszüge aus dem Konzept der humanitären Politik der Russischen Föderation im Ausland, genehmigt durch das Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 5. September 2022:

«Die russische Kultur ist ein wichtiger Bestandteil der Weltkultur. Als Instrument der „Soft power“ trägt sie zur Stärkung der internationalen Autorität Russlands bei.»

«Aufgaben der humanitären Politik der Russischen Föderation im Ausland sind: (...) Schutz, Beibehaltung und Förderung der Traditionen und Ideen der Russischen Welt.»

«Unterstützung und Förderung der russischen Sprache ist ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsauftrags der Russischen Föderation im Ausland.»

Nach dem 24. Februar 2022 entbrannte in westlichen Kulturkreisen eine Debatte über den Umgang mit der russischen Kultur. Viele Kulturinstitutionen in Europa und auf der Welt stornierten Veranstaltungen mit Beteiligung russischer Kulturschaffender und russischer Kunstwerke; sie wollen nicht zur Förderung der russischen Interessen durch Kultur beitragen, während Russland die ukrainische Kultur vernichtet. Ihre KritikerInnen erklärten, russische Kultur sei weiterhin sehenswert, selbst wenn die Regierung Russlands sie für ihre Zwecke missbrauche; man dürfe von KünstlerInnen nicht verlangen, sich zur Politik und zum Krieg zu äußern.

Zugleich plädieren Kulturinteressierte dafür, sich genauer mit der russischen Kultur und besonders Literatur zu beschäftigen und Ansichten russischer AutorInnen zu hinterfragen. So vertraten die berühmten russischen Dichter Aleksandr Puschkin und Michail Lermontow sowie der Schriftsteller Fjodor Dostojewski und andere eine klare imperialistische Haltung. Sie werteten Völker, die sich gegen die Herrschaft Russlands



Anna Netrebko (*1978), Opernsängerin mit russischer und österreichischer Staatsbürgerschaft. Foto vom 9. Mai 2010.

Während der Autogrammstunde in der Wiener Staatsoper trug Netrebko ein T-Shirt „Auf nach Berlin!“. Die Aufschrift „Auf nach Berlin!“ stand auf den sowjetischen Panzern im Zweiten Weltkrieg und gilt zusammen mit dem orange-schwarzen St. Georgs-Band als Symbol für die militärische Macht Russlands. Netrebko unterstützte Wladimir Putin bei den Präsidentschaftswahlen in Russland in 2012 und 2018. Sie übergab 2014 Geld an russisch kontrollierte KämpferInnen in der Ostukraine.

Einige der ukrainischen Kulturschaffende, die durch den russischen Krieg ihr Leben verloren: **Viktoria Amelina**, Schriftstellerin; **Wolodymyr Wakulenko**, Schriftsteller; **Olexandr Schapowal**, Balletttänzer und Solist der Nationaloper der Ukraine; **Jurij Kerpatenko**, Dirigent der Cherson Philharmonie; **Rostyslaw Jantschyschen**, Balletttänzer der Odesa Nationaloper; **Ljubow Pantschenko**, Malerin; **Oksana Schwez**, Schauspielerin; **Pawlo Li**, Schauspieler; **Artem Dazyschyn**, Sänger und Solist der Nationaloper der Ukraine; **Jelysaweta Otschkur** und **Sonja Ameltschikowa**, zwei neunjährige Schauspielerinnen aus Mariupol.



Viktoria Amelina (1986-2023), ukrainische Schriftstellerin, Dichterin und Menschenrechtsaktivistin. Foto: Facebook-Profil von Viktoria Amelina

Viktoria Amelina starb nach dem russischen Raketenangriff auf eine Pizzeria im ukrainischen Kramatorsk am 27. Juni 2023, bei dem noch weitere 12 Menschen getötet und über 60 verletzt wurden. Die preisgekrönte Autorin von zwei Romanen, einem Kinderbuch und mehreren Gedichten hinterließ ein Kind. Seit dem Sommer 2022 dokumentierte Amelina russische Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten und arbeitete an ihrem neuen Buch über den Krieg.

11. Umgang mit dem Krieg in der Welt

stellten, wie Polen, Ukrainer und Völker des Kaukasus, ab. Welchen Einfluss solche Einstellungen russischer Kulturschaffender auf die russische Gesellschaft und Politik hatten und haben, soll untersucht werden.

Zahlreiche Kulturschaffende aus Russland leben mittlerweile im Ausland. Einige verurteilen den Krieg gegen die Ukraine, andere schweigen oder unterstützen nach wie vor die Regierung Putins.

Umgang mit russischen SportlerInnen

In Russland gibt es keinen unabhängigen Spitzensport. Fast alle Sportschulen, Sportverbände, Sporteinrichtungen und Sportklubs sind direkt oder indirekt im Eigentum des Staates. SportlerInnen, die in Russland Karriere machen wollen, müssen die Politik der russischen Regierung mittragen. „Steigerung der Autorität Russlands auf der sportlichen Weltbühne“ ist das offizielle Ziel der Russischen Föderation im Bereich Sport.

Nach der aus der Sowjetzeit übernommenen Tradition hängen Sport und Armee in Russland eng zusammen. Sportler können ihren Wehrdienst in einer sogenannten Sportkompanie der russischen Streitkräfte leisten. Viele ProfisportlerInnen schließen zudem längere Verträge mit dem russischen Verteidigungsministerium. Von den 212 russischen AthletInnen, die 2022 an den Olympischen Winterspielen in Peking teilnahmen, waren 34 im Alltag Militärangehörige, 15 von ihnen hatten einen Offiziersrang.

In den letzten Jahren wurden mehrere Fälle bekannt, in denen staatliche Sporteinrichtungen Russlands mit Hilfe der staatlichen Labore systematisches **Doping** der russischen SportlerInnen organisiert haben. 2019 hat die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) Russland für die Teilnahme an den Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften wegen staatlich betriebenen Dopings gesperrt. Russische SportlerInnen durften an Wettbewerben nur noch unter einer neutralen Flagge antreten, nicht unter der russischen Staatsflagge.

Doping – Verwendung von unerlaubten Mitteln zur Steigerung der sportlichen Leistung.

Wegen des Krieges gegen die Ukraine haben mehrere internationale Sportverbände im Jahr 2022 SportlerInnen aus Russland und Belarus gesperrt, wie der Leichtathletik-Weltverband World Athletics (WA), die Weltverbände für Radsport, Ski, Hockey, Triathlon und Badminton, die Ruderer, Kanuten und auch der Rugby-Sport. Auch von den 2023 stattfindenden Fußballwettbewerben der UEFA und FIFA, den europäischen Wettbewerben in Handball und Volleyball sowie der Weltmeisterschaft in Eiskunstlauf waren russische und belarussische AthletInnen ausgeschlossen.

Das Internationale Olympische Komitee (IOK, englisch International Olympic Committee, IOC) sprach sich im März 2023 für eine teilweise Rückkehr russischer SportlerInnen zu Wettbewerben unter bestimmten Bedingungen aus. Es wurde die Kritik laut, diese Zulassung mitten im russischen Krieg widerspreche der „Olympischen Idee“.

Die **Olympische Idee** steht dafür, dass Sport und sportliche Bewerbe wie die Olympischen Spiele dazu dienen sollen, sportliche Höchstleistungen zu zeigen, sie in einem friedlichen Wettkampf zu vergleichen, Freundschaft und Völkerverständigung zu fördern und dabei die Regel des Fair Play einzuhalten.

Nach ukrainischen Angaben hat der Krieg Russlands bis März 2023 mehr als 260 ukrainische SportlerInnen das Leben gekostet, über 360 Sporteinrichtungen wurden zerstört.



Mädchen mit Band, Graffiti des Streetart-Künstlers Banksy in Irpin, einem Vorort von Kyjiw. Quelle: Wikimedia, Autor: Rasal Hague

Auf dem Graffiti balanciert eine junge Gymnastin mit Halsbandage und einem wehenden Band über einem in die Wand gebombten schwarzen Loch. Der weltberühmte Künstler Banksy hat im November 2022 mehrere Kunstwerke in der Ukraine hinterlassen, meist auf den Ruinen der im Krieg beschädigten Häuser. Später spendete Banksy den Erlös aus 50 verkauften Drucken der Graffiti an die Ukraine.

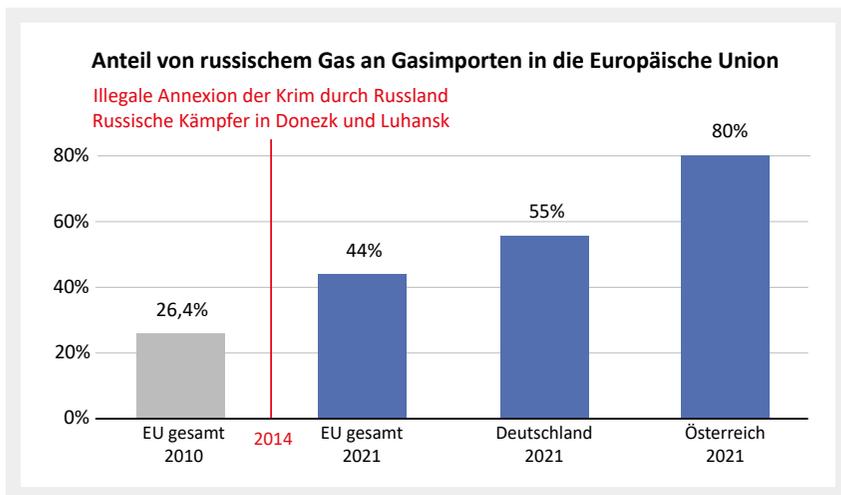
12. Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges

Abhängigkeit vom russischen Gas

Die Europäische Union war für Russland bis 2022 der größte Einzelmarkt (= der größte Käufer) für russische Energie.

Die 27 Staaten der EU beziehen ihre Energie zu 23% aus Erdgas und zu 34% aus Erdöl (Stand 2021).

Die EU importiert mehr als die Hälfte ihrer Energie aus dem Ausland. Zuletzt verringerte die EU ihre Abhängigkeit von Energieimporten (= Einfuhren der Energie aus dem Ausland) geringfügig. Gleichzeitig stieg der Anteil von russischem Gas an Gasimporten von 26% im Jahr 2010 trotz der geringeren importierten Energiemengen auf 44% im Jahr 2021.



Der Gasverbrauch einzelner Länder unterscheidet sich stark, der EU-Gesamtverbrauch bleibt dabei seit Jahren auf ähnlichem Niveau.

Die Gasleitungen „Sojus“ und „Jamal“ führen aus Russland über die Ukraine bzw. Belarus weiter über Polen und die Slowakei in Richtung Westeuropa. Nach der Annexion der Krim und dem Beginn der russischen Kampfhandlungen in der Ostukraine 2014 reduzierten einige Länder ihre Abhängigkeit von russischem Gas, vor allem Polen, Italien und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Sie errichteten Flüssiggas-terminals (= LNG-Terminals, englisch liquefied natural gas terminal) und trieben Pipeline-Projekte zur Versorgung aus alternativen Quellen voran.

Deutschland hingegen steigerte den russischen Anteil importierten Erdgases bis auf 55% im Jahr 2021. Gemeinsam mit dem russischen Konzern Gazprom baute Deutschland in der Ostsee die Unterwasser-Pipeline Nord

Stream 1, die 2011 in Betrieb genommen wurde, und genehmigte den Bau einer zweiten Pipeline, Nord Stream 2, durch Russland (nicht in Betrieb genommen). Das Ziel war die Einfuhr von russischem Gas mit Umgehung der Ukraine. Dafür erntete Deutschland Kritik von den EU-Institutionen, sowie von Polen, Schweden, den baltischen Ländern, den USA und der Ukraine. Sie warnten vor einem Sicherheitsrisiko durch die Umgehung der Ukraine, da Russland sie nicht mehr für den Transit von Gas nach Europa brauchte, sowie vor Erhöhung der Energieabhängigkeit von Russland.

Während der sogenannten „Gas-Kriege“ 2005/2006, 2007/2008, 2008/2009 drosselte Russland die Gasmenge nach Europa, um günstige Bedingungen für sich zu erwirken. ExpertInnen sprachen von „Erpressung mit Gas“.

2022 unternahmen Deutschland und andere EU-Staaten Maßnahmen zur Reduktion (= Verringerung) der Abhängigkeit von russischem Gas. Dafür bauten sie vor der europäischen Küste schwimmende LNG-Terminals und investierten vermehrt in alternative, darunter auch erneuerbare Energiequellen.

Ab Mitte 2022 gab es keine Gaslieferungen aus Russland nach Deutschland mehr.

Der zu 31,5% im staatlichen Besitz stehende österreichische Öl- und Gaskonzern OMV finanzierte Nord Stream 2 mit. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine geriet das Projekt in Schwierigkeiten, sodass die OMV Verluste in Höhe von einer Milliarde Euro im März 2022 abschreiben musste.

«Nord Stream 2 ist eine Waffe gegen die Ukraine. Es geht nicht um die Wirtschaft. Wir sollen Sicherheitsgarantien erhalten. Und das Wichtigste in Bezug auf Sicherheitsgarantien ist die Rückgabe unserer Territorien.»

(Mit „unsere Territorien“ gemeint ist in diesem Zitat die annektierte Halbinsel Krim und die russisch kontrollierten Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk.)

Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, im Interview am 16. Juni 2021

Österreich erhöhte seit 2011 den Anteil an Gas aus Russland von 47% auf über 80% im Jahr 2021. Russland verringerte im Jahr 2022 die transportierte Gasmenge nach Österreich. Anfang 2023 erreichten die russischen Gaslieferungen in Österreich wieder das Vorkriegsniveau.

12. Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges

Seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022 bis Juli 2023 zahlte Österreich für Gasimporte über 7 Mrd. Euro an Russland. Die österreichische OMV unterschrieb 2018 Gaslieferverträge mit dem russischen Konzern Gazprom, die bis 2040 laufen. Die OMV hält diese Gaslieferverträge geheim.

Während 2021 und 2022 hat Russland mehrmals die Gasmenge nach Europa reduziert und im Sommer 2022 die Nord-Stream-Pipelines stillgelegt. Im September 2022 haben Unbekannte beide Stränge von Nord Stream 1 und einen Strang von Nord Stream 2 durch eine Explosion beschädigt. Die Gasleitungen wurden nicht repariert.

Verzicht auf russisches Erdöl

Im Jahr 2021 deckte die EU ca. 34% ihres Energiebedarfs aus Erdöl. Etwa ein Viertel davon lieferte Russland. Das russische Rohöl kommt zu einem Drittel über die Pipeline „Druschba“ (russisches Wort für Freundschaft) und zu zwei Dritteln auf dem Seeweg. Im Mai 2022 beschloss die EU ein Verbot der Einfuhr von Öl und Ölprodukten (= Ölembargo) aus Russland auf dem Seeweg, das Ende 2022 bzw. im Mai 2023 in Kraft trat. Noch vor dem Start des Öl-Embargos haben die EU-Staaten ihre Rohölimporte aus Russland um 92% reduziert.

Getreide

Die Ukraine gilt seit jeher als „Kornkammer Europas“ und beliefert mehrere Länder mit Lebensmitteln. Das Land ist mengenmäßig weltweit Nummer 1 in der Produktion von Sonnenblumenöl, Nummer 5 bei Mais und Nummer 6 bei Weizen. Auch Eisen, Stahl, Holz, Teile für die Möbelindustrie und weitere Produkte sind wichtige Exportgüter der Ukraine.

Die Ukraine gehört zu den wichtigsten Getreideproduzenten der Welt. Länder in Afrika und Asien sind auf Lebensmittel aus der Ukraine angewiesen, die mit Schiffen über das Schwarze Meer transportiert werden. Nach dem Beginn der großflächigen Invasion blockierte Russland die ukrainischen Schwarzmeerhäfen, sodass bis Sommer 2022 keine Getreidetransporte die Ukraine verlassen konnten. Die verursachte Unsicherheit und fehlenden Exporte lösten einen weltweiten Preisanstieg für Getreide und andere Lebensmittel aus und verschärften die globale Hungerkrise.

Im Juli 2022 wurde unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei ein sogenanntes „**Getreideabkommen**“ abgeschlossen, wonach Russland seine Seeblockade für ukrainische Getreideschiffe teilweise aufgehoben hat.

Die Ukraine exportierte 2022 um ein Viertel weniger Getreide als noch ein Jahr zuvor. Ein Teil der Erträge wurde durch Kriegshandlungen zerstört, nicht abgeerntet oder von Russland abgeerntet und gestohlen. Russland meldete für 2022 eine Rekordernte von Getreide.

Im November 2022 teilte die US-Raumfahrtbehörde NASA nach Auswertung von Satellitenbildern mit, dass Russland in den besetzten Gebieten der Ukraine 5,8 Millionen Tonnen Weizen im Wert von einer Milliarde Dollar abgeerntet habe.

Im Juli 2023 lehnte Russland die Verlängerung des Getreideabkommens ab. Kurz danach begann die russische Armee, die Hafeninfrastuktur der ukrainischen Hafenstadt Odesa am Schwarzen Meer zu bombardieren. Darüber hinaus zerstörten russische Drohnen Getreidelager mit Hunderttausenden Tonnen Getreide im ukrainischen Donau-Hafen in Ismajil an der rumänischen Grenze. Das führte zum erneuten Anstieg von Getreidepreisen und zur Steigerung der russischen Nahrungsmittelexporte, vor allem nach Afrika und Asien.

Die Europäische Union kritisierte Russland dafür, dass es Lebensmittel als Waffe missbrauche und den Entwicklungsländern billiges Getreide als Ersatz für die ausgefallenen ukrainischen Lieferungen anbiete, um diese Staaten von Russland abhängig zu machen.

Die Ukraine prüft inzwischen alternative Transportmöglichkeiten: auf dem Landweg, über die Donau oder durch neue Routen im Schwarzen Meer.

Teuerung und Wirtschaftswachstum

Seit 2021 steigen die Preise in der ganzen Welt. Mitverantwortlich dafür sind die Probleme mit den unterbrochenen Lieferketten während der COVID-19-Pandemie und die hohe Nachfrage nach Konsumgütern nach dem Ende der Pandemie. In manchen Ländern erreichten die Inflationsraten noch vor dem 24. Februar 2022 zweistellige Zahlen.

Die unregelmäßigen Energielieferungen sowie die Getreideblockade durch Russland befeuerten zusätzlich die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel weltweit. Die durchschnittliche Teuerungsrate im Euro-Raum betrug 2022 8,4% und ist Anfang 2023 leicht zurückgegangen. Auch die Energiepreise sind 2023 wieder fast auf das Vorkriegsniveau gesunken.

Trotz des Krieges wuchs die Wirtschaft (das Bruttoinlandsprodukt, BIP) in der EU im Jahr 2022 durchschnittlich um 3,5%. Deutschlands BIP stieg um 1,8%, Österreichs — um 4,8%.

13. Geopolitische Folgen

Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich die internationale Staatengemeinschaft, eine Weltordnung zu schaffen, die Kriege in der Zukunft verunmöglichen sollte. Mit dem Ziel, den Weltfrieden zu sichern, wurden am 24. Oktober 1945 die **Vereinten Nationen** (englisch the **United Nations Organisation, UNO**) gegründet. Sie vereinten im Laufe der Zeit 193 von derzeit 195 anerkannten Staaten der Welt.

In Europa sollte ferner die neu gegründete **Montanunion**, die Vorläuferin der heutigen **Europäischen Union**, durch die Kontrolle der damals kriegsrelevanten Industrien (Kohle und Stahl) den Frieden sichern.

Das grundlegende Prinzip der neuen internationalen Ordnung, das die **UN-Charta** (das Gründungsdokument der UNO) festschreibt, lautet: Verzicht auf die Anwendung von Gewalt als Mittel internationaler Politik sowie die Verpflichtung zur Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller Staaten. Man nennt diese internationale Ordnung „globale **Friedensarchitektur**“.

Mit der internationalen Friedensarchitektur stehen insbesondere zwei Begriffe in Verbindung: Pazifismus und Geopolitik. Es gibt einige Überschneidungen der Prinzipien der bestehenden Friedensarchitektur mit den Ideen des Pazifismus und der Geopolitik. In anderen Aspekten widersprechen sie sich gegenseitig.

Pazifismus, auch Friedensbewegung (vom lateinischen *pacificus* – “friedliebend”) ist eine Weltanschauung, die Gewalt und Krieg ablehnt. Ziel des Pazifismus ist auch Abrüstung, also Vernichtung und Verbot von Waffen, da es ohne Waffen keinen Krieg geben könne.

Extreme PazifistInnen äußern sich gegen die Verwendung von Waffen, auch wenn sie bei einem fremden Angriff zur Selbstverteidigung eingesetzt werden. Im aktuellen Krieg treten sie dafür ein, dass die Ukraine den bewaffneten Widerstand gegen Russland beendet und der Westen die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellt.

Das Wort **Geopolitik** setzt sich zusammen aus „Geografie“ und „Politik“. Heute wird der Begriff oft in dem Sinn verwendet, dass Staaten versuchen, eigene Interessen auch außerhalb ihres Territoriums durchzusetzen und ihre Macht in der Welt zu festigen.

Manche Menschen behaupten, dass Geopolitik viel mehr beinhaltet, nämlich dass Staaten sogar ein Anrecht darauf hätten, andere unter Druck zu setzen, um eigene Interessen nach eigenem Verständnis zu befriedigen. Diese Menschen sehen Ereignisse in den internationalen Beziehungen als einen Wettbewerb der großen mächtigen Staaten miteinander; die kleineren Staaten werden als „Einflussgebiete“ der Großen betrachtet.

Die UN-Charta widerspricht dieser Auffassung. Sie setzt sich zum Ziel, die Beziehungen zwischen den Nationen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker zu entwickeln.

Grundsätze der bestehenden Friedensarchitektur

Die internationale Friedensarchitektur baute auf die Annahme, dass folgende Gesetzmäßigkeiten in der Weltpolitik allgemeingültig sind:

- **Recht.** Verträge werden eingehalten. Die Gesamtheit der internationalen Organisationen, das Völkerrecht und zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen funktionieren dank dem Vertrauen in die besondere Wirkung der schriftlichen Vereinbarungen. Sobald eine Abmachung in einem Vertrag schriftlich steht, soll sie eingehalten werden.
- **Handel.** Handel bringt Frieden. Zwischenstaatliche wirtschaftliche Beziehungen, freie Kapital- und Warenflüsse und ökonomische Vernetzung reduzieren Spannungen zwischen den Staaten.
- **Diplomatie.** Es gibt immer einen guten Willen. Jede Machtperson, Organisation oder jeder Staat hat berechnete Interessen und ist lösungsorientiert. Man muss nur zuhören, verhandeln und bereit sein, Kompromisse zu schließen, das heißt, diplomatisch agieren.
- **Humanismus.** Das Menschenleben ist der höchste Wert. Jeder Staat hat das Ziel, das Leben der Menschen darin zu schützen und besser zu machen.

13. Geopolitische Folgen

Politische Zeitenwende

Es gab nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Herausforderungen für die internationale Ordnung, größere wie kleinere bewaffnete Konflikte und auch Kriege. Der russische Krieg gegen die Ukraine hat besonders eindrücklich vor Augen geführt, dass Recht, Handel, Diplomatie und Humanismus keine Gesetzmäßigkeiten sind, sondern Glaubenssätze. Sie funktionieren nur dann, wenn alle an sie glauben.

Putin hat mit der großflächigen Invasion mehrere teilweise von ihm persönlich unterzeichnete Verträge gebrochen (= **Missachtung des Rechts**). Die russische Wirtschaft ist eng verflochten mit der Welt und insbesondere mit der Ukraine. Das hat den Krieg jedoch nicht verhindert. Ganz im Gegenteil: Putin nutzt die von ihm geschickt erzeugte, einseitige Abhängigkeit, wie etwa im Energiesektor, zur Erpressung (= **Handel bringt nicht unbedingt Frieden**).

Russische VertreterInnen nutzten diplomatische Kanäle, um Kriegsvorbereitungen zu verschleiern und Kriegsabsichten zu leugnen. Sie verwenden offensichtlich falsche Behauptungen in ihrer Argumentation des Krieges (= **Missbrauch der Diplomatie**). Die russischen Soldaten sind nicht ausreichend ausgerüstet und schlecht ausgebildet, die Zahlen der getöteten und verwundeten russischen Militärangehörigen sind übermäßig hoch. Es werden Kriegstaktiken eingesetzt, die planmäßig mit hohen menschlichen Verlusten verbunden sind (= **Missachtung des Menschenlebens** selbst bei der eigenen Bevölkerung).

UN-Generalsekretär **António Guterres** nannte den russischen Krieg gegen die Ukraine „eine der größten Herausforderungen für die internationale Ordnung und die globale Friedensarchitektur“ seit dem Zweiten Weltkrieg.

Bei einer Sondersitzung des deutschen Bundestages am 27. Februar 2022 erklärte der deutsche Bundeskanzler **Olaf Scholz**: „Wir erleben eine **Zeitenwende**. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“

Das bedeutet insbesondere, dass das Vertrauen in die Macht von Recht, Handel, Diplomatie und Humanismus und der damit verbundene Pazifismus bzw. Neutralität nicht vor einer Aggression schützt. Die meisten Staaten wollen daher in der Lage sein, sich zu verteidigen.

Bedeutung für andere / potenzielle Konflikte

Nicht alle Länder der Welt haben eine hoch entwickelte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Länder sind jedoch genauso wie alle anderen auf eine internationale Ordnung angewiesen, in der das Recht der Verträge gilt und nicht das Recht der Stärkeren herrscht.

Weltweit gibt es mehrere Konfliktherde, welche sich allein deswegen nicht zu großen kriegerischen Auseinandersetzungen auswachsen, weil die Beteiligten negative Folgen befürchten. Es ist daher sehr wichtig, dass die militärische Gewalt Russlands ihre Ziele nicht erreicht und der Krieg auch sonst keine Vorteile für Russland bringt.

Internationale Organisationen

Das Netzwerk der internationalen Institutionen, insbesondere die Vereinten Nationen, die OSZE (die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und der Europarat, konnte den Krieg in der Ukraine nicht abwenden. Einige von ihnen stellten sich angesichts des Krieges als wenig handlungsfähig heraus.

Russland konnte Entscheidungen der internationalen Organisationen oder die Geltung dieser Entscheidungen für Russland immer wieder blockieren. Das ist möglich, da russische VertreterInnen in den Entscheidungsorganen mehrerer Organisationen ein Vetorecht besitzen.

So hat Russland als eines der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (neben den USA, Frankreich, Großbritannien und China) einen besonders großen Einfluss auf Resolutionen des Gremiums. Laut dem Art. 24 der UN-Charta übertragen die UNO-Mitglieder dem Sicherheitsrat „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Dass Russland in diesem Gremium mitentscheiden und sogar zeitweise Vorsitz führen darf (wie es im April 2023 der Fall war), während es einen Angriffskrieg führt, ist ein Widerspruch.

Außerdem kann die Russische Föderation jederzeit aus einer Organisation austreten. So trat Russland etwa im März 2022 aus dem Europarat aus, um dem drohenden Ausschluss aus der Organisation zuvorzukommen.

Welche Reformen sind innerhalb der genannten Organisationen notwendig, um künftig den Weltfrieden zu sichern? Welche Mechanismen und Systeme sind dafür notwendig? Welche anderen Institutionen können zu einer neuen Friedensarchitektur beitragen? Diese und andere Fragen müssen noch ausdiskutiert und entschieden werden.

13. Geopolitische Folgen

EU – NATO – Westen in einer multipolaren Welt

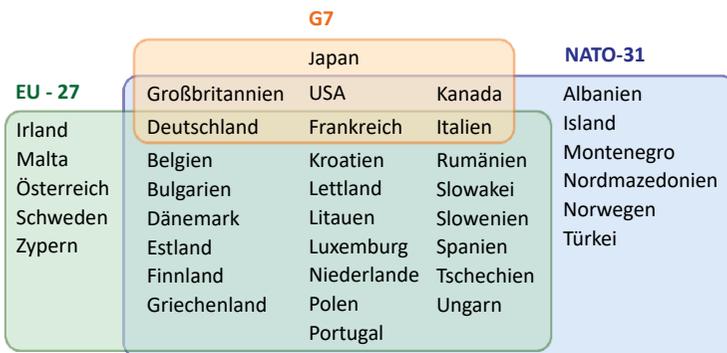
Die bestehende Friedensarchitektur entstand in der Zeit des Kalten Krieges, als zwei Ideologien – der sowjetische Kommunismus und die westlichen Demokratien – miteinander im Wettbewerb standen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion entwickelte sich die internationale Bühne weiter und neue AkteurInnen traten auf. Die westliche Welt (Europa, die USA, Kanada und Australien), aber auch China, Indien, die Länder Afrikas sowie lateinamerikanische Staaten verfolgen jeweils eigene Interessen. Man spricht von einer multipolaren Welt – einer Welt mit vielen Polen.

Russlands Angriff auf die Ukraine sollte den Westen schwächen. Angesichts des Krieges verstärkten die EU und die NATO ihre Zusammenarbeit jedoch, nahmen eine aktive Haltung ein und stimmen ihre Vorgehensweise miteinander ab. Allgemein sind die Beziehungen zwischen Europa und den USA enger geworden. Auch Japan, Australien und Südkorea unterstützen die gemeinsamen Maßnahmen als Erwidern auf den russischen Krieg.

Die Europäische Union hat wichtige Entscheidungen getroffen: Dazu zählen Sanktionen gegen Russland, wirtschaftliche und militärische Hilfen für die Ukraine, Schutz für ukrainische Kriegsvertriebene sowie Kandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau. Für die EU rücken angesichts des Krieges die Pläne einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik wieder in den Fokus. Das weitgehend geeinte Vorgehen der EU in Bezug auf die russische Aggression hat den europäischen Zusammenhalt gestärkt.

Mitgliedschaft in der EU, NATO und G7. September, 2023



EU – Europäische Union, bestehend aus 27 Staaten

NATO – North Atlantic Treaty Organization, 31 Staaten

G7 – ein informeller Zusammenschluss der im Gründungsjahr 1975 bedeutendsten Industrienationen, 7 Staaten

14. Wie kann es weitergehen?

Interessenlage in Russland

Eineinhalb Jahre nach dem russischen Einmarsch 2022 kontrolliert die russische Armee die bereits 2014 besetzte ukrainische Krim und Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk sowie zusätzlich Gebiete in den Regionen Saporischschja und Cherson. Der russische Präsident Putin wie russische RegierungsvertreterInnen haben mehrmals signalisiert, dass ihr Ziel die Unterwerfung der gesamten Ukraine ist. Sie verlangen jedenfalls die Anerkennung der Annexion der Krim und der eroberten Regionen.

Die Ukraine strebt einen gerechten Frieden an

Das erklärte Ziel der ukrainischen politischen Führung lautet die Befreiung des kompletten Territoriums der Ukraine und seiner Bevölkerung sowie die Wiederherstellung der international anerkannten Staatsgrenzen vor 2014. Die Bevölkerung zeigt nach wie vor große Bereitschaft, den russischen Besatzern Widerstand zu leisten, bis dieses Ziel erreicht ist.

Bereits im Herbst 2022 erörterte der Präsident Wolodymyr Selenskyj die ukrainische Friedensformel für einen gerechten Frieden:

1. Bestrafung Russlands für die Aggression
2. Schutz von Leben (durch Bereitstellung von Waffen für die Ukraine)
3. Wiederherstellung von Sicherheit (darunter auch Welternährungs- und Energiesicherheit) sowie der territorialen Integrität der Ukraine
4. Sicherheitsgarantien für die Ukraine
5. Entschlossenheit zur Selbstverteidigung (mit Hilfe einer neuen Sicherheitsarchitektur)

14. Wie kann es weitergehen?

Unterstützung der Ukraine verhindert Ausweitung des Krieges

Die brutale Kriegsführung und die massiven Kriegsverbrechen der russischen Armee konnten die ukrainische Gesellschaft nicht brechen.

Wie gut sich die Ukraine gegen Russlands kriegerische Handlungen wehren kann, also der Erfolg des Widerstandes, hängt jedoch von der Unterstützung aus dem Ausland ab, vor allem von der Lieferung von Waffen.

Die wichtigsten westlichen AkteurInnen (NATO, EU, G7) haben der Ukraine ihre Unterstützung zugesagt, stellen ihr Militärgeräte und Waffen zur Verfügung und bieten Trainingsmöglichkeiten für ukrainische SoldatInnen an. Eine unmittelbare militärische Beteiligung mit eigenen Truppen lehnen sie jedoch ab. Die westliche Unterstützung und ein ungebrochener Widerstandswille der Ukraine verhindern die Ausweitung des Krieges auf weitere Landesteile bzw. andere Länder und rücken das Ende des Krieges näher.

Option Friedensgespräche?

Mit den gegensätzlichen Positionen von Russland und der Ukraine gibt es aktuell wenig Verhandlungsbasis für allfällige Friedensgespräche.

Gegen ein baldiges Friedensabkommen oder einen Waffenstillstand spricht auch, dass es keine übergeordnete Instanz gibt, welche die Einhaltung des so erreichten Friedens garantieren könnte. Eine Vereinbarung, die Russland brechen kann, bringt keinen dauerhaften Frieden. Ein Waffenstillstands- oder Friedensabkommen würde kein Ende der Aggression und russischer Kriegsverbrechen in den von Russland kontrollierten Gebieten in der Ukraine bedeuten, wie die illegale Annexion der Krim und die Zeit seit 2014 gezeigt hat.

Eine naheliegende Option für das Ende des Krieges wäre, dass Russland seine Truppen aus der Ukraine abzieht und die Kriegshandlungen einstellt.

«Wenn Russland aufhört zu kämpfen, ist der Krieg zu Ende. Wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, ist es das Ende der Ukraine.»

US-Außenminister Antony Blinken in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 22. September 2022

Wie hängen der Krieg und Putin zusammen?

Putin startete den großangelegten Krieg gegen die Ukraine mit dem Versprechen an die russische Gesellschaft, die Ukraine zu besiegen. Er wollte damit auch die Macht und Größe Russlands gegenüber der Welt demonstrieren und den Westen als schwach darstellen. Es ist nicht davon auszugehen, dass Putin freiwillig auf diese Ziele verzichtet.

Je länger der Krieg dauert und je schlechter die militärischen Leistungen der russischen Armee sind, desto brüchiger wird die Macht Putins in Russland. Die Unterstützung für Putin seitens des russischen Militärs und der Geheimdienste, Medien, Wirtschaftstreibenden und der Gesellschaft gründet auf seinem Ruf als starker Mann, der Russland Erfolg bringe. Wenn die Macht Putins schwindet, verringert das die Fähigkeit Russlands, den Krieg zu führen. Der Krieg wird vorbei sein, sobald Russland den Krieg nicht mehr führen kann.

Nun zeigen verschiedene Interessengruppen ihre Unzufriedenheit mit Putins Führung, etwa die sogenannten Silowiki (von russisch „sila“ – Kraft, Macht), die hochrangigen Angehörigen des Militärs und des Geheimdienstes.

Jewgeni Prigoschin, Leiter der größten russischen Schattenarmee „Gruppe Wagner“, die in der Ukraine kämpfte, übte Kritik über schlechte militärische Führung. Ende Juni 2023 besetzten die Wagner-Söldner die russische Grenzstadt Rostow, ein Teil marschierte Richtung Moskau. Nach Verhandlungen mit dem Kreml zog sich Prigoschin mit seinen Kämpfern nach Belarus zurück. Ende August starb er bei einem Flugzeugabsturz nahe Moskau.

Russische Drohungen mit Atomwaffen

Russland hat im Laufe des Krieges immer wieder gedroht, Atomwaffen einzusetzen. Die russischen Machthaber verwenden Drohungen als psychologische Kriegsführung, um die Gegenseite zu erpressen. Ein atomarer Schlag würde Russland einerseits keine Vorteile im Krieg gegen die Ukraine bringen. Andererseits würde der Einsatz von Atomwaffen durch Russland eine massive Gegenreaktion des Westens auslösen.

Das Abfeuern einer Atomrakete setzt das koordinierte Vorgehen mehrerer Stellen voraus und ist durch eine einzige Person, zum Beispiel durch den Präsidenten, technisch nicht durchführbar. Mit Putins abnehmender Macht schwindet die Bereitschaft seiner Gefolgsleute, Befehle zu erfüllen. Militärische Erfolge der ukrainischen Armee verringern somit die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Atomwaffen.

Wiederaufbau der Ukraine

Bereits einige Wochen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine startete die Planung für den Wiederaufbau der Ukraine. Sie beschäftigt sich erstens mit dem Wiederaufbau noch während des Krieges und zweitens mit dem Wiederaufbau nach Kriegsende.

Einerseits soll die durch Russland zerstörte Infrastruktur laufend repariert werden, um das Überleben der ukrainischen Bevölkerung zu sichern. Damit wird die Funktionsfähigkeit des ukrainischen Staates aufrechterhalten, das unterstützt den ukrainischen Widerstand. Dieser Wiederaufbau geschieht in der Ukraine teils finanziert durch die internationalen Hilfen, teils aus eigener Kraft.

Andererseits soll der Wiederaufbau nach der Beendigung des Krieges für die UkrainerInnen eine Basis schaffen, die ukrainische Demokratie politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Damit dies gleich nach Kriegsende umgesetzt werden kann, sollen Konzepte, Finanzierung und Details für den Wiederaufbau frühzeitig ausgearbeitet werden.

AkteurInnen und Visionen

Mehrere AkteurInnen haben eigene Vorstellungen und Interessen daran, wie der Wiederaufbau der Ukraine nach Kriegsende aussehen soll.

Für Europa bzw. die Europäische Union bedeutet es Sicherheit, ein demokratisches und wirtschaftlich stabiles Nachbarland zu haben, das wieder ein lebenswertes Zuhause für UkrainerInnen bietet und als EU-Beitrittskandidat einen wertvollen Beitrag zur EU leistet.

Wirtschaftstreibende aus der EU, den USA und anderen Industrieländern betrachten die Ukraine als einen vielversprechenden Ressourcen- und Absatzmarkt für ihre Waren.

Für die ukrainische Regierung ist es jedenfalls wichtig, trotz der Abhängigkeit von der äußeren Unterstützung eigene Handlungsfähigkeit beizubehalten.

Die ukrainische Zivilgesellschaft möchte die zukünftige Entwicklung des ukrainischen Staates nach Prinzipien der Mitbestimmung, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung mitgestalten.

Der Wiederaufbau bietet eine Chance, statt ineffizienten veralteten Strukturen neue zu etablieren, die Ukraine nach EU-Standards zu reformieren und das Land mit zukunftsorientierten umwelt- und energieschonenden Projekten als „Green Ukraine“ zu gestalten.

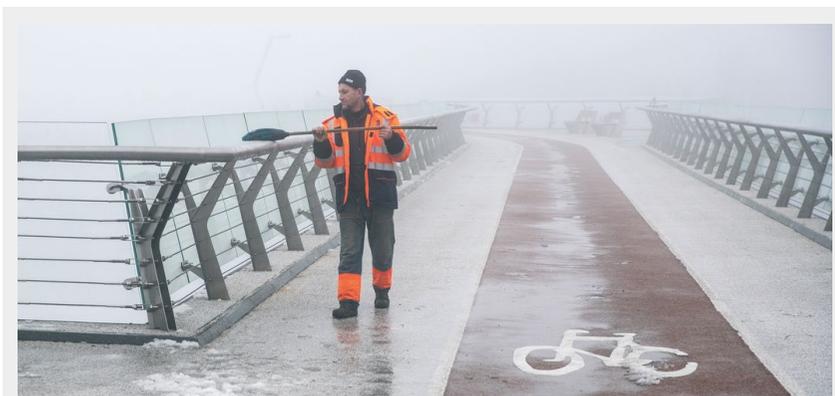
Zahlen und Pläne

Die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine wurden im März 2023 auf mindestens 400 Milliarden Euro geschätzt. Durch die anhaltenden Kriegshandlungen und die gezielte Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur durch Russland steigt diese Summe laufend.

Im Juni 2022 fand die erste Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in Lugano (Schweiz) statt. Im Rahmen der Konferenz bekannte sich die Europäische Union zum Wiederaufbau des Landes in enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Staat und der Zivilgesellschaft und führte eine entsprechende Plattform ein. Eine ähnliche Plattform wurde auch durch die G7-Staaten geschaffen.

«Die Ukraine kann auf die uneingeschränkte Hilfe der EU zählen. Wir sind bereit, auf internationaler Ebene Verantwortung beim Wiederaufbau einer demokratischen und blühenden Ukraine zu übernehmen. Das bedeutet, dass Investitionen mit Reformen einhergehen werden, die der Ukraine ihren europäischen Weg ebnen.»

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission



Fußgänger- und Fahrradbrücke in Kyjiw, repariert und wiedereröffnet nach dem Einschlag einer russischen Rakete. Quelle: Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kyjiw, Telegram

Die 212 Meter lange Brücke über den Dnipro im Zentrum von Kyjiw wurde 2019 unter Bürgermeister Vitali Klitschko eröffnet. Sie wird daher im Volksmund „Klitschko-Brücke“ oder wegen der Bauelemente aus Glas „Gläserne Brücke“ genannt. Am 10. Oktober 2022 traf eine russische Rakete die Brücke, wobei mehrere Glaselemente zerstört wurden. Die Konstruktion selbst hielt jedoch stand. Nach der Reparatur wurde die „Klitschko-Brücke“ am 17. November 2022 wieder für FußgängerInnen und RadfahrerInnen freigegeben.

Mögliche Finanzierungsquellen für den Wiederaufbau

- **Direkthilfen und Kredite** der Staaten, Staatengemeinschaften und internationalen Organisationen wie die EU, die G7, die Weltbank, die Europäische Investitionsbank usw., die Unterstützung zugesagt haben bzw. sie bereits leisten. Solche Maßnahmen werden in der Regel an bestimmte Bedingungen geknüpft und als „Hilfe zur Selbsthilfe“ betrachtet. Die historisch bekannteste davon ist der US-amerikanische **Marshallplan** zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.
- **Russisches Vermögen** im Ausland. Darunter fallen die eingefrorenen Finanzmittel der russischen Zentralbank auf europäischen und internationalen Bankkonten sowie Luxusvermögen und Bankkonten der sanktionierten russischen Oligarchen. Damit dieses Vermögen ohne Zustimmung der Eigentümer verwendet werden kann, ist ein entsprechender politisch-rechtlicher Mechanismus notwendig. An der Schaffung dieses Mechanismus wird bereits gearbeitet.
- **Reparationszahlungen** durch Russland. Reparationszahlungen werden meistens entweder in einem Friedensvertrag nach Beendigung der Kriegshandlungen oder einseitig von den Siegermächten festgelegt.
- **Private Investitionen** mit Profitaussichten. Auf Grund des Risikos der Zerstörung sind solche Investitionen meistens erst nach Kriegsende möglich. Kleinere Projekte im westlichen Teil der Ukraine, wo keine Bodenkämpfe stattfinden, werden teilweise bereits umgesetzt.

Der „**Marshallplan**“, offiziell European Recovery Program (ERP) ist ein Wirtschaftsförderungsprogramm der USA für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, das vom US-Außenminister George C. Marshall initiiert wurde. Im Zeitraum 1948-1953 gewährten die USA den 16 europäischen Ländern (darunter dem im Krieg unterlegenen Deutschland und auch Österreich) Kredite und lieferten Rohstoffe, Lebensmittel und Industriegüter.

Westdeutschland bekam im Rahmen des Marshallplans vor allem Nahrung, Treibstoff und Medikamente. Nur einen Teil davon musste die Bundesrepublik Deutschland später bezahlen. Das ERP-Vermögen wurde nach 1990 auch für den Wiederaufbau der Wirtschaft in den Ländern der Ex-DDR genutzt und wird nun für Wirtschaftsförderungen verwendet.

Österreich erhielt aus den USA Waren im Wert von fast einer Milliarde US-Dollar geschenkt, was laut der USA pro Kopf den dritthöchsten Anteil in Europa ausmachte. Aus den Mitteln der US-Marshallplan-Hilfe in Österreich wurde später der ERP-Fonds gegründet, der nun Förderungen an österreichische Unternehmen und Forschungseinrichtungen vergibt.

Plan für Russland. Begleitung der Demokratisierung

In welchem Zustand sich die russische Wirtschaft und der russische Staat nach dem Krieg befinden werden, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar.

Es werden Stimmen laut, dass das größte Land der Welt eine dringende interne Umstrukturierung braucht. Die Russische Föderation hat über 80 Föderationssubjekte (= Teile der Föderation) und ist ein multiethnischer Staat. Das heißt, der Staat besteht aus verschiedenen ethnischen Gruppen und Nationalitäten mit jeweils einer eigenen Sprache, Kultur und Religion. Das russische Kernland hat sie im Laufe der Jahrhunderte erobert und beherrscht sie seither mit autoritärer Macht. Die Geschichte zeigt, dass große Reiche, welche mit Zwang zusammengehalten werden, auf Dauer nicht überlebensfähig sind.

Die Zukunft der Nationalitäten und Völker der Russischen Föderation, einschließlich des ethnisch russischen Volkes, hängt davon ab, ob sie Demokratie und Selbstbestimmung erlangen können.

Seit 2022 werden zunehmend Bewegungen sichtbar, die für **Demokratisierung** (= Aufbau der Demokratie), **Dezentralisierung** (= Übertragung der Entscheidungsmacht vom Zentrum hin zu lokalen politischen AkteurInnen) und **Demilitarisierung** (= Beseitigung der Angriffswaffen und Reduzierung der Armee) der Russischen Föderation eintreten.

The Free Nations of Post-Russia Forum – das Forum der freien Nationen von Post-Russland wurde vom ehemaligen Abgeordneten der Duma (= Parlament Russlands) Ilya Ponomarev und anderen gegründet. Im August 2023 fand die 7. Sitzung des Forums in Japan statt.

Das erklärte Ziel des Forums ist eine Veränderung von Russland hin zu Demokratie, „**Deputinisierung**“ (= Beseitigung des Einflusses von Putin), **Entimperialisierung** und **Dekolonisierung** (= Unabhängigkeit der bisherigen Kolonien bzw. Föderationssubjekte), Demilitarisierung und Verzicht auf Atomwaffen sowie wirtschaftlicher und ökologischer Wandel.

Die Autorin verweist auf Seiten im Internet. Da sie keinen Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte dieser Seiten hat, kann sie weder direkt noch indirekt für Schäden oder Probleme verantwortlich gemacht werden, die infolge des Gebrauchs oder Missbrauchs von Informationen aus diesen Seiten entstehen können.

Bildquellenverzeichnis

S. 8: <https://ukrainer.net/wp-content/uploads/2022/03/01-3.jpg>; S. 11: Mariia Khrystenko; S. 14: Andrei Zakharov, https://twitter.com/skazal_on/status/1503993573213184002; S. 20: Denys Piddubskiy, <https://www.facebook.com/photo/?fbid=5001474836578159&set=pcb.5001475266578116>; S. 21: Präsidialamt der Ukraine; S. 22: Privat; S. 24: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Euromaidan_in_Kiev_2014_004.jpg; S. 27: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Investigation_of_the_crash_site_of_MH-17.jpg; S. 28: <http://kyivhistorymuseum.org>, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dolgorukiy_titularnik.jpg; S. 31: <https://polona.pl/item/ethnografische-ubersichtskarte-des-ukrainischen-nationalterritoriums.MTI2MDk4QDQ4/0/#info:metadata>; S. 34: Falin, <https://uk.wikipedia.org/wiki/%D0%A4%D0%B0%D0%B9%D0%BB:%D0%9B%D0%B0%D0%B2%D1%80%D0%B0.jpg>, Lizenz CC BY-SA 3.0; S. 37: Albin Olsson, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ESC2016_winner%27s_press_conference_09.jpg, Lizenz CC BY-SA 4.0; S. 39: NATO, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pictures/images_mfu/2022/2/25c-summit-pc/220225c-012.jpg; S. 40: NATO, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pictures/2013_12_131204b-nrc/20131204_131204b-007.jpg; S. 44: Texty.org.ua, https://texty.org.ua/projects/103857/okupaciya_de/; S. 45: https://фотораф_дети/wp-content/uploads/2017/04/den-pobedy-foto-deti-10.jpg?gid=24; <https://ampravda.ru/2017/05/12/074645.html>; S. 51: Dnipro Regionale Staatsanwaltschaft; S. 50: <https://www.sibreal.org/a/kak-detey-priuchayut-k-voynе/32279824.html>; S. 52: Oleksii Samsonov, <https://kyivcity.gov.ua/photo/borodyanka/>, Lizenz CC BY 4.0; S. 53: Oleh Duda; S. 54: Kostiantyn Liberov & Vlada Liberova; S. 55: <https://kharkivoda.gov.ua/news/115622>, Lizenz CC BY 4.0; S. 56: Lirhan2016, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Destroyed_theatre_in_Mariupol.jpg, Lizenz CC BY-SA 4.0; S. 60: OSeveno, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:International_Criminal_Court_building_\(2016\)_in_The_Hague.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:International_Criminal_Court_building_(2016)_in_The_Hague.png); S. 62: Kateryna Ukrainitseva; Lizenz CC BY-SA 4.0; S. 63: Evgeny Sosnovsky; S. 65: <https://vin.gov.ua/news/ostanni-novyny/44433-taras-shevchenko-vichnyi-symvol-ukraintstva-v-borotbi-za-voliu-do-208-i-richnytsivid-dnia-narodzhennia-velykoho-kobzaria>; Lizenz CC BY 4.0; S. 66: Darja Lobanok, <https://gwaramedia.com/oblashtovano-vzhe-5-374-punkti-nezlamnosti-po-vsij-kraini/>; S. 67: Maryna Khromykh; Viktor Shchadej, <https://life.pravda.com.ua/society/2022/05/6/248542/>; S. 68: Serhii Korovayny, <https://www.facebook.com/photo/?fbid=6966486370047294&set=a.967126489983342>; S. 69: [restoration.gov.ua, https://www.facebook.com/photo/?fbid=321509096674374&set=a.293428506149100](https://www.facebook.com/photo/?fbid=321509096674374&set=a.293428506149100); S. 70: Leonhard Lenz, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Destroyed_tank_in_front_of_Russian_embassy_Berlin_2023-02-24_07.jpg; S. 72: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:United_Nations_General_Assembly_resolution_ES-11_L1_vote.svg; S. 77: Präsidialamt der Ukraine; S. 78: Kati Schneeberger; S. 83: <http://vérossignol.blogspot.com/2010/05/carmen-wiener-staatsoper-wien-9-may-2010.html?m=1>; Viktorija Amelina; S. 85: Rasal Hague, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Banksy_in_Irpin.jpg; Lizenz CC BY-SA 4.0; S. 99: https://t.me/vitaliy_klitschko/1684

Verwendete Quellen (alle zuletzt abgerufen am 14.09.2023)

Kapitel 1: <https://unric.org/de/charta/>; <https://t.me/CinCAFU/505>; <https://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-staudamm-103.html>; <https://www.theguardian.com/world/2022/feb/25/its-not-rational-putins-bizarre-speech-wrecks-his-once-pragmatic-image>; https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/analyse-unserespartnerportals-economist-russland-wladimir-putin-steht-im-bann-eines-einzigartigen-faschismus_id_129948359.html; <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/mai/dokumentiert-was-russland-mit-der-ukraine-tun-sollte>; <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320510/imperialismus/>; <https://jew.org.ua/eng/reports>; <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/234664/neonazis-in-russland/>; <https://www.rferl.org/a/russian-neonazis-fighting-ukraine/31871760.html>; <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/253039/vereint-gegen-liberale-werte-wie-russland-den-rechten-land-in-europa-inspiriert-und-foerdert/>; <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/extreme-rechte-und-linke-im-eu-parlament-besonders-kremlfreundlich/>; <https://www.derstandard.at/story/3000000182186/terror-uran-und-migration-wieso-der-westen-sich-so-fuer-den-niger-interessiert>

Kapitel 2: <https://sprotyv.mod.gov.ua/en/>; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-partisanen-103.html>; <https://www.merkur.de/politik/russland-ukraine-krieg-it-digitalisierung-internet-hacker-ukraine-kampf-starlink-91897333.html>; https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-08/FIW2020_book_JUMBO_PDF.pdf; <https://www.kommersant.ru/doc/5251853?from=lenta>; <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099184503212328877/pdf/P1801740d117f03c0ab180057556615497.pdf>; <https://www.transparency.de/cpi/cpi-2022/cpi-2022-tabellarische-rangliste>

Kapitel 3: <https://www.youtube.com/watch?v=vwRkV6DuZ7k>

Kapitel 4: https://razumkov.org.ua/images/2023/02/13/2022_Religiya_SITE.pdf; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-priester-spionage-101.html>; <https://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=ESU;n=16497#DhwzXhTURetAhnP41>; <https://voxukraine.org/gazety-j-zhurnaly-v-ukrayini>; https://ratinggroup.ua/files/ratinggroup/reg_files/rg_ua_1000_independence_082022_xvii_press.pdf

Kapitel 5: <https://orf.at/stories/3307007/>; <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000267>; <https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/1999/404/20220213/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-1999-404-20220213-de-pdf-a-4.pdf>

Kapitel 6: <https://uinp.gov.ua/pres-centr/novyny/informaciyni-materialy-do-vidznachennya-dnya-pamyati-ta-prymyrennya-i-dnya-premogy-nad-nacyzmom-u-drugiy-svitoviy-viyini>; https://texty.org.ua/projects/103857/okupaciya_de/; <https://pobedarf.ru/2020/05/09/statistiki-podschtitali-poteri-rossii-v-vojne/>; <https://www.dw.com/de/russland-neues-geschichtsbuch-rechtfertigt-krieg-gegen-die-ukraine/a-66494138>; <https://rsf.org/en/index>; <https://www.merkur.de/politik/russland-wladimir-putin-propaganda-ukraine-krieg-jugendarmee-newszr-91940102.html>

Kapitel 7: <https://www.ohchr.org/en/news/2023/08/ukraine-civilian-casualty-update-28-august-2023>; <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine>; <https://www.n-tv.de/politik/Bericht-schaetzt-Verluste-in-der-Ukraine-auf-fast-500-000-Soldaten-article24336375.html>; <https://ukraineverstehen.de/wiederaufbau-von-kyjiw-bauarbeiten-unter-extremen-bedingungen/>; <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099184503212328877/pdf/P1801740d117f03c0ab180057556615497.pdf>; <https://www.zeit.de/2023/26/urkaine-krieg-kachowka-staudamm-sprengung-schaeden>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/kachowka-staudamm-ukraine-1.5904713>

Kapitel 8: <https://www.rnd.de/politik/russland-un-beobachterin-sieht-folter-als-teiler-kriegspolitik-JWP6GU63UJKFTHQVS76KKSCETI.html>; <https://www.derstandard.at/story/2000140021477/un-sonderbeauftragte-russland-setzt-vergewaltigungen-als-kriegswaffe-ein>; <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/427/filtration-system-ablauf-und-ziele/>; <https://www.rnd.de/politik/russische-filtrationslager-in-der-ukraine-gesinnungstest-und-folter-FBXUJUR6REBRNF7S3OYR3GRZE.html>; <https://www.lpb-bw.de/ukraine-kriegsverbrechen#c88612>; https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3606

Kapitel 9: <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-ueberleben-unter-russischer-besatzung-wie-familien-ihre-kinder-verstecken-a-a7457487-ec9a-4586-89b5-a30398ae302e>; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/verschleppte-kinder-ukraine-krieg-russland-100.html>; <https://orf.at/stories/3326155/>; <https://www.dw.com/de/ausl%C3%A4nder-in-derheimat-leben-im-donbass-unter-russischer-besatzung/a-65442680>; <https://science.apa.at/power-search/17298845065094125812>; <https://www.theguardian.com/world/2022/jul/01/moscow-forcing-teachers-in-ukraine-to-sign-up-to-russian-curriculum>; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ukraine-gefluechtete-100.html>; <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-261/346846/analyse-leben-im-schatten-ueberlebensstrategien-der-menschen-in-der-volksrepublik-donezk/>; <https://www.dw.com/de/krieg-und-mobilmachung-wie-der-donbass-seine-soldaten-rekrutiert/a-61600170>; <https://civicmonitoring.org/wp-content/uploads/2023/03/report2022easternUkraine.pdf>; <https://www.deutschlandfunk.de/die-krim-nach-der-annexion-leben-mit-sanktionen-100.html>

Kapitel 10: <https://forbes.ua/news/za-chas-povnomashtabnoi-viyni-sumi-pozhertv-ukraintsv-zrosli-v-devyat-raziv-doslidzhennya-09082022-7571>; <https://opendatabot.ua/analytics/donats-2022>

Kapitel 11: <https://www.dw.com/de/partisanenbewegung-in-belarus-gegen-russisches-milit%C3%A4r/a-64844888>; <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/>; <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine#ga=2.171723040.1002354476.1678196051-1692816759.1678196044>; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274>; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237174823/Deutschland-liefert-Panzerfaeste-und-Stinger-Raketen-der-Bundeswehr-an-Kiew.html>; https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Europa/EUGR/OEsterreichische_Unterstuetzung_fuer_die_Ukraine.pdf; <http://www.kremlin.ru/acts/bank/48280>; <https://pen.org.ua/lyudy-kultury-yakih-zabrala-vijna-2022-rik>; <https://usp-ltd.org/zhyttia-myttstv-ta-mystkyn-spaleni-muzel-ivvykradene-skifske-zoloto-vtraty-ukrainskoi-kultury-cherez-vijnu/>; <https://history.rayon.in.ua/news/501852-vtrati-istorichnoi-ta-kulturnoi-spadshchini-ukrainpid-chas-viyni>; <https://oper.nw/news/beitrag/402>; <https://ui.org.ua/en/news-en/anna-netrebkos-performance-at-the-kolner-philharmony/>; <https://www.swr.de/swr2/musik-klassik/anna-netrebko-maifestspiele-wiesbaden-das-dilemma--einer-haltungslosen-100.html>; <https://www.washingtonpost.com/outlook/2022/03/11/russian-artists-canceled-putin-gergiev-netrebko/>; <https://docs.cntd.ru/document/566430492>; <https://kz.kursiv.media/2020-05-31/kak-proiskhodit-finansirovanie-sporta-v-raznykh-stranakh/>; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/sportkompanien-in-russland-fuer-gold-und-vaterland-100.html>; <https://www.zdf.de/nachrichten/sport/russische-athleten-armee-propaganda-putin-100.html>; <https://www.olympia.at/main.asp?kat1=94&ka t2=634&Text=944&scsq=1>

Kapitel 12: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/energy-2023>; https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Energieimporte%20der%20EU-27_0.pdf; https://www.diw.de/di/w_01.c.838366.de/publikationen/diw_aktuell/2022_0081/europa_kann_die_abhaengigkeit_von_russlands_gaslieferungen_durch_diversifikation_und_energiesparen_senken.html; <https://www.president.gov.ua/news/intervyu-prezidenta-ukrayini-inozemnim-zmi-69061>; https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasimporte/Gasimporte.html; <https://reports.omv.com/en/annual-report/2022/directors-report/refining-marketing/business-overview.html>; <https://www.moment.at/story/osterreich-gas-russland-kritik>; https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69423&mimetype=application/pdf; <https://minagro.gov.ua/investoram/monitoring-stanu-apk/eksport-z-ukrayini-zernovih-zernobovih-ta-boroshna>; <https://www.reuters.com/world/eu-warns-that-russia-aims-create-new-dependencies-with-cheap-grain-2023-08-02/>; <https://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf>

Kapitel 13: <https://www.youtube.com/watch?v=YHN43mEWza8>

Kapitel 15: https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/eu-assistance-ukraine/reconstruction-ukraine_de; <https://at.usembassy.gov/de/70-jahre-marshall-plan-in-oesterreich/>; <https://freenationsrf.org/>

Weiterführende Literatur

Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München: Piper 2001.

Juri Andruchowytsh (Hg.): Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin: Suhrkamp 2014.

Peter Pomerantsev: Nichts ist wahr und alles ist möglich: Abenteuer in Putins Russland. DVA 2015.

Karl Schlögel: Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch 2017.

Oksana Sabuschko: Der lange Abschied von der Angst. Graz: Literaturverlag Droschl 2018.

Anne Applebaum: Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine. München: Siedler Verlag 2019.

Catherine Belton: Putins Netz. Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste. Hamburg: HarperCollins 2022.

Timothy Snyder: Der Weg in die Unfreiheit. Russland Europa Amerika. München: C.H. Beck 2022.

Osteuropa: Russlands Krieg gegen die Ukraine. Propaganda, Verbrechen, Widerstand. 72. Jg., Heft 1-3/2022.

Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München: C.H. Beck 2022.

Oksana Sabuschko: Die längste Buchtour. Graz: Literaturverlag Droschl 2022.

Andrej Kurkow: Tagebuch einer Invasion. Innsbruck: Haymon Verlag 2022.

Wolodymyr Selenskyj: Reden gegen den Krieg. München: Droemer Verlag 2022.

Osteuropa: Widerstand. Ukrainische Kultur in Zeiten des Krieges. 72. Jg. Heft 6-8/2022.

Tanja Maljartschuk: Gleich geht die Geschichte weiter, wir atmen nur aus. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch 2022.

New Eastern Europe: The Pain of War. Testimonies of aggression and resistance. April-May No 3/2022.

Osteuropa: Mit Mord und Tat. Russlands Geheimdienste. 72. Jg., Heft 11/2022.

Serhii Plokyh: Der Angriff. Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die Welt. Hamburg: Hoffmann und Campe 2023.

Stéphane Courtois, Galia Ackerman (Hg.): Schwarzbuch Putin. München: Piper Verlag 2023.

New Eastern Europe: Inside the information war. April-May No 2/2023.

Tanja Maljartschuk: „Hier ist immer Gewalt. Hier ist immer Kampf.“ Klagenfurter Rede zur Literatur 2023. Klagenfurt/Celovec: Verlag Johannes Heyn 2023.

Gerd Koenen: Im Widerschein des Krieges. Nachdenken über Russland. München: C.H. Beck 2023.

Aleksandra Konarzewska, Schamma Schahadat, Nina Weller (Hg.): „Alles ist teurer als ukrainisches Leben.“ Texte über Westsplaining und den Krieg. Berlin: edition.fotoTAPETA 2023.

Lev Gudkov: Der „Führer der Nation“. Putin und das Kollektivbewusstsein in Russland. In: Osteuropa: Menetekel: Der Krieg, Autoritarismus und Ideologie. 73. Jg., Heft 5-6/2023.

Ganna Gnedkova (Hg.): Ukraine mon amour. Stimmen einer freien Nation. Wien: Passagen Verlag 2023.

Luke Harding: Orwell's warning of totalitarianism for today. In: New Eastern Europe. The Western Balkans. A Bridge from Europe to Europe? September-October No 5/2023.

Osteuropa: Diorama. Konfliktschauplätze im Osten Europas. 73. Jg., Heft 1-2/2023.

Oksana Stavrou: Drei postkoloniale Missverständnisse. Der verzerrte europäische Blick auf die Ukraine im Krieg. In: Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands. 39. Jg., Nr. 3-4, November 2022, Theodor Kramer Gesellschaft.

Masha Karp: 2+2=5. George Orwell and Russia. Bloomsbury Academic 2023.

EU vs. Disinfo: <https://euvsdisinfo.eu/de/>

dekóder: Russland und Belarus entschlüsseln: <https://www.dekoder.org/>
Institut der Wissenschaften vom Menschen (IWM): [Documenting Ukraine](https://www.iwm.at/documenting-ukraine/)
[Ukraine in Focus: https://www.iwm.at/documenting-ukraine/;](https://www.iwm.at/documenting-ukraine/)
https://www.iwm.at/blogs?category_id=79

Truth Hounds: <https://truth-hounds.org/en/homepage/>

Center for Civil Liberties: <https://ccl.org.ua/en/>

Index

- Atomkraftwerk Saporischschja 10, 53, 57
Atomwaffen 8f, 16, 97
Bandera, Stepan 16
Banksy 85
Budapester Memorandum 8
DNR / LNR 26
Entmilitarisierung, Demilitarisierung 15, 101
Entnazifizierung 15f
Euromaidan, Revolution der Würde 24f
Filtrationslager 57
Free Nations of Post-Russia Forum 101
Freiwilligen-Bewegung 20, 22
Friedensbemühungen 26, 90ff, 95f
Gegenoffensive 10
Genfer Konventionen 58
Geopolitik 90f
Getreideabkommen 89
Hingerichtete Renaissance 33
Holodomor 32
Imperialismus 16
Internationaler Strafgerichtshof 58ff
Jamala 37
Janukowytsch, Wiktor 24
Jelzin, Boris 46f
Kachowka Wasserkraftwerk 10, 54f
Klitschko, Vitali 99
Kollektivierung 32
Korruption 23, 46
Kriegsverbrechen 56ff
Krim 25, 36f, 64
KrimtatarInnen 36f
Kyjiwer Rus 28, 34
Lukaschenko, Alexander 73
Mariupol 56, 62f
MH17, Flug 27
Militäroperation, Sonderoperation 9
Minsker Friedensabkommen 26
Moskwa, das Schiff 21f
NAFO 70
NATO 38ff
Neutralität 42f
Nord-Stream 87f
Orthodoxe Kirche 34f
OVKS 39
Pazifismus 90
Propaganda 14ff, 18, 48f
Prigoschin, Jewgeni 15, 93
Putinismus 14
Raschismus 14
Russifizierung 32f, 73
Russische Welt, russki Mir 13, 18, 82
Saluschnyj, Walerij 10
Sanktionen 71, 74f
Scheinreferendum 25f
Scheinrepubliken 26, 64
Schewtschenko, Taras 65
schmutzige Bombe 70
Scholz, Olaf 77, 92
Selenskyj, Wolodymyr 18, 21
Separatisten 26
Skoworoda, Hryhorij 55
Smijinyj, die Schlangensinsel 21f
Sowjetunion, UdSSR 29, 30
Stalin, Josef 32, 34, 36
Stoltenberg, Jens 39ff
Territorialverteidigung 20
Trollfabriken 48
UNO, Vereinte Nationen 72, 90, 93
Van der Bellen, Alexander 79
Völkermord (Genozid) 15, 32, 58
Volkssatellit 68
Von der Leyen, Ursula 99
Wagner, Schattenarmee 14, 73, 97
Warschauer Pakt 39f
Widerstand 20ff
Xi Jinping 72
Z, Z-Faschismus 14
Zarenreich, Moskauer 28f
Zeitenwende 78, 92

“ Zu den ersten Opfern des Krieges zählt immer die Wahrheit. Dies gilt in besonderer Weise für den Krieg, den Russland seit dem 24. Februar 2022 gegen und in der Ukraine führt. Der Krieg wurde mit der Lüge des russischen Präsidenten gestartet, dass die Ukraine kulturell und historisch kein Recht auf den eigenen Staat habe.

Dieses Buch nennt die Fakten und Tatsachen des Krieges und seiner Vorgeschichte und hilft, sie von „Fake News“ und Propaganda zu unterscheiden. Ein Buch voll erschütternder Tatsachen, warum die Ukraine unser aller Unterstützung verdient und warum wir in Europa Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen müssen.

*Botschafter Emil Brix,
Direktor der Diplomatischen Akademie Wien*

Der Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft unterstützt mit dem Verkauf dieses Buches Medikamentenlieferungen in die Ukraine.

ISBN 978-3-903522-12-1

